Montag, 19. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 295 - 51.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 36,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Randzone Westeuropa: Die Zukunft gehöre dem pazifischen Raum, versichern amerikanische Experten auf einem Kolloquium des Planungsstabes des Bonner Auswärtigen Amtes unter Hinweis auf technologische Rückständigkeit, veraltete Strukturen und provinzielles Denken hierzulande.

S-Bahn-Vertrag: Die bisher von der „DDR" betriebene S-Bahn in Berlin soll noch in diesem Jahr an den Berliner Senat übergeben werden. Darauf haben sich Experten in Verhandlungen geeinigt. (S. 4)

Hasselmann übt Kritik: In der Bevölkerung gebe es wenig Verständnis für die „Reibungsverluste" durch Streit im Regierungslager, kritisiert der niedersächsische CDU-Vorsitzende in einem WELT-Gespräch. (S. 1)

Wahl in Japan: Die regierenden Liberaldemokraten haben nach Hochrechnungen der Nachrichtenagentur Kyodo bei den Parlamentswahlen am Sonntag Stimmen hinzugewonnen.

Mordanschlag der IRA: Bei der Detonation einer Auto-Bombe vor dem überfüllten Kaufhaus „Harrods" in London wurden fünf Menschen getötet. (S. 3)

Totale Verweigerung: Auf einem Treffen von Schriftstellern und Politikern, die sich selber zur „Friedensbewegung" zählen, fordert Günter Grass zu einer Haltung auf, die dem früheren Begriff der „Wehrkraftzersetzung" entspreche. (S. 1 u. 2)

US-Hilfe für Israel: Präsident Reagan sichert Ministerpräsident Schamir schriftlich zu, „künftig den wachsenden militärischen Interessen Israels auf dem Gebiet der Verteidigung Rechnung zu tragen", meldet der israelische Rundfunk.

Kohl mahnt Gewerkschaften: Zu einem „unabdingbar nötigen" Pakt der Vernunft in den Tarifverhandlungen, hat der Bundeskanzler aufgerufen. CSU-Vorsitzender Strauß erinnerte die Gewerkschaften an ihre Gemeinwohl-Verpflichtung. Der zweite IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler spricht vom Existenzkampf der Gewerkschaften.

Heute: Bundeskabinett tagt in Bonn; Themen unter anderem Vorruhestandsregelung und Berliner S-Bahn. – Letzte Sitzung des EG-Außenministerrats in diesem Jahr. – In Kuwait beginnt der Prozeß gegen zehn geständige Terroristen, die am Anschlag auf die US-Botschaft beteiligt waren.

ZITAT DES TAGES



„Berlin ist die ideelle und geistige Hauptstadt Deutschlands geblieben"

Der Berliner Verleger Axel Springer (S. 3)

FOTO: NICO NAGEL

WIRTSCHAFT

Nord-Süd-Gefälle: Zwei unabhängig voneinander angestellte Untersuchungen widerlegen die These von der generellen Benachteiligung des Wirtschaftsraumes Norddeutschland gegenüber dem Süden. (S. 9)

Weihnachtsgeschäft: Am vierten verkaufsoffenen Samstag haben sich die Erwartungen des Einzelhandels für das Weihnachtsgeschäft erfüllt. Die Vorjahresergebnisse wurden übertroffen. (S. 9)

Rauhreif: Ein angesichts der „uneinsichtigen" Gewerkschaftshaltung möglicher Arbeitskampf würde sich „wie Rauhreif auf die zart keimenden Blüten der Konjunktur" legen, erklärt BDI-Präsident Rodenstock.

Importkontrollen: Präsident Reagan hat – gegen den Rat der Kabinettsmehrheit – strengere Importkontrollen für Textilien verfügt. (S. 9)

Entlassungen bei Talbot: Die französische Regierung hat den von der Werksleitung gestellten Antrag auf Entlassung von 2905 Arbeitern zu zwei Dritteln genehmigt. (S. 11)

Philips bei Grundig: Ab 1. April 1984 wird der Philips-Konzern die Leitung der Grundig AG übernehmen.

Kiechle: Der Eintritt Spaniens und Portugals in die EG sei nicht nur agrarpolitisch unnötig, er bringe nur neue Kosten, erklärt der Minister.

KULTUR

Neuer WDR-Fernsehchef: Nach monatelangem Tauziehen und einigen Absagen einigt sich der WDR-Verwaltungsrat auf Gerd Ruge als neuen Chefredakteur des WDR-Fernsehens. (S. 4)

Unesco: Noch im Dezember wollen die USA entscheiden, ob sie Mitglied der Kulturorganisation der UN bleiben. Sie beklagen die Politisierung der Unesco durch den Osten.

SPORT

Ski alpin: Beim Abfahrtslauf in Gröden (Sieger Räber/Schweiz) gab es die besten deutschen Plazierungen seit 1979. Klaus Gattermann wurde Sechster.

Schach: Ist die große Karriere von Viktor Kortschnoi beendet? Er unterlag Garri Kasparow im Kandidaten-Halbfinale nach einer 1:0-Führung überraschend klar mit 4:7. (S. 7)

Eiskunstlauf: Norbert Schramm wurde zum dritten Mal deutscher Meister. Seine Kür aber überzeugte so wenig, daß er kaum noch mit einer olympischen Medaille rechnen kann. (S. 6)

Motorsport: Manfred Winckelhock, 1983 erfolglos, bleibt nun doch beim deutschen Rennstall ATS. Er unterschrieb einen Vertrag für die nächste Saison. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Katastrophen: Bei Bränden in einer Madrider Diskothek, im Amsterdamer Vergnügungsviertel und in einer Pension in Manchester kamen insgesamt 95 Menschen ums Leben. Bei einem Busunglück in der Nähe von Genua starben mehr als 30 Personen. (S. 16)

Bio-Sputnik: In den USA weiß man nur wenig über ein „gemeinsames" Raumexperiment mit den Sowjets, bei dem Affen und Ratten ins All geschossen wurden.

Wetter: Bedeckt bis wechselnd wolkig; zunächst regnerisch. Bis zehn Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Europa droht Absinken zur „mikroelektronischen Kolonie"

Bonner Kolloquium ruft dazu auf, die pazifische Herausforderung anzunehmen

BERNT CONRAD, Bonn

Der pazifische Raum, zu dem Kalifornien ebenso gehört wie Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong, wird sich in den nächsten Jahren zur dominierenden Zone der Weltwirtschaft entwickeln. Damit wird Westeuropa aufgrund seiner technologischen Rückständigkeit, veralteter Strukturen und provinzieller Denkgewohnheiten immer stärker in eine Randposition gedrängt. Dieses Fazit ergab sich bei einem vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes veranstalteten Kolloquium in Bonn.

Dazu der amerikanische Professor William E. Griffith vom M.I.T. (Massachusetts Institute of Technology): „Australien und Neuseeland sind dabei, mikroelektronische Satelliten Singapurs zu werden. Das ist verblüffend, aber wahr. In gewisser Hinsicht könnte dies – gegenüber Japan und den USA – auch die Zukunft Westeuropas sein. Es ist unwahrscheinlich, daß es bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine wirklich unabhängige elektronische Gesellschaft in Europa geben wird. Also werden Sie abhängig sein. Wenn ich ein Europäer wäre, würde ich dieser Entwicklung nicht mit Zuversicht entgegensehen."

Dabei hatte der renommierte Wissenschaftler aus der berühmten amerikanischen „Denkfabrik" in Cambridge zu Beginn der Tagung im Bonner Königshof ein auch für die Westeuropäer erfreuliches Bild der strategischen Lage in Asien gezeichnet. Trotz gewaltiger Rüstungsanstrengungen – so Griffith – fielen die Sowjets im technologischen Wettrennen mit den Vereinigten Staaten und Japan immer weiter zurück. Das wirke sich auch militärisch aus. Denn der Stand der Technologie sei die Hauptquelle militärischer, wirtschaftlicher und politischer Macht.

Hinzu kommen nach den Worten von Griffith kapitale politische Fehler Moskaus, die auch von den anderen Teilnehmern des Kolloquiums – Diplomaten, Experten, Wissenschaftlern und Wirtschaftsmanagern – bestätigt werden konnten: Die Sowjets hätten in Fernost 44 Divisionen und eine wachsende Zahl von SS-20-Raketen stationiert, um nach eigenen Angaben einer Einkreisung zu entgeben – und sie hätten damit etwas anderes erreicht: Für China sei die Bedrohung durch die SS 20 nicht hinnehmbar, und die Japaner seien durch die massive Gefahr zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg aus ihrem Neutralismus gestört und gegen die Sowjets mobilisiert worden.

Hatte vorher schon Moskaus kurzsichtiges Beharren auf der Annexion der vier südlichen Kurilen-Inseln die Bewohner Nippons irritiert, so erscheint nun, von dem energischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone nach Kräften gefördert, eine schrittweise Wiederbesinnung auf eigene militärische Ressourcen unausweichlich.

Davon hat sich kürzlich Bundeskanzler Helmut Kohl an Ort und Stelle in Tokio überzeugen können. Er war auch von der atemberaubenden technologischen Entwicklung Japans beeindruckt, die sich in einer harten Konkurrenz mit den Amerikanern äußert. Diese Konkurrenz – so berichtete Griffith in Bonn – zwingt die USA geradezu zum weiteren Fortschritt und vergrößert damit ihren Vorsprung vor der Sowjetunion.

Doch nicht nur das: Der Professor aus Massachusetts konnte sogar zur allgemeinen Überraschung davon Kenntnis geben, daß die japanische Industrie wegen der hochentwickelten amerikanischen Militärtechnologie, die natürlich zivil auswertbar ist, zur Kooperation drängt und dabei ihre eigene Spitzen-Computertechnik einbringt.

Für die zurückfallenden Sowjets ist das fatal. Die westeuropäischen Verbündeten hingegen könnten es mit

● Fortsetzung Seite 8

Windelen: Risiko bewußt eingegangen

Minister verteidigt Milliardenkredit, macht neue Mittel von Gegenleistungen abhängig

fac. Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat den in den Unionsparteien nicht unumstrittenen Milliarden-Kredit an die „DDR" als Versuch beschrieben, in der Deutschlandpolitik einen neuen Akzent zu setzen. „Wir sind hier in diesem Punkt wenigstens abgerückt von der strengen Kausalität von Leistung und Gegenleistung, was gerade in unserem eigenen politischen Bereich, im Bereich unserer Wähler und Anhänger zu nicht unerheblichen Irritationen geführt hat und immer noch führt", formulierte Windelen im Sender Freies Berlin (SFB).

Der CDU-Politiker sprach davon, daß die Regierung „hier ganz bewußt ein Risiko eingegangen" sei in der Erwartung, daß diese Geste eine entsprechende Antwort finden würde. „Wir können nicht bestreiten, daß die DDR sich in Teilbereichen in der Tat bewegt hat. Erstmalig seit der drastischen Erhöhung des Mindestumtauschs ist wenigstens in einem Teilbereich diese Leistung, bei Kindern nämlich, zurückgenommen worden. Wir meinen, daß dies nicht reicht."

Zurückhaltend äußerte sich Windelen über neue Kredite an Ost-Berlin. Es werde im wesentlichen von der „DDR" selbst abhängen, ob sie Bonn die politische Möglichkeit gebe, eine „solche Politik der Vernunft fortzusetzen". Das gehe aber nur dann, wenn die Bundesregierung den politischen Spielraum habe, an einer solchen Politik festzuhalten, und das hänge wesentlich davon ab, ob „unsere Leistung durch angemessene Gegenleistung in anderen Bereichen in vernünftiger Weise beantwortet wird".

Hier, so der Minister, lägen die Probleme. „Es mag im Augenblick weitere Wünsche der DDR nach Krediten geben. Aber es gibt keine konkreten Erwägungen, es gibt keine konkreten Anträge an die Bundesregierung, und deswegen kann ich zu dieser Frage keine konkrete Antwort geben."

In dem Interview bekräftigte Windelen den Wunsch, die „langfristige Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit" mit der „DDR" fortzusetzen. Generell vertrat er die Auffassung, daß auch der „neue Spielraum", den eine neue Regierung zweifellos habe, zu einer Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen beitrage. Regierungen kommunistischer Systeme seien Realisten, und, so Windelen, „sie haben mit uns auch keine Probleme zu verhandeln, weil es keine Infektionsgefahr gibt. Wir haben keine gemeinsamen sozialistischen Ahnen, Großvater Marx spielt für uns keine Rolle. Das Gift des Sozialdemokratismus brauchen sie von uns nicht zu befürchten." Deswegen seien viele Verhandlungen mit größerer Unbefangenheit abgelaufen als in der Vergangenheit.

Vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Berlin bekräftigte auch Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt die Bereitschaft zur Fortsetzung der Gespräche mit der „DDR".

Hasselmann mahnt die Koalition

Kritik an „Informationsdefiziten" / WELT-Gespräch mit niedersächsischem CDU-Chef

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Erscheinungsbild der Bonner Koalition leidet nach Auffassung des niedersächsischen CDU-Vorsitzenden Wilfried Hasselmann durch „streitige Diskussionen" und „Informationsdefizite" zwischen den Regierungsparteien. In einem WELT-Gespräch sagte Hasselmann, bei der Bevölkerung insgesamt gebe es nach dem Wahlsieg am 6. März „kein Verständnis für Streit im Regierungslager". Deshalb sollten sich alle verantwortlichen Politiker bemühen – „auch was den Umgangston betrifft" –, hier „jeden Sand aus dem Getriebe zu nehmen".

Auf die Frage, wie er das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Strauß bewerte, antwortete Hasselmann: „Die Tatsache, daß sich beide kurzfristig erneut getroffen haben, ist ein Wert an sich. Sie sollten so fortfahren." Es gehe ihm, Hasselmann, bei seinen Anmerkungen nicht um die „Qualifizierung von Personen", sondern darum, den Erfolg der Koalition in Bonn und deren respektable Leistungen auf Dauer zu sichern. Die Unionsmitglieder setzten „höhere Erwartungen" in die Regierung als die Bevölkerung allgemein.

Es gebe auch Leute, die darauf hinweisen, daß „zwei für das Ansehen und den Wohlstand wichtige Ressorts, das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium, seit vielen Jahren in der Hand der FDP sind". Er wolle die Besetzung dieser Ministerien durch die FDP nicht in Frage stellen, aber deshalb sollte im Verhältnis zur Union insgesamt auf diesen beiden Gebieten die Kommunikation sichergestellt sein. „Ich bin der Meinung, daß in solchen Angelegenheiten die CSU, die der CDU näher steht, nicht erst nach der Abstimmung mit der FDP konsultiert wird. Dieser Abstimmungsprozeß muß parallel laufen."

Die Sachpolitik der Bundesregierung sei gut und „in sich stimmig", betonte Hasselmann. Hierfür hätten sich die Minister Stoltenberg, Blüm und Graf Lambsdorff große Verdienste erworben. Um Vorbehalte gegenüber dieser Politik zu beseitigen, bedürfe es der „intensiven Aufklärung", vor allem bei den Arbeitnehmern. Es müsse, wie im Vorfeld der Wahl am 6. März, der Versuch unternommen werden, diese Politik „durch die Funktionärsschicht hindurch direkt den Arbeitnehmern zu vermitteln", erklärte Hasselmann. „Diese Arbeitnehmer sind keine schwachen Gestalten, sondern klüger, als mancher in der ik glaubt." Aber auch hier komme es auf den Ton an. „Jede elitäre und arrogante Gebärde muß raus aus der Politik." Konsens sei gefordert. Deshalb habe er es auch nicht verstanden, daß der Bundestag zwar die Diäten erhöht, aber eine Anhebung des Wehrsoldes verweigert habe.

Grass setzt auf „Wehrkraftzersetzung"

Schriftsteller nennt Stationierungsbeschluß des Bundestages „Beugung des Grundgesetzes"

xhk./DW. Heilbronn

Führende Vertreter der „Friedensbewegung" haben – eine Art neue Strategie – zu einer allgemeinen Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Ihre scharfen Angriffe gegen Bundesregierung, Bundeswehr und die Verteidigungspolitik des Westens insgesamt gipfelten in der Erklärung des Schriftstellers Günther Grass: „Ich werde in Zukunft das tun, was früher im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wurde."

Während der „Heilbronner Begegnung" deutscher Schriftsteller, die diesmal ohne Kollegen aus der „DDR" stattfand, sagte Grass unter dem Beifall von rund 1000 Personen: „Ich verneine fortan die Friedensfähigkeit der Bundesrepublik." Er werde so lange öffentlich zur Wehrdienstverweigerung aufrufen, bis die, wie Grass formulierte, „Beugung des Grundgesetzes durch den Stationierungsbeschluß des Deutschen Bundestages beendet ist". Und weiter: „Hier (Art. 26/1 des Grundgesetzes: Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges) ist die Verfassung in einem wichtigen Fall schon außer Kraft gesetzt." Deshalb, so argumentierte der Schriftsteller, stelle er sich mit der Aufforderung zur Wehrdienstverweigerung „vor die Verfassung und gegen ihre Beugung durch den Bundestag". Seine Aufrufe wolle er dann beenden, „wenn der legale Zustand wieder da ist". Grass: „Die Stümper, die uns derzeit regieren, sind offenbar überfordert von der Misere der Alltagspolitik. Wer schützt uns eigentlich vor ihnen?"

Der Interpretation kommunistischen Propagandaorgane folgend, erklärten Grass und andere Redner, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing 2 seien „Instrumente des Völkermordes" und für einen „aggressiven Erstschlag konzipiert". Die Bundeswehr sei deshalb nicht mehr in der Lage, ihrem Verteidigungsauftrag entsprechend zu handeln, sondern „einer aggressiven Strategie unterworfen". Sie stehe „außerhalb der Legalität".

Ähnlich wie Grass erklärte der Berliner Pfarrer Heinrich Albertz, bisher habe er „einzelnen" geraten, den Wehrdienst zu verweigern, heute fordere er allgemein: „Verweigert den Dienst, macht euch nicht schuldig wie eure Väter und Großväter." Albertz erklärte beim Anblick der Schutzanlagen vor der US-Raketenbasis in Waldheide bei Heilbronn, sie erinnerten ihn an ein „Super-KZ".

Seite 2: Entgleisung

DER KOMMENTAR

Brüchige Fundamente

GERD BRÜGGEMANN

Der technische Fortschritt in der Welt und die von ihm ausgelöste wirtschaftliche Entwicklung orientieren sich nicht an nationalen Wunschvorstellungen. Sie folgen, so beklagenswert das sein mag, anderen Gesetzen. Während in der Bundesrepublik und anderen Teilen Europas noch Milliardenbeträge aufgebracht werden, um veraltete und nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen zu bewahren, sind andere Länder längst zu den neuen Zielen einer mikro-elektronischen Zukunft aufgebrochen.

Die beklemmende Erkenntnis eines Bonner Koloquiums, aber auch anderer Veranstaltungen in jüngster Zeit zu diesem Thema, daß sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft schon bald aus dem europäisch-atlantischen Bereich in den pazifischen Raum verlagern kann, zu dem auch der Westen der Vereinigten Staaten gehört, ist nicht neu. Zu Konsequenzen hat sie bislang nicht geführt. Im Gegenteil, könnte man beinahe sagen. Mit einer Verbissenheit, die einer besseren Sache würdig wäre, wird auf das ohnehin schon hohe Gebäude der sozialen Sicherheit ein Stockwerk nach dem anderen getürmt und dabei übersehen, daß die Fundamente längst brüchig geworden sind.

Die resignierende Feststellung, in Amerika werde die Forschung und Entwicklung durch riesige Rüstungs- und Weltraum-Etats vorangetrieben, in Ostasien durch eine andere gesellschaftliche Mentalität, ist falsch. Eine Wiederbesinnung auf jene dynamische Leistungsbereitschaft, durch die der Wohlstand, der jetzt so bedenkenlos konsumiert wird, erst geschaffen wurde, ist sicherlich nicht unmöglich. Solange freilich Politiker und Gewerkschaften der Bevölkerung zu verschleiern suchen, daß ein angenehmes Leben heute zu Lasten der Arbeitsplätze und der sozialen Sicherheit von morgen und übermorgen geht, ist wenig gewonnen. Viele Milliarden stehen zukunftsorientierter Forschung deswegen nicht zur Verfügung, weil sie für Erhaltungssubventionen ausgegeben werden.

Auch der Vorwurf provinzieller Denkweise trifft. Gaston Thorn, Präsident des EG-Rats, sagte jüngst, daß in den siebziger Jahren in Europa doppelt soviel für Forschung aufgewendet wurde wie in Japan. Dennoch hätten die Japaner doppelt soviel Patente angemeldet. In Europa wolle jedes Land eben alles selber machen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Kehrt der Kreml nach Genf und Wien zurück?

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat zu erkennen gegeben, daß sie eine Wiederaufnahme der von ihr in Genf unterbrochenen Gespräche über die Reduzierung der strategischen Rüstung (START) sowie die Fortsetzung der jetzt ebenfalls von Moskau ausgesetzten Wiener Verhandlungen über einen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR) zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausschließt. Dies geht aus einem Artikel des Parteiorgans „Prawda" hervor, der jedoch keinen Hinweis darauf gibt, wann und unter welchen Voraussetzungen der Kreml zur Rückkehr nach Genf und Wien bereit sei.

In dem „Prawda-Artikel" hieß es gestern zum Abschluß der letzten START-Runde: „Das Datum für die Wiederaufnahme wurde nicht festgelegt, es muß über diplomatische Kanäle besprochen werden." Zu den MBFR-Verhandlungen meinte das Blatt: „Es wird später auch ein Datum der Verhandlungen in Wien abgestimmt werden, bei denen die sozialistischen Länder im Laufe des Jahres 1983 Vorschläge gemacht haben, die es erlauben, die Verhandlungen aus der Sackgasse zu führen."

Die „Prawda" machte Washington den Vorwurf: „Zu Abenteuern geneigte" Kreise in den USA wollen es nicht verstehen, daß in den Beziehungen mit einem Land wie der UdSSR eine Sprache „von der Position der Stärke" nicht angebracht sei. Die Zukunft internationaler Verhandlungen hänge davon ab, „wann man in Washington und in den Hauptstädten anderer NATO-Länder endlich diese Binsenwahrheit begreift".

Prag: Proteste auch gegen Sowjetraketen

AFP, Prag

Der „Ausschuß zur Vorbereitung freier Gewerkschaften" in der Tschechoslowakei hat sich in einem Schreiben an den Zentralrat der offiziellen Gewerkschaften (URO) von der Einstellung des URO distanziert, der die Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa ablehnt, aber für die Stationierung sowjetischer Raketen in der CSSR und in der „DDR" eintritt. Außerdem verlangt der Ausschuß die Durchführung geheimer, international kontrollierter Volksabstimmungen über die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in allen betroffenen Ländern.

In dem Schreiben der Bewegung für freie Gewerkschaften, die besonders in den Industriezentren Pilsen, Ostrau und Kladro aktiv ist, heißt es: „Eine so wichtige Frage wie die Stationierung von Mittelstreckenwaffen darf nicht von einer Gruppe Politiker entschieden werden." Die Haltung der Staatsgewerkschaften stehe nicht im Einklang mit der Meinung weiter Teile der Bevölkerung. Zahlreiche CSSR-Bürger, die an den offiziellen Kundgebungen gegen die Nachrüstung in Westeuropa teilgenommen hatten, seien „in Wirklichkeit gegen alle Massenvernichtungsmittel, ob diese nun amerikanisch, westeuropäisch oder sowjetisch sind". Als nicht einleuchtend bezeichnete der Ausschuß den Standpunkt, „daß nur amerikanische Raketen schlecht und todbringend sind und die sowjetischen gut, weil sie uns beschützen". In Wirklichkeit könnten alle Gebiete, wo Raketen stationiert werden, zu Angriffszielen werden.

Steht in Ostafrika neue Flüchtlingstragödie bevor?

Uganda will mehr als 100 000 Ruander vertreiben

AP, Nairobi

In Afrika schien sich am Wochenende eine neue Flüchtlingstragödie großen Ausmaßes anzubahnen. Nach Berichten, die in Ruandas Hauptstadt Kigali eintrafen, sollen zwischen 100 000 und 200 000 ugandische Einwohner ruandischer Volkszugehörigkeit aus ihren Dörfern vertrieben und durch Süduganda in Richtung auf den Grenzposten Merama in Marsch gesetzt worden sein. Andere Meldungen schätzten die Zahl der Vertriebenen eher auf 50 000 Menschen.

Für Ruanda, den am dichtesten besiedelten afrikanischen Staat, sei der Menschenstrom ein gewaltiges Problem, sagte ein Gewährsmann in Kigali. Bereits im Jahr 1982 hatte das Land 37 000 ruandische Volksangehörige aufgenommen, die bei gewalttätigen Stammesfehden aus Uganda vertrieben wurden. Weitere 30 000 waren von der Regierung Ugandas am Verlassen des Landes gehindert und in Flüchtlingslager in Süduganda konzentriert worden.

Die Regierung Ruandas ist offenbar entschlossen, die Einwanderung der jetzt Vertriebenen zu verhindern. „Soviel wir wissen, hat noch niemand die Grenze überschritten, und die Behörden werden sicherstellen, daß dies auch keiner tut", erklärte am Wochenende der Vertreter einer westlichen Hilfsorganisation in einem Telefongespräch aus Kigali. Ein Abgeordneter des ugandischen Parlaments hatte mitgeteilt, Tausende von Ruandern seien bei organisierten Unruhen aus ihren Dörfern im Bezirk Rakai vertrieben worden.

Das Siedlungsgebiet der Ruander wurde durch die Grenzziehung der früheren Kolonialmächte Großbritanniens und Belgiens zerschnitten. Zahlreiche Ruander leben seit Generationen in der früheren britischen Kolonie Uganda. Diese Menschen haben die ugandische Staatsbürgerschaft. Später setzte eine Einwanderung ruandischer Landarbeiter nach Uganda ein. Anfang der sechziger Jahre flohen viele Ruander vor den Unruhen in Uganda ins Nachbarland. Während der Herrschaft Idi Amins wurden auch viele Ruander zum Militärdienst eingezogen, die nicht ugandische Staatsbürger waren.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgleisung

Von Rüdiger Moniac

Denk ich an Deutschlands Dichter in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. Heinrich Heines „Nachtgedanken" machen heute des Tags verstört, wenn man sich mancher seiner Nachfahren erinnert. Das „Deutsche Fernsehen" zwingt dazu. Die Tagesschau weiß am Samstagabend über kaum etwas ausführlicher zu berichten als über die Ungeheuerlichkeiten des Günter Grass und anderer.

Man fragt sich, was weiß Grass vom Frieden, wenn er der Bundesrepublik und auch der Bundeswehr die Friedensfähigkeit abspricht? Früher, als die Sozialdemokraten noch in Bonn die Regierung stellten, schleuderten sie diesen Vorwurf wie das Gift der Zersetzung gegen die Unionsparteien. Heute, da die Mehrheit der Wähler eben die damalige Opposition zur Regierung bestellt hat, kommt solches nicht mehr über die Lippen von Vogel und Brandt, obwohl das Parlament die aufwühlendste Debatte seit je über das Synonym aller Synonyme des Streits – die Raketen – gerade hinter sich hat. Heute bemächtigen sich dieser Aufgabe die Herren Grass und Albertz. Wenn Grass sagt, er werde in Zukunft das tun, was „im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wird", dann steigen aus der Erinnerung Assoziationen empor. Albertz hilft, dieses böse Werk zu vollenden. Er will allgemein aufrufen gegen den Wehrdienst. „Macht Euch nicht schuldig wie die Väter und Großväter", sagt dieser unheimliche Pfarrer. Wie kommen solche Deutschen wie diese dazu, unseren Staat und die ihn jetzt regieren, ebenso alle, die nach 1945 mitgeholfen haben, ihn aufzubauen, indirekt als die geistigen Erben des braunen Verführers darzustellen? Bonn ist wirklich nicht Weimar. Am Rhein regieren die friedfertigsten Staatslenker deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Der Friede im Zeitalter der nuklearen Zerstörungskraft entzieht sich den einfachen Erklärungsformeln. Der idealistische Humanismus von Grass wird der Welt, wie sie ist, nicht gerecht. Denn es ist eine Welt, aus der das Wissen über die Kernspaltung nicht mehr wegzupolemisieren ist.

Wirklichkeitsfremd

Von Jürgen Liminski

Unter dem Druck von Meinungsumfragen hat US-Präsident Reagan für seine Nahost-Politik wieder eine neue Nuance gefunden. Er spricht nun von der Möglichkeit, daß Washington seine Truppen aus Libanon abziehen könnte, wenn die Regierung Gemayel bei ihren Bemühungen um eine Lösung scheitern sollte. Die Bemerkung ist für amerikanische Ohren gedacht. Sie ist aber auch in Libanon selbst und in der arabischen Welt vernommen worden – mit einigem Erstaunen. Denn diese Äußerung verrät, sollte sie tatsächlich ernst gemeint sein, ein wirklichkeitsfremdes Bild von der Lage an der Levante.

Gemayel ist kein starker Präsident. Seine Hausmacht reicht kaum über Beirut hinaus. Die Oppositionspolitiker – prosyrische Drusen, Sunniten und Christen – würden wohl zu einer Einigung mit Beirut gelangen – es wäre nicht das erste libanesische Wunder –, wenn sie nur frei entscheiden könnten. Das aber können sie nicht, solange die Gebiete, in denen sie und ihre Familien leben, von den Syrern besetzt sind oder dominiert werden.

Das jüngste Abkommen zur Stabilisierung des Waffenstillstands zeigt, wer über Krieg und Frieden in Libanon bestimmt. Das Papier wurde in Damaskus ausgehandelt und verkündet. Damaskus braucht jetzt Zeit, für die Genesung Assads. Es gibt keine Parallelität in der vielschichtigen libanesischen Problematik, wohl aber eine realistische Rangfolge bei der Lösung dieser Krise. Sie heißt: zuerst der Abzug der Syrer und aller ausländischen Truppen, und dann die interne Versöhnung.

Nun geht es aber nicht nur um das Regime Gemayel. In Libanon steht Reagans Nahostpolitik insgesamt auf dem Prüfstand. Washington hat seit Juni 1982 bereits mehrere große Fehler begangen. Ein Abzug würde diese nicht wettmachen, sondern im Gegenteil dem Prestige der USA einen vielleicht irreparablen Schaden zufügen. Schon plädieren Jordanien und Ägypten öffentlich für eine internationale Nahost-Konferenz mit gleichberechtigter Beteiligung der Sowjets.

Das Gespenst des politischen Kondominiums in Nahost geht wieder um. Für Moskau wäre eine solche Konferenz ein großer Erfolg, eine Art Durchbruch. Washington dagegen hätte als Ordnungsmacht versagt, trotz und wegen des großen Aufgebots vor der libanesischen Küste. Droht Reagan der Vorteil der Initiative abermals zu entgleiten?

Terror ohne Wirkung

Von Fritz Wirth

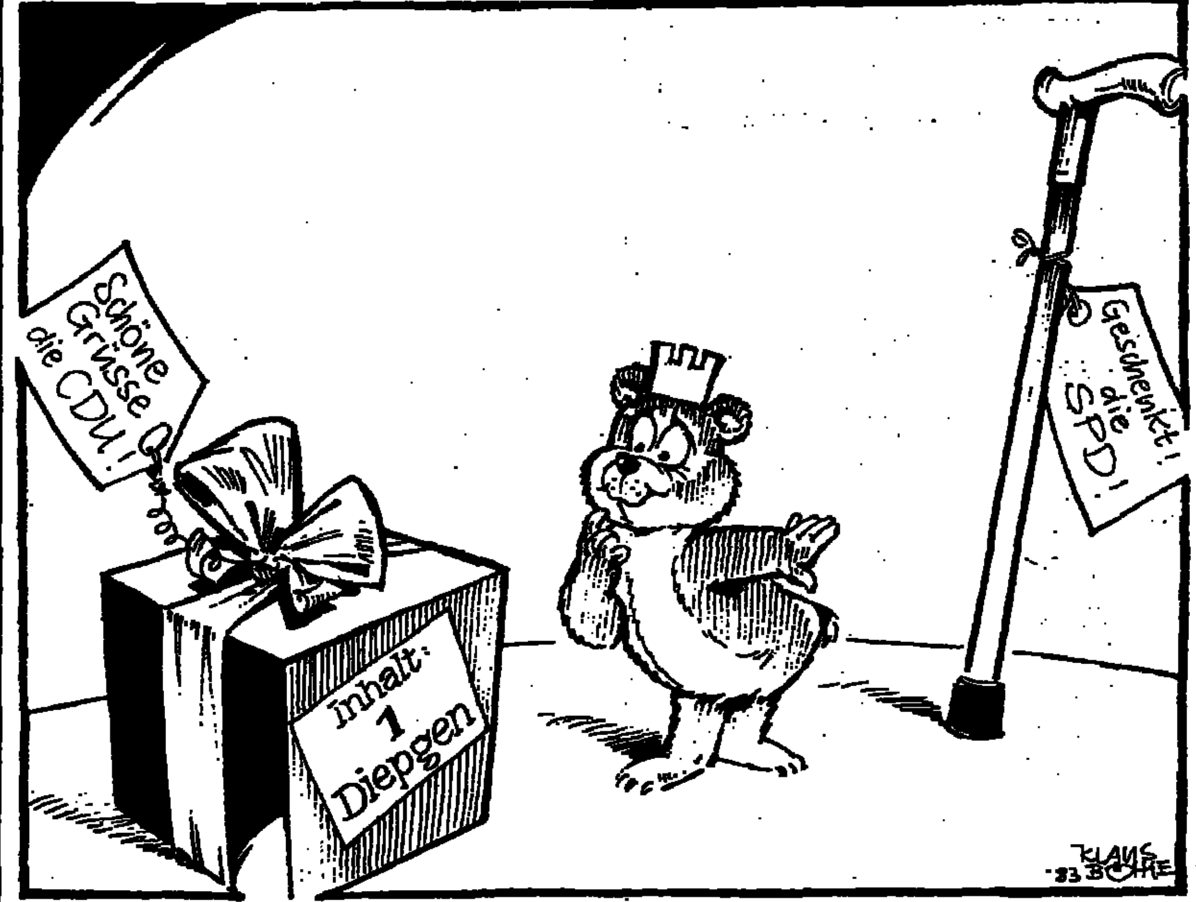
Der internationale Terror des Jahres 1983 hat neue Dimensionen erhalten. Die Ausgelieferten dieses Terrors fühlen sich nicht mehr als Opfer einer beabsichtigten gewaltsamen politischen Erpressung, es lähmt sie immer mehr das Gefühl der Schutz- und Wehrlosigkeit.

Wenn Terror mit selbstmörderischem Kamikaze-Einsatz durchgeführt wird, wie es im Libanon geschah, wird er unberechenbar und wohl auch unabwendbar. Und wenn er, wie an diesem Wochenende in London, in Planung und Ausführung ein so unbegreifbares Maß an Brutalität und Menschenverachtung erkennen läßt, droht einer freien Gesellschaft, die sich nicht festungsartig einigeln will, die Erkenntnis, mit einem gewissen unabwendbaren Terror-Fatalismus leben zu müssen. Gegen die Bombe in einem geparkten Auto im Zentrum einer Millionenstadt gibt es in einer freien Gesellschaft keine wirksame Abwehr. Der schutzlose Bürger ist am Ende dem Gewissen der Terroristen ausgeliefert.

Die Erfahrungen im Umgang mit dem Gewissen der IRA-Terroristen der letzten 14 Jahre zeigen, daß die Schutzschwelle gegenüber den Aktionen dieser Organisation selbst für den unbeteiligten Ausgelieferten gering ist.

So brutal und unbegreiflich unmenschlich der Anschlag in London war, dahinter steckt dennoch politisches Kalkül. Ihr täglicher Terror in Irland ist ein Terror ohne Echo und Wirkung geworden. Der Anschlag auf ein international renommiertes Kaufhaus dagegen in London bringt sie in Schlagzeilen der Weltpresse zurück.

Was sie nicht begreifen: Diese Morde zur Weihnachtszeit wecken nicht öffentliches Interesse für ihren angeblichen Befreiungskampf, sie entlarven sie vielmehr als das, was sie sind: als seelenlose, brutale Verbrecher. Sie haben der Sache des irischen Nationalismus, für den es gute und ernst zu nehmende Argumente gibt, unendlichen Schaden zugefügt. Sie sind dabei – und das bleibt der einzige Trost nach diesem Anschlag –, sich selbst zu besiegen und ein Opfer ihrer eigenen Gewissenlosigkeit zu werden.



„... Den Ristock kenn' ich, – aber was wohl da drin steckt?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Führungsaufgaben in Berlin

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wer sich anschickt, die politische Führung Berlins zu übernehmen, der muß wissen:

– Berlin verträgt weder kommunal- noch landespolitische Mittelmäßigkeit. Denn dies ist keine Großstadt wie jede andere. Die Mauer teilt Berlin, teilt Deutschland, teilt Europa, sie teilt die Welt in Ost und West. Wo dieses Schandmal steht, dort kann man nicht von einer normalen Stadt sprechen.

– Berlin verträgt keinerlei Kleinmut, nicht deutschlandpolitisch, nicht wirtschaftlich, nicht kulturell noch sonstwo. Diese Stadt war und bleibt die Hauptstadt aller Deutschen. Sie ist das Herz der Nation, und die Nation will den Herzschlag spüren.

– Berlin verträgt keine Schlaffheit des Geistes. Diese Stadt ist Inbegriff des Glaubens der Deutschen an ihre Zukunft. Ihre vitale Existenz ist mehr als nur Symbol; sie ist geistige Perspektive – Dimension der Zukunft.

Richard von Weizsäcker ist es zu verdanken, daß Berlin jenen Kleinmut überwunden hat, in den die Stadt am Tage des Mauerbaus, 13. August 1961, gestürzt war. Noch 1976 hat Willy Brandt (in „Begegnungen und Einsichten") den Kleinmut bekannt, als er schrieb: „Und damals mag vielen, nicht anders als mir, schmerzhaft deutlich geworden sein, daß Berlins Anspruch, die deutsche Hauptstadt im Wartestand zu sein, erschüttert war." Dieser resignierende Satz enthält zwei falsche Aussagen. Richtig ist, daß Berlin die Funktionen der Hauptstadt verloren hat und darunter leidet; solange es aber die deutsche Nation gibt, kann Berlin nicht „Hauptstadt im Wartestand" sein, sondern ist und bleibt die Hauptstadt des Willens aller Deutschen zur nationalen Einheit. Und solange es die deutsche Nation gibt, kann nichts den Hauptstadt-Anspruch Berlins erschüttern.

Wir haben nach dem 13. August 1961 erlebt, wohin unbegründete Verzagtheit führt: Die politische Führung Berlins wurde nicht immer nach den Kriterien ausgewählt, die zwingend von der nationalen Aufgabe der Hauptstadt vorgeschrieben werden; die Wirtschaft begann, Berlin-Enthaltsamkeit zu üben; falsche Propheten rühmten die Aussteiger- und Hausbesetzerszene als strotzende Lebenskraft der modernen Großstadt. Es waren Zeichen des Niedergangs. Erst Richard von Weizsäcker hat das Blatt gewendet. Einen Rückfall darf es nicht geben.

Es trifft sich, daß in diesen Tagen die SED einen wortreichen Anlauf zur „sozialistischen Nation" nimmt. Wenn Kurt Hager in Ost-Berlin die „Geschichte der DDR" als Erfüllung, ja als Vollendung der „Nationalgeschichte des deutschen Volkes" preist, wenn er proklamiert, die „sozialistische Nation" habe „nichts Künstliches" an sich, wenn er zurückweist, daß sich aus der intensiven Beschäftigung mit der deutschen Geschichte „so etwas wie übergreifende Gemeinsamkeiten" der „DDR" und der Bundesrepublik ergeben könnten, dann verleugnet er die eigene Nation.

Nirgendwo hat der Sozialismus je eine Nation begründet. Er ist unfähig dazu, weil ihm die kulturstiftende Kraft fehlt. In der Unfreiheit kann Kunst produziert, aber nicht Kultur geboren werden. So ist es kein Zufall, daß die Mauer das augenfälligste „kulturelle" Monument des SED-Staates darstellt, Gefängnis-Monument der Spaltung unserer Nation. Man sollte sich hüten, in Erich Honecker den netten Kommunisten aus dem katholisch geprägten Milieu des Saarlandes zu sehen. Er war es, der unter Ulbricht den Mauerbau kommandierte. Er ist ein Spalter der Nation, und als solcher wird er in die Geschichte eingehen.



Aus eigener Kraft: Eberhard Diepgen und Hanna-Renate Laurien FOTO: AP

Das freie Berlin hat Tag für Tag die nationale Aufgabe, mit seiner pulsierenden Freiheit den geschraubten Ideologie-Unsinn von der „sozialistischen Nation" zu widerlegen. Auch das ist eine Führungsaufgabe in Berlin.

Doch die geistige Dimension dieser Stadt endet nicht an ihren Grenzen, auch nicht an den Grenzen Deutschlands. Wenn Lech Walesa in Polen den „Arbeiterkampf für Brot und Freiheit" ausruft, wenn er den Satz prägt: „Das Wohl des Vaterlandes steht über allem, und die Treue für die Landestraditionen ist unsere Pflicht", dann muß er in Berlin aufmerksamer gehört werden als anderswo im Westen. Berlin lebt aus der Hoffnung auf Freiheit für ganz Berlin, und das heißt auch: Hoffnung auf Freiheit für ganz Deutschland, für ganz Europa. Das ist die geistige Perspektive dieser Stadt. Alles hat seine Zeit, und alles braucht seine Zeit – in Berlin wie in Polen.

Es ist noch nicht lange her, da war es sprichwörtlich, daß Berlin Prüfstein der Entspannung sei. Wahr daran ist, daß die Sicherheit in Europa soviel wert ist wie der störungsfreie Zugang nach Berlin. Man erinnert sich der Frivolität, mit der die SED Honeckers Betonbauwerk als „Friedensmauer" bezeichnet hat. Das ist eine agitatorische Verkehrung des Friedensbegriffs in sein Gegenteil. Berlin ist jeden Tag Testfall des wirklichen Friedens, dessen Wert mit seinem Gehalt an Freiheit steigt. Das Inselleben im eigenen Vaterland erfordert geistige Kraft, Charakterstärke und allzeit gute Nerven. Alle Welt weiß, daß die Berliner darüber verfügen, wenn sie politisch klug geführt werden.

Es wäre unfair, Eberhard Diepgen unter das Bild des Mannes zu zwingen, der – ob zu Recht oder zu Unrecht – in der Bundespräsidentschaft die wichtigere Aufgabe erkennt. Der junge Nachfolger lebt aus eigenem Recht, und er muß auch aus eigener Kraft leben. Wir wünschen ihm die Führungskraft, die Berlin als Hauptstadt aller Deutschen verlangt. Jeder, der das freie Berlin regiert, steht unter dem Wort Ernst Reuters: Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!

IM GESPRÄCH Vahit Halefoglu

Immer bereit zum Dialog

Von Bernt Conrad

Mehr als zehn Jahre lang war Vahit Halefoglu als türkischer Botschafter eine Art Institution in Bonn. Wenn er zum Nationalfeiertag in seine Prachtresidenz an der Mehlemer Rüdigerstraße lud – sei es unter türkischen Ministerpräsidenten von links oder rechts oder in der Zeit des Militärregimes –, dann kam „jeder". Denn Halefoglu verkörperte ganz persönlich, ohne opportunistischen oder parteipolitischen Akzent, die deutsch-türkische Freundschaft. Er hat sich für sie auch unter schwierigen Umständen eingesetzt – und er war dabei fast ebenso oft Interpret deutscher wie türkischer Vorstellungen.

Dieser Mann ist nun, 64jährig, von Turgut Özal zum Außenminister der neuen Zivilregierung in Ankara berufen worden. Das kann in der Bundesrepublik als ein bedeutsames Signal bewertet werden. Özal beweist damit, daß er die von ihm angekündigte entschiedene Vertretung türkischer Interessen gegenüber NATO und EG – und dazu gehören auch die Gastarbeiterprobleme in Deutschland – nicht in der Konfrontation, sondern im Miteinander verwirklichen will. Dafür bürgt die Person Halefoglus, der in der Bundesrepublik und darüber hinaus in der westlichen Allianz den natürlichen Partner seines Landes sieht.

Aber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seine Mitarbeiter schätzen den Türken, der fließend Deutsch spricht und als charmanter Gastgeber kaum zu übertreffen ist, nicht nur als Freund, sondern auch als professionellen Diplomaten mit 41jähriger Berufserfahrung in West und Ost. Halefoglu kennt das Geschäft: Er hat in Wien, London, Beirut, Kuwait, Den Haag, zweimal in Moskau und schließlich von 1972 bis 1982 in Bonn gedient. Auf all diesen Posten hat er auch nie den Kontakt mit seinen jeweiligen griechischen Amtskollegen gescheut – im Gegenteil: Er sah im Dialog stets die beste Krisenbewältigung. Dies mag gerade in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Zypern dem griechisch-türkischen Verhältnis zugute kommen.



Kennt das Diplomaten-Geschäft: Türkeis neuer Außenminister Vahit Halefoglu FOTO: PETER MITCHELL

Halefoglu wirkt altmodisch. Denn er ist weder ein Manager – was man schon daraus ersieht, daß er lieber Briefe schreibt als telefoniert! –, noch frönt er kulturpessimistischen Modeerscheinungen. Nein, er ist von Herzen Optimist, liebt ein gutes Leben mit Komfort und exzellenter Gastronomie und ist von seinem eigenen Beruf begeistert. Ein bemerkenswerter Tatbestand nach vier Dienstjahrzehnten mit ihrer unvermeidlich ermüdenden Routine. Das Geheimnis liegt darin, daß für den eleganten Mann vom Bosporus der Umgang mit Menschen stets im Mittelpunkt gestanden hat. Dem wird er sich nun auch als Außenminister intensiv widmen können.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Das Blatt meint zum Thema 35-Stunden-Woche:

Die Arbeitgeber beziffern ihre Kostensteigerungen bei Einführung der 35-Stunden-Woche mit 14 bis 20 Prozent. Angesichts des hohen Lohnkostendrucks, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schon heute gefährdet, hieße dies, daß für Jahre hinaus die Löhne nicht erhöht werden könnten. Die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag wäre nur dann kostenneutral, wenn Löhne und Gehälter ebenfalls um rund 16 Prozent gesenkt würden. Eine völlig unrealistische Vorstellung, wie überhaupt die Einbildung, daß durch weniger Arbeit der Wohlstand gemehrt werden könnte. Ebenso fragwürdig ist es, mehr Arbeitsplätze bei vollem Lohnausgleich und dem damit verbundenen Kostenschub zu schaffen. Denn der Produktivitätszuwachs von derzeit 2 bis 2,5 Prozent versetzt die Unternehmer kaum in die Lage, die mit der Arbeitszeitverkürzung anfallenden Kosten aufzufangen. Die Flucht in noch mehr Rationalisierung, noch stärkeren Abbau von Arbeitsplätzen und letztlich auch in mehr Schwarzarbeit wäre die zwingende Folge. Die 35-Stunden-Woche könnte daher kaum mehr Arbeitsplätze schaffen, eher schon welche vernichten.

Hannoversche Allgemeine

Das in Hannover erscheinende Blatt schreibt zum Satellitenfernsehen:

Jetzt ist auch der Weltraum zur Ländersache geworden. Wie im Streit um Ölförderzins und Gesamtschulabschlüsse pochen die Ministerpräsidenten auch beim Fernsehen aus dem All auf ihre Länderhoheit. Der SPD fällt der Aufbruch in die Fernsehzukunft sichtbar schwer. Die technische Entwicklung, die über kurz und lang eben viel mehr als nur drei Fernsehkanäle zuläßt, ist der Vorstellungskraft ihrer Medienexperten weit vorausgeeilt. Aber es wird nicht mehr lange dauern, dann werden Satelliten am Himmel stehen, die so stark strahlen, daß man ihre Sendungen mit speziellen Hausantennen empfangen kann. Dabei könnte die absurde Lage entstehen, daß Fernsehzuschauer mit einem SPD-Regierungschef nur aus dem Ausland deutsches Privatfernsehen empfangen können. Die Wellen aus dem Weltraum kümmern sich nämlich nicht um die Hoheitsrechte von Ministerpräsidenten. Sie dringen in deren Länder einfach ein.

TELEGRAAF

Die konservative niederländische Zeitung befaßt sich mit den Plänen der amerikanischen Regierung, sich aus der Unesco zurückzuziehen:

Wenn es so weit kommen sollte, wird sich die Unesco dies selbst zuzuschreiben haben. Jahrelang hat diese Organisation – das will heißen, die von den kommunistischen Staaten der Dritten Welt gebildete Mehrheit – die demokratische Minderheit systematisch unter Druck gesetzt, indem sie für eine „neue Informationsordnung" agitierte, die die klassische Pressefreiheit den politischen Interessen von Polizeistaaten unterwerfen sollte, die sich selbst progressiv nennen. Immer wieder hat der Westen vor dieser Beeinträchtigung der international anerkannten Grundrechte gewarnt. Die Unesco-Mehrheit hat darauf stets mit Konzessionen reagiert, die auf eine Wiederholung bekannter Aussprachen gegen die Freiheit der Meinungsäußerung hinausliefen, nur in anderen Worten. Die Niederlande und andere freie Länder werden es sich ernsthaft überlegen müssen, ob sie dem Vorbild Washingtons folgen sollen.

Das Einhorn oder vom Mythos des Kriegsautomatismus

Nach der Stationierung der Pershing 2 gibt es für die Sowjets kein neues Warnzeit-Problem / Von Cay Graf Brockdorff

Seit langem erklärt die Sowjetunion in Sachen Pershing 2, wegen der Verkürzung der Warnzeit auf wenige Minuten sei sie nunmehr gezwungen, den Beginn eines Atomkrieges automatisch auszulösen. Nicht mehr Menschen würden den sowjetischen Atomschlag auf den Westen steuern, vielmehr Maschinen, die das schneller besorgten. Die Sowjets glauben davon kein Wort. Gegner der NATO-Nachrüstung aber haben die Behauptung aufgegriffen, sich zu eigen gemacht und benutzen sie nun in ihrer Argumentation.

Für Westeuropa kommt das Argument von der nunmehr nur noch nach Minuten zu bemessenden „Vorwarnzeit" wie dereinst Ziehten aus dem Busch. Seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre lebt Westeuropa unter der Bedrohung sowjetischer ballistischer Raketen. Vorkehrungen auf westeuropäischem Boden zur Warnung vor einem Angriff mit diesen Raketen wurden indessen nicht geschaffen. Die NATO ging immer davon aus, daß ein Konflikt, wenn er auf der Ebene dieser Waffen ausgetragen würde, zugleich auch ein Konflikt der Supermächte sein würde. Wenn diese Raketen einschlagen, würden sie an ihrer Detonation erkennbar sein, einer unübersehbaren Detonation, denn die sowjetische SS 5 beispielsweise trägt einen Gefechtskopf von zwei Megatonnen.

Umgekehrt lebt auch die Sowjetunion seit Ende der fünfziger Jahre unter der Drohung, von Raketen getroffen zu werden, die nur sechs oder sieben Minuten benötigen, um ihr Ziel zu erreichen: Die „Polaris"-Atom-U-Boote der amerikanischen Flotte kreuzen wegen der mangelnden Reichweite ihrer Geschosse in der Nähe der sowjetischen Küsten. Schon aus diesem Grund ergibt sich für die Sowjetunion kein neues Warnzeitproblem.

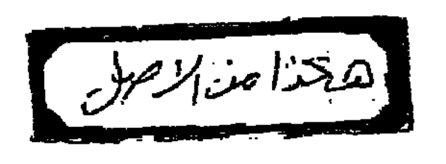
Die Theorie, Raketen zum Gegenschlag zu starten, wenn erste Warnzeichen von Weltraumsatelliten aufgenommen werden, ist alt. Sie entstammt der theoretischen Durchleuchtung der Frage, was geschehen könnte, wenn einer der beiden Superstaaten einen Vorsprung bei der strategischen Waffenentwicklung erzielt, der es ermöglicht, mit einem Erstschlag den Gegner zu entwaffnen. Der Betroffene könnte dem Entwaffnungsschlag entgehen, wenn er vor dem Einschlag der feindlichen Raketen seine eigenen Raketen startet.

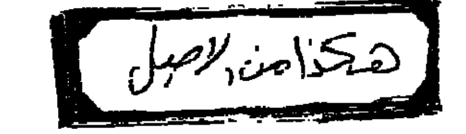
In der Theorie mag das überzeugend klingen, und tatsächlich wohnt dem Gedanken auch etwas Abschreckendes inne: die Androhung der unter allen Umständen funktionierenden Gegenwehr mit alles vernichtenden Waffen. Die praktische Seite des Problems jedoch stellt unüberwindbare Hindernisse in den Weg. Warnsysteme beruhen auf Satelliten, Radars und Computern. Die Erkenntnis, daß technischen Systemen Fehlerquellen anhaften, schließt aus, daß ein Staat seine Strategie auf dem Funktionieren von Maschinen aufbaut. Die Androhung, man könnte zumindest mit wenigen Raketen auf ein Warnzeichen reagieren, wäre wegen der daraus entstehenden Eskalationsgefahr ebenso unbrauchbar.

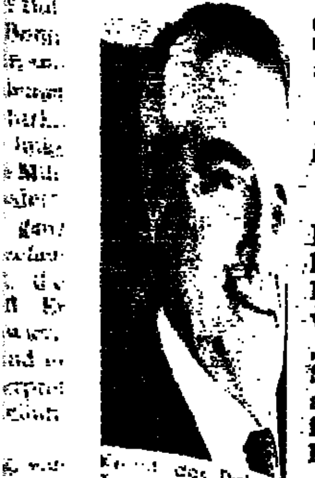
„Launch-on-Warning", wie der Raketenstart nach Warnung in der Sprache amerikanischer Theoretiker genannt wird, übrigens sind es in Amerika überwiegend Akademiker und sehr viel weniger Soldaten, die sich ernsthaft mit der Nuklearstrategie befassen, könnte höchstens zur Ultima ratio einer in die Enge getriebenen Supermacht werden. Als Strategie hat er schon deshalb keinen Wert, weil er ein intaktes Satellitennetz voraussetzt. Würde eine dieser Strategie verschriebene Supermacht ihre Aufklärungssatelliten verlieren, weil der Gegner sie erfolgreich geblendet hat, müßte sie, ohne selbst angegriffen zu sein, ihre Raketenwaffen zu einem vernichtenden Schlag auf den Gegner starten. Die Logik eröffnet keinen anderen Weg. Schon deshalb ist die Automatisierung des Krieges undenkbar: Sie würde mit der Präzision eines Spielautomaten den vernichten, der sie anwendet.

Auch mit theoretisch tausend Pershing 2 in Europa wäre der Westen nicht in der Lage, einen nuklearen Entwaffungsschlag zu führen. Die Sowjets sind aber in ihrer Argumentation noch weiter gegangen. Sie suggerierten, es würden nicht einmal mehr Menschen in den Entscheidungsgang eingeschaltet: Maschinen würden die Warnung auslösen und Maschinen würden den Gegenschlag starten.

Eine Reihe deutscher Wissenschaftler hat einen juristischen Vorstoß beim Bundesverfassungsgericht unternommen. Sie wollen gerichtlich verhindern lassen, daß von deutschem Boden aus „Vorwarnung" für die Automatisierung des Krieges getrieben werde. Sie sind einem Mythos erlegen. Sie sprechen vom Einhorn, das unsere Wälder unsicher mache. Deshalb wollen sie es vom Gericht verbieten lassen. Von solchen Einhörner hat die Sowjetunion ganze Herden.







Zum Fest des Friedens schickt die IRA ihre Todesbomben

Fünf Tote und 91 Verletzte: So lautete am Sonntag die blutige Bilanz des Bombenanschlags vor dem Londoner Kaufhaus „Harrods". Die IRA hat in der Stadt schon oft zugeschlagen, aber so ein Attentat auf friedliche, ungeschützte Bürger hat es noch nicht gegeben.

Von FRITZ WIRTH

Der Anruf kam um 12.44 Uhr: „Dies ist die IRA. Auto-Bombe bei Harrods. Zwei andere Bomben im Geschäft. Eine Bombe in Oxford Street, eine andere bei Littlewoods."

Weihnachtsgrüße irischer Terroristen. Es war Samstag und es war der Tag der eiligen und der großzügigen Weihnachtsbummler, der Einkaufstag des Jahres. Zehntausend Menschen drängten sich in den vier Etagen bei Harrods, der legendären Kaufhausburg der erlesenen und teuren Geschenke.

Am Samstag vor Weihnachten ist dieses Haus, die Fassade in Zehntausende von Glühbirnen gefaßt, ein Märchenschloß der schönen, oft unerfüllbaren Wünsche und ein chaotischer, eiliger Massenbazar zugleich. Parkende und festgefahrene Autos versperren die engen Straßen. Hunderte strömen aus dem Untergrund der gegenüberliegenden Station „Knightsbridge" direkt in den Kaufhauseingang. In den Auslagen wünscht die Geschäftsleitung „frohe und friedliche Weihnachten". Vor dem Eingang spielt und singt eine Kapelle der Heilsarmee Weihnachtschoräle.

Um 13.20 Uhr fährt ein „Rover" mit vier Polizeibeamten am Eingang vier an der Rückseite des Kaufhauses vor und parkt direkt vor einem blauen „Austin 1100". Sie waren herbeigerufen worden durch den IRA-Anruf und hatten den Auftrag, alle in dieser Straße parkenden Autos nach Sprengstoff zu durchsuchen. Sie hatten ihr Auto noch nicht verlassen, da explodierte der blaue „Austin".

Im Auto lagen bis zu 15 Pfund Sprengstoff

Was dann geschah, schildert Allan Kahn, Verkäufer der „Savoy Taylors Guild", direkt gegenüber von Harrods: „Ich bediente gerade einen Kunden, als explosionsartig eine Schaufensterscheibe auf uns hinunterfiel. Ich griff nach Decken und Tüchern, als ich mich vom Schock erholt hatte, und lief zur „Hans Straße". Der Anblick war schrecklich. Auf der Straße saß, zusammengeknickt, ein Mann. Seine Beine zerschmettert, sein Gesicht eine blutige Masse. Ich vermute, daß es ein Polizist war, obwohl nichts mehr von seiner Uniform zu erkennen war. Ich wollte eine Decke über ihn legen. Es gelang mir nicht."

Zehn bis 15 Pfund Sprengstoff lagen im Auto, vermutet die Polizei. Daß die vier Beamten ausgerechnet vor diesem Auto parkten, war Zufall. Daß die Bombe just zu diesem Zeitpunkt explodierte, kann Planung gewesen sein. Scotland-Yard-Chef Sir Kenneth Newman schließt nicht aus, daß die Sprengladung ferngezündet und die Polizei in eine Falle gelockt wurde.

Die Szene war schlagartig zum Schlachtfeld geworden. Eine Explosionswolke stieg über Harrods auf. Die Festbeleuchtung jedoch war unversehrt. Ein bizarres Bild. Schreiende, stöhnende Menschen. Ein Schauer splitternden Glases regnet auf sie herab. Schaufensterpuppen liegen neben schreienden, sich quälenden Menschen auf der Straße. Und die Festbeleuchtung signalisierte: ein frohes Fest.

Premierministerin Thatcher erscheint eine Stunde später auf der Szene und sagt erschreckt, daß sie ein solches Bild seit dem Krieg nicht mehr gesehen habe. In einem benachbarten Hotel hat die Explosion einen halben Kraftwagen in den Hauseingang geschleudert. Im Hotel „Hollyday Inn" in der „Sloane Street" wird Räumungsbefehl gegeben. Erst nach zehn Stunden gibt es die erste verläßliche Statistik: Fünf Tote, darunter ein Polizist und eine Polizistin, 91 Verletzte. Sieben von ihnen schweben in Lebensgefahr.

Mord zum Fest des Friedens. Todesgrüße kalter, fanatisch zynischer Seelen aus Irland. Seit elf Jahren schicken sie solche Todesgrüße auf die britische Insel herüber. Insgesamt 75 Briten sind dabei bisher getötet worden, in den meisten Fällen Soldaten. Zuletzt jagten sie 1982 berittene Soldaten der „Household Cavalry" und Musikanten im Hydepark in die Luft. Die Regel war, daß vor allem militärische Ziele getroffen werden sollten. Ein Anschlag auf friedliche, ungeschützte und ahnungslose Bürger zur Weihnachtszeit – das ist nicht nur neu, es ist der Tiefpunkt ihrer Terrorkampagne, die sie einen Befreiungskampf nennen.

Hätte der Anschlag verhindert werden können? Gab es Kurzschlüsse im Warnsystem der Polizei? War Fahrlässigkeit im Spiel? Sicher ist: Der Anschlag kam nicht unerwartet. Schon drei Tage zuvor hatte Polizeichef Sir Kenneth Newman die Londoner Bürger zur Wachsamkeit ermahnt. Scotland Yard wußte, daß wieder eine Zelle der IRA in London operierte. Diese Zellen bestehen oft nur aus zwei bis drei Terroristen. Die Zeiten, daß die IRA in Gruppenreisen nach London einflog, wie beim Anschlag auf den „Old Bailey" im Jahre 1973, und nach getaner Arbeit beim Rückflug „en masse" verhaftet wurde, sind vorbei. Die Mitglieder dieser Zellen leben und arbeiten getrennt. Und deshalb tappt Scotland Yard im Dunkeln. Die Terroristen, *die im letzten Jahr im Hydepark insgesamt neun Soldaten töteten*, sind immer noch frei.

Wurde die Warnung unterschätzt? In Scotland Yard gingen allein in den letzten 48 Stunden über drei Dutzend falsche Alarme ein. So etwas lähmt die Wachsamkeit. Die Warnung um 12.44 Uhr Samstag lief im übrigen nicht direkt bei der Polizei ein sondern bei einer Organisation, die sich „Samariter" nennen. Es ist eine Selbstmord-Hilfeorganisation. Zufall? Kaum. Zynismus der IRA? Vielleicht. Sicher ist nur, daß der Umweg *über diese Organisation Zeit kostete.*

Explosion kurz nach der Entwarnung

Um 13.00 Uhr ging die Warnung, daß sich Bomben innerhalb des Kaufhauses befinden, bei der Geschäftsleitung von Harrods ein. Sie informierte das Personal, nicht aber das Publikum, über diese Warnung und forderte die Angestellten zur Suche auf. Um 13.20 Uhr gab man Entwarnung, eine Minute später zerriß eine Explosion den weihnachtsgestimmten Bazar.

Die Reaktion der zehntausend Käufer war erstaunlich. Es gab keine Panik. Niemand blockierte die Ausgänge. Im Restaurant des Kaufhauses fielen Teller von den Tischen. Einige der Gäste setzten nach dem ersten Schreck ihre Mahlzeit fort.

Es hätte im übrigen noch viel schlimmer kommen können. Hätte die Geschäftsführung von Harrods auf den Bombenalarm so reagiert, wie es die IRA offenbar erhoffte und die Räumung des Kaufhauses angeordnet, hätten sich in der Minute der Explosion Hunderte in unmittelbarer Nähe von Ausgang vier und einem explodierenden blauen „Austin 1100" befunden. „Wir haben es", sagte Margaret Thatcher, als sie die Szene verließ, „mit absolut brutalen und unmenschlichen Kreaturen zu tun".

Seite 2: Terror ohne Wirkung



Einige Schlagzeilen aus der Londoner Sonntagspresse: Autobomben-Gemetzel bei Harrods; Weihnachts-Blutbad; diese teuflischen Bastarde; „Blitz"-Krieg: Bombenhorror. FOTO: AP

„Berlin ist nationale Aufgabe"

Vor 25 Jahren beschlossen deutsche Patrioten im westfälischen Altena ein Hilfsprogramm für die bedrängte deutsche Hauptstadt. Es hat noch heute Gültigkeit. Die WELT veröffentlicht die wesentlichsten Teile eines Artikels von Axel Springer aus der WELT am SONNTAG.

Von AXEL SPRINGER

Berlin lebt, wirkt und strahlt in seiner kulturellen und wissenschaftlichen Repräsentanz, doch es atmet schwer. Es hat den Verlust seiner Hauptstadtfunktion geistig und politisch noch keineswegs aufgearbeitet. Wir wissen von der Erwerbslosigkeit im freien Teil der Stadt, von dem Schwund industrieller Arbeitsplätze, von Wanderungsverlusten und von dem schwärenden Ausländer-Problem.

Der Weggang Richard von Weizsäckers als Regierender Bürgermeister ist der Bewußtseinslage Berlins nicht bekömmlich und unterstreicht auf eher beklemmende Weise, daß es der alten Hauptstadt offensichtlich nicht mehr gelingt, die besten Politiker des Landes an sich zu binden.

Nun darf das, was Berlin aufgebürdet ist, nicht dazu führen, die Flinte ins Korn zu werfen. Zu Resignation und Pessimismus besteht kein Anlaß. Berlin ist, gefordert und oft überfordert, keine kaputte Stadt. Es ist geradezu ein Fazit seiner an dramatischen Wechselfällen überreichen Nachkriegsgeschichte, daß Berlin immer dann, wenn ihm das Totenglöckchen geläutet wurde, besondere Kräfte und ermutigende Energien zur Selbstheilung entwickelte. Das gilt heute wie vor 25 und mehr Jahren.

Ich erinnere daran, wie die Berliner 1948/49 in einer großartigen, die Welt ergreifenden Manifestation von Freiheitsliebe, Zivilcourage und Opferwillen der sowjetischen Blockade trotzten. Und ich erinnere daran, wie eine tapfere Berliner Bevölkerung im Jahre 1958 (das Jahr des Chruschtschow-Ultimatums, d. Red.) und in den folgenden bitteren Zeiten sich aller Bedrängnis zur Wehr setzte ...

Noch im Dezember 1958 wurde im Westen unseres Vaterlandes für das bedrängte Berlin ein wirtschaftliches Hilfeprogramm verabschiedet, das auch heute noch Wort für Wort Gültigkeit hat.

Vertreter der Wirtschaft und der Bundesregierung einigten sich im westfälischen Altena in Anwesenheit des damaligen Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt auf folgende sechs Punkte:

1. In Berlin muß die Vollbeschäftigung gesichert werden.
2. Der Strom der Aufträge für die Berliner Wirtschaft muß verstärkt werden.
3. Jeder größere Industriebetrieb der Bundesrepublik soll einen Beauftragten einsetzen, der dafür zu sorgen hat, daß alle Auftragsmöglichkeiten für Berlin genutzt werden.
4. In Berlin muß noch mehr produziert und investiert werden.
5. Von allen Verantwortlichen muß erkannt werden, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Berliner und westdeutschen Betrieben auf allen Gebieten der Wirtschaft das Gebot der Stunde ist.
6. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wird einen besonderen Arbeitskreis für Berlin-Fragen einrichten, der in Verbindung mit der Berliner Absatzorganisation alle Anstrengungen für Berlin fördern soll.

Wie unbestechlich und leidenschaftlich in jenen Tagen die deutsche Hauptstadt als nationale Aufgabe empfunden wurde, geht aus den denkwürdigen Worten hervor, mit denen der unvergessene BDI-Präsident Fritz Berg das Hilfeprogramm erläuterte.

„Wir alle miteinander müssen den Berlinern den Kampf um ihre Existenz erleichtern, denn es ist unser eigenes Interesse, wenn wir Berlin helfen." Und weiter: „Der Verlust Berlins würde einen politischen Erdrutsch verursachen und das Vertrauen der Völker zur freien Welt untergraben. Deshalb muß alles, was in unseren Kräften steht, geschehen, um Berlin als Vorposten der Freiheit nicht untergehen und mit Berlin eines Tages das wiedervereinigte Deutschland in Freiheit entstehen zu lassen." ...

Seit (meinen, d. Red.) ebenso deprimierenden wie erhellenden Gesprächen, die ich 1958 im Kreml mit Chruschtschow und anderen wichtigen Sowjets führte, weiß ich, daß Moskau trotz aller taktischen Manöver das Vermächtnis Lenins befolgt: „Wer Berlin hat, hat Deutschland, und wer Deutschland hat, hat Europa." Und ich habe auch immer wieder an die Prognose des früheren sowjetischen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, erinnert, der da orakelte, West-Berlin werde im Verlauf der historischen Entwicklung der „DDR" wie ein reifer Apfel zufallen.

Tun wir Deutsche genug, um diese Prophezeiung ins Reich der Schatten zu verweisen? Ist man sich darüber klar, daß auch das entschlossenste Wohlwollen der westlichen Schutzmächte die Lebensfähigkeit West-Berlins nicht zu garantieren vermag, wenn die innere Treue der Deutschen zu ihrer alten Hauptstadt dahinschwindet?

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor wenigen Tagen an der Spree ein Bekenntnis zu Berlin abgelegt. Um der Wirtschaft der Stadt zu helfen, steht eine weitere Berlin-Konferenz bevor ...

Ich gebe davon aus, daß die Bundesregierung zum Wohle Berlins auch auf dem deutschlandpolitischen Sektor die Zügel straffen wird. Der erhöhte und erweiterte Zwangsumtausch belastet die Berliner in besonderem Maße. Im Umgang mit der „DDR"-Führung muß das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gelten. Geld gegen Wunschträume allein ist schlecht angelegtes Geld.

Der Bund und Berlin? Ich freue mich sehr darüber, daß Bundespräsident Karl Carstens, der unermüdliche Wanderer durch Deutschland, während seiner Amtszeit bislang *60mal den Weg* an die Spree gefunden hat. Das sollte ein prägendes Beispiel sein.

Wir können mit dem Viermächteabkommen, wie es nun einmal ist, auf patriotische Art leben. Was nicht verboten ist, ist erlaubt. Es spricht zum Beispiel doch kaum etwas dagegen, daß der Bundeskanzler in Berlin ein Privathaus unterhält, in dem er viele Wochenenden im Jahr verbringt und in dem er Gäste aus dem eigenen Land und aus dem Ausland empfängt. Es muß nicht immer Bonn sein. Käme der Kanzler, kämen ihm viele, viele nach.

Was spräche dagegen, daß Landtage der Bundesländer einmal im Jahr im deutschen Reichstag zu einer Plenarsitzung zusammenträten? Auch die Stadtparlamente aller großen Städte des freien Deutschland könnten jährlich einmal Berlin-Präsenz ausüben ...

Von Richard von Weizsäcker glaube ich zu wissen, daß er als Bundespräsident, schon weil er sich als „Pater patriae", als Repräsentant aller Deutschen, empfindet, seinem Vorgänger im Berlin-Engagement nicht nachstehen wird. Gleichwohl hätte ich es begrüßt, wäre Weizsäcker in Berlin geblieben ...

Wahrlich, Berlin ist nationale Aufgabe und hat nationale Aufgabe. Es ist die ideelle und geistige Hauptstadt Deutschlands geblieben. Doch es braucht heute wie eh und je die patriotische Hilfestellung, wie sie vor 25 Jahren von den Männern von Altena geboten wurde. Und es muß selbst, zuversichtlich und ungebrochen, der Wegweiser zu jenem Tag sein, an dem die Deutschen wieder eins werden.

Der Kampf gegen das West-TV geht zu Ende

Ost-Berlin verkabelt Teile der „DDR"; dann kann das Westfernsehen überall empfangen werden. Arbeitslosigkeit und Gewalt in der Bundesrepublik sowie andere Gründe führten zu diesem Entschluß.

Von MANFRED SCHELL

Die „Macher" bei ARD und ZDF, die sich bei der Programmgestaltung oft herzlich wenig um Wünsche oder Proteste der Bürger kümmern, werden jetzt ausgerechnet durch eine spektakuläre Aktion der „DDR"-Führung vor die Frage gestellt, ob über den Bildschirm – zumindest häufig – nicht doch nur ein Zerrbild vom Leben in der Bundesrepublik Deutschland vermittelt wird.

Die „DDR" geht nämlich daran, durch die Schaffung von Großantennenanlagen und Verkabelung, den Empfang des Westfernsehens auch in den Gebieten zu ermöglichen, in denen dies bisher aufgrund der technischen Umstände nicht möglich ist. Nachrichten darüber hatten bei den Verantwortlichen in Bonn zunächst ungläubiges Erstaunen ausgelöst. Inzwischen haben sich die Hinweise verdichtet.

Ein SED-Funktionär hat dies auch in einem Gespräch mit einem Bundespolitiker begründet: Ost-Berlin, so sagte er, habe keine Furcht mehr vor dem Westfernsehen. „Wenn im ‚Neuen Deutschland' von Arbeitslosigkeit, Demonstrationen und Gewalt in der BRD berichtet wird, glauben das nur wenige bei uns. Wenn das Westfernsehen darüber berichtet, dann wird es geglaubt."

Eine größere Kabelanlage ist zum Beispiel in der Stadt Neubrandenburg geschaffen worden. Auch im Raum Dresden gibt es solche Bemühungen. Über diese Systeme können die Westprogramme empfangen werden. Eine Frau, die kürzlich zu Besuch in der Bundesrepublik Deutschland war, berichtete von einer Verkabelungs-Aktion in der Gemeinde Großrückerswalde bei Marienberg, in der Nähe der Grenze zur Tschechoslowakei. Hier sei für eine Anschlußgebühr von 500 Mark Ost die Verkabelung angeboten worden. Jetzt könne sie tadellos ARD, ZDF und Bayern III sehen.

Die offizielle Begründung der SED, das Westfernsehen mit seiner Berichterstattung könne beruhigend auf unzufriedene „DDR"-Bewohner einwirken, ist nur ein Aspekt. Die *Führung in Ost-Berlin weiß, daß sie* – anders als bei den Zeitungen – kein Informationsmonopol bei den elektronischen Medien hat. Jeden Abend informieren sich Millionen in der „DDR" über die Fernseh- und Hörfunkprogramme der Bundesrepublik Deutschland über Ereignisse in der Welt, auch über Vorgänge im kommunistischen Machtbereich, die von den amtlich gelenkten Medien verschwiegen werden.

Die Tatsache, daß das Westfernsehen in einzelnen Bereichen der „DDR" aus technischen Gründen bislang nicht empfangen werden kann, hat zu Problemen geführt. Der Bundesregierung liegen Informationen vor, wonach die Zahl der Antragsteller, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln wollen, im Großraum Dresden – in dem das Westfernsehen bisher nicht empfangen werden kann – signifikant höher ist als in anderen Gebieten.

Zusammenhänge zwischen der Möglichkeit, ARD und ZDF empfangen zu können und Entscheidungen über Arbeitsplatz und Wohnungswechsel werden ebenfalls hergestellt. Bewohner der „DDR", darunter selbst SED-Funktionäre, wollten sich ungern in das Gebiet um Dresden oder Greifswald versetzen lassen, wo das Westfernsehen nicht empfangen werden könne.

In Regierungskreisen schätzt man, daß 75 bis 80 Prozent der „DDR"-Bewohner das Westfernsehen regelmäßig verfolgen.

Maßnahmen der Staats- und Parteiführung, den Westempfang zu verhindern, waren in der Vergangenheit vergeblich. Vergeblich war das Bemühen der FDJ, Antennen, auf Westempfang ausgerichtet, zu zerstören. Die Störsender der „DDR" waren ebenfalls nicht erfolgreich. Ende der siebziger Jahre hat der letzte von ihnen seinen Betrieb eingestellt.

Die SED-Führung weiß, daß sie mit solchen Anstrengungen gescheitert ist. Erich Honecker hat dies schon 1974 in einem Interview mit einer amerikanischen Nachrichtenagentur eingeräumt: „In der DDR sind – das ergibt sich schon aus unserer geographischen Lage, Dutzende westlicher Sender – empfangbar." Die Versorgung mit Rundfunkgeräten ist in der „DDR" ähnlich hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt kaum Haushalte ohne ein Radiogerät. Was die Ausstattung der Haushalte in der „DDR" mit Fernsehgeräten angeht, so ist sie – zumindest mit Schwarzweißgeräten – nahezu so hoch wie bei uns: 1981 betrug sie 90 Prozent.

Bei der Einführung des Farbfernsehens hat sich die „DDR" wie die Staaten des osteuropäischen Raumes für das französische SECAM-System entschieden, die Bundesrepublik Deutschland für das PAL-System. In der „DDR" gibt es inzwischen, wenn auch für teures Geld, Geräte zur Umsetzung von PAL auf SECAM, beziehungsweise Fernsehgeräte für beide Systeme.

In der Rangfolge der Beliebtheit oder des Interesses rangieren nach den West-Nachrichtensendungen „heute" und „Tagesschau", die übrigens die „Aktuelle Kamera" der „DDR" zeitlich einrahmen, Sendungen wie „Tatort" oder „Dalli-Dalli".

Kampfabstimmung im WDR entschied für Gerd Ruge

XHY. Köln

Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich Freiherr von Sell (SPD), hat sich nach monatelangen Schwierigkeiten und mehreren Absagen bei der Neubesetzung des Fernseh-Chefredakteurs jetzt durchsetzen können. Allerdings brachte er seinen Personalvorschlag, Gerd Ruge, nur unter Bruch der ungeschriebenen Regel durch, nach der bei strittigen Entscheidungen möglichst alle Mitglieder des Verwaltungsrates einverstanden und in der entscheidenden Sitzung auch anwesend sein müssen.

Zwar waren sich bei der teilweise hitzig verlaufenden vierstündigen Sitzung des Aufsichtsratsgremiums am späten Freitagabend alle Beteiligten über die journalistische Qualifikation Ruges einig. Doch wiesen der Vorsitzende, Theodor Schwefer, und der rheinische CDU-Chef, Bernhard Worms, vergeblich darauf hin, daß auf der Unionsseite Bundesminister Heinrich Windelen nicht teilnehmen konnte. Den Ausschlag gab, daß in der Kampfabstimmung Willi Weyer (FDP) mit den SPD-Vertretern Heinz Kühn, Günter Hammer und Reinhard Grätz votierte.

Gerd Ruge arbeitete für den WDR unter anderem in Moskau und Washington, 1972 wurde er der erste Korrespondent der WELT in Peking, später übernahm er die Leitung des WDR-Magazins „Monitor". Erst kürzlich wurde er – mit Wirkung vom 1. Dezember – zum Chef der Programmgruppe Ausland bestellt.

Das Hauptargument von Sells hieß, er wolle nun endlich Ruhe in die andauernden Personalquerelen bringen. Erstaunlich aber ist, daß der WDR-Chef vorschlug, Ruge nur mit einem Zweijahresvertrag auszustatten. Dies aber bedeutet, daß die Personaldiskussion im WDR anhält: Denn auch Fernsehdirektor Hans Werner Hübner ist nur noch zwei Jahre im Amt, und von Sell selbst will 1986 nicht wieder kandidieren. Ruge wollte diese Zweijahresregelung nicht kommentieren.

Moskau: Zwangsarbeit für Bürgerrechtler

AP, Moskau

Der 42 Jahre alte Programmierer Sergej Chodorowitsch und der 51 Jahre alte Anwalt Wladimir Albrecht sind in der vergangenen Woche in Moskau zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wie aus Dissidentenkreisen verlautete, wurde Chodorowitsch wegen Verleumdung der Sowjetunion zu drei Jahren Zwangsarbeit unter erschwerten Bedingungen, Albrecht unter gleicher Anklage zu einer ähnlichen Strafe verurteilt.

Beide Männer waren im April im Zuge einer Kampagne gegen Regimegegner festgenommen worden, seit deren Beginn bisher mindestens 20 Personen verurteilt worden sind, meist zu nach dem Strafgesetz möglichen Höchststrafen. Chodorowitsch hatte von 1977 an bis zu seiner Festnahme den Solschenizyn-Fonds verwaltet, der aus Tantiemen des Solschenizyn-Buches „Archipel GULag" Familienangehörige in Haft befindlicher politischer und religiöser Bürgerrechtler unterstützt. Albrecht hat Broschüren drucken lassen, in denen er Dissidenten Ratschläge für den Fall ihrer Vernehmung und Inhaftierung gibt.

Kernenergie mit Peking besprochen

AFP, Peking

China und die Bundesrepublik Deutschland haben Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie aufgenommen, bestätigte ein Sprecher der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking. Nach seinen Angaben sind die Gespräche in einem „offenen, freundschaftlichen und konstruktiven Klima" verlaufen.

NRW-Grüne wollen SPD unterstützen

rtr, Siegburg

Im Falle eines Einzugs 1985 in den Landtag streben die nordrhein-westfälischen Grünen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD an. Nach dem dreitägigen Landesparteitag der Grünen in Siegburg erklärte deren Landesvorsitzender Michael Happe gestern vor der Presse, anders als in Hessen wollten die Grünen in Nordrhein-Westfalen bereits vor den Wahlen die Bedingungen und Voraussetzungen für die parlamentarische Unterstützung einer SPD-Regierung abklären. Happe sagte, die 350 Delegierten hätten sich eindeutig „zur Übernahme politischer Verantwortung" bekannt.

Zu den Verhandlungen zwischen den Grünen und der SPD in Hessen sagte Happe: „Sollte auf diesem Wege eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen zustande kommen, kann dies für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eine Signalfunktion haben."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

August Bebel und der 70. Geburtstag von Brandt

SPD-Vize Rau hielt Laudatio / Würdigung durch Strauß

PETER PHILIPPS, Bonn

Willy Brandt demonstrierte allen etwa 400 Gästen, daß mit ihm – auch politisch – noch lange zu rechnen sein wird. In bemerkenswerter Frische und Lockerheit nahm der Parteivorsitzende der SPD gestern in der Bonner „Baracke" die Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag entgegen. In Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte Johannes Rau, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und stellvertretender SPD-Vorsitzender, den Mann, „der in uns den Geist der Arbeiterbewegung wachhält, in der er selbst seine Wurzeln hat".

Rau, der Brandt im Namen des Parteivorstands eine Art-deco-Lampe „mit französischer Birnenfassung" überreichte, schlug einen großen biographischen Bogen vor den Zuhörern: von dem Kind, das in Lübeck, „weit weg von der Welt der Buddenbrooks im Proletariermilieu" groß wurde, über den Emigranten, den Berliner Bürgermeister, der von dort aus „mit Härte den Kampf führte gegen die Bedrohung durch die Kommunisten", bis zum Bundeskanzler und heutigen Parteichef. Rau versuchte dem Menschen gerecht zu werden, dem „eher schwerblütigen, leidensfähigen", von dessen „hanseatischer Kargheit man sich nicht täuschen lassen sollte".

„Erbe Adenauers"

Aber Rau ließ auch in seiner Rede, die er wegen eines Schwächeanfalls der Brandt-Ehefrau Brigitte stark abkürzte, etwas von den politischen Vorstellungen und Grundlagen des 70jährigen anklingen. Er sprach von dem „Erbe Adenauers, das er mit Respekt übernommen" habe, von der „patriotischen Tat des Kniefalls von Warschau, durch den er für Deutschland die Identifikation mit den Opfern des Dritten Reichs" vollzog. Die „Eindringlichkeit" der Brandtschen „Argumente läßt niemanden unberührt, der noch zuhören kann". Und Rau verwies auf Brandts Vorstellungen, die auf August Bebel zurückgingen, daß eine Partei ihre „Kraft verliert, wenn sie sich nicht immer wieder um die Verknüpfung bemüht mit vitalen gesellschaftlichen Bewegungen".

Ähnlich würdigte der amtierende Bundesratspräsident, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seinem Glückwunschtelegramm den SPD-Vorsitzenden: Brandt präge weiterhin wesentliche Teile der deutschen Politik in dem Bewußtsein, daß die Demokratie von der Auseinandersetzung lebe. Er habe während seiner Kanzlerschaft „entscheidende Weichen gestellt" und dem politischen Leben seinen „unverwechselbaren Stempel aufgedrückt".

Strauß erinnerte auch an die gemeinsamen Tage in der Regierungsverantwortung in Bonn. Er denke gern zurück „an die zweite Hälfte der sechziger Jahre, als wir gemeinsam im Bundeskabinett an die Lösung der damaligen Probleme gingen". Er, Strauß, und Brandt hätten damals „manches fruchtbare Gespräch geführt, das die Politik jener Tage vorangebracht" habe.

Große Koalition kein Thema

Brandt nahm in seiner Dankesrede solche Bälle auf. Er forderte seine Parteigenossen auf, sich nach der Weihnachtspause, „verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, wiederzutreffen zu neuem Kampf". Aber, auch wenn das Thema große Koalition jetzt kein Thema sei, so werde doch „wieder der Zeitpunkt kommen" zur engeren Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes. Insgesamt sei er pessimistisch über die bevorstehende politische Entwicklung, aber „nicht ohne Hoffnung, auch weil ich nicht ohne Gottvertrauen bin".

Der Geist August Bebels war es, der immer wieder über der Festversammlung in der „Baracke" schwebte. Denn schon seit Monaten wird deutlich, in welch wachsendem Maße Brandt sich vor allem als seinen Nachfolger betrachtet, als denjenigen, der in bebelscher Weise die Partei zusammenzuhalten hat. Er unterließ auch nicht den Hinweis darauf, daß Bebels Uhr auf seinem Schreibtisch vom Uhrmacher zurück sei: „Sie zeigt die richtige Zeit an."

Zu den Gratulanten in Bonn gehörten auch seine Kinder – auch die Tochter aus erster, norwegischer Ehe –, Staatsmänner wie Bruno Kreisky und Olof Palme, der tschechische Staatschef Husak schickte ein Glückwunsch-Telegramm, DGB-Chef Ernst Breit und der ehemalige Bundespräsident und mit Brandt der Begründer der sozialliberalen Koalition, Walter Scheel, „mein Weggefährte in einem nicht unwichtigen Abschnitt der deutschen Politik" (Brandt). Aber auch, wenn Johannes Rau davon sprach, daß man mit dieser Feier ausdrücken wolle, „du sollst wissen, wie sehr wir Sozialdemokraten dich lieben", ein Genosse war nicht gekommen: Helmut Schmidt, der in vier Tagen seinen 65. Geburtstag feiert, blieb in Hamburg.

Börner sieht Grüne auf dem Wege der Politikfähigkeit

SPD-Landeschef zieht eine positive Zwischenbilanz

dg./dpa, Frankfurt

Eine positive Zwischenbilanz der Verhandlungen zwischen der hessischen SPD und den Grünen über Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit hat der SPD-Landesvorsitzende und geschäftsführende Ministerpräsident in Hessen, Holger Börner, gezogen. Zwei Tage nach der Parlamentsdebatte, in der die CDU ihr Angebot einer Großen Koalition mit der SPD erneuert hatte, in der die FDP von ihrem bisherigen strikten Oppositionskurs an der Seite der CDU gegen Börner abgewichen war und in der auch die SPD einem FDP-Teilhaushaltsgesetzentwurf in zweiter Lesung zugestimmt hatte, stellte Börner damit die alten Fronten wieder her.

Seine Zwischenbilanz der Verhandlungen mit den Grünen zog Börner während der Landesdelegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) am Wochenende in Frankfurt. Der Regierungschef bezeichnete das bisherige Gesprächsklima als „gut" und bescheinigte den Grünen die Bereitschaft, mit der SPD „in möglichst vielen Punkten Einvernehmen zu erreichen".

SPD und Grüne verhandeln seit Mitte November. Die Verhandlungen werden auch heute in sogenannten „Fachgruppen" fortgeführt. Ihr Ende ist offen.

„Spaltbares Material"

Besonders würdigte Börner die Zustimmung der Grünen zu dem von seiner Partei vorgelegten Teilhaushaltsgesetzentwurf in den ersten beiden Lesungen, mit dem auch bisher blockierte finanzielle Mittel aus dem noch immer nicht verabschiedeten Haushalt 1983 für die Kommunen freigegeben werden. Dieses Abstimmungsverhalten sei ein „Zeichen dafür, daß die Landtagsfraktion der Grünen inzwischen auf dem Weg der parlamentarischen Integration und der Politikfähigkeit ein gutes Stück vorangekommen" ist.

Die Grünen müßten sich auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 14. und 15. Januar in Usingen entscheiden, ob sie dem Landeshaushalt 1983 zustimmen und die Verhandlungsergebnisse mit der SPD im Etat 1984 umsetzen wollen oder nicht.

Die positive Zwischenbilanz Börners ist nicht unabhängig von der für übermorgen anberaumten Sondersitzung des Hessischen Landtages zu sehen, in der in dritter Lesung über den Teilhaushaltsgesetzentwurf der SPD und über den Gesetzentwurf der SPD-Landesregierung für ein Kredit- und Bürgschaftsgesetz entschieden wird. Für die Verabschiedung beider Gesetzentwürfe braucht Börner die Grünen, die in den ersten beiden Lesungen bereits zugestimmt haben. Auf die Stimmen der CDU und der FDP kann der Regierungschef nicht rechnen.

Sondersitzung

Die Bedeutung besonders des Bürgschaftsgesetzes hatte der CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Ibel in der Plenardebatte der vergangenen Woche hervorgehoben. Ein vergleichbares Gesetz in der abgelaufenen Legislaturperiode habe es der geschäftsführenden Landesregierung ermöglicht, sich „über das ganze Jahr 1983 ohne Mehrheit im Parlament dahinzuschleppen". Mit kaum verhüllten Fingerzeigen für die Grünen hatte Ibel hinzugefügt, „Ermächtigungsgesetze" dieser Art erlaubten es der Landesregierung auch, mit „spaltbarem Material" umzugehen. Wenn das neue Gesetz im Landtag eine Mehrheit finden würde, werde für die SPD der „Zwang zur Einigung mit anderen Parteien" über eine Zusammenarbeit oder Tolerierung „erheblich gemindert".

Die Grünen, die in der Debatte von CDU-Abgeordneten als „Befürworter des Rechtsbruchs" bezeichnet worden waren, zeigten Ibels Hinweisen die kalte Schulter. Sie kündigten allerdings „Änderungsanträge" an, mit denen der Handlungsspielraum der Landesregierung im Rahmen des Kredit- und Bürgschaftsgesetzes einer „verbesserten Kontrolle des Parlaments" unterzogen werden solle.

Auf die Dringlichkeit der Entscheidung über Mittelzuweisungen ist die Landesregierung auch vom Bund der Steuerzahler Hessens hingewiesen worden. Die Kommunen müßten noch in diesem Jahr die ausstehenden Bewilligungsbescheide aus dem Haushalt 1983 erhalten. Zur Einbringung des Haushalts 1984 ins Parlament bleiben der Landesregierung nur noch zwei Wochen Zeit, wenn sie nicht in Konflikt mit dem Verfassungsgesetz geraten wolle.

„Bewährungsprobe" für Diepgen

Senats-Neuwahl am 9. Februar / Laurien-Lager dringt auf stärkeren Einfluß

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner Union richtet sich nach der Nominierung von Eberhard Diepgen zum Weizsäcker-Nachfolger auf einen Dauer-Wahlkampf bis zu den Berliner Wahlen im Frühjahr 1985 ein. Deshalb sollen die Blessuren nach den erbitterten innerparteilichen Kämpfen der zerstrittenen Lager möglichst bald geheilt werden. Die Entscheidung für Diepgen stieß am Wochenende in der Öffentlichkeit auf ein geteiltes Echo. In der Presse überwogen die skeptischen Stimmen, die Diepgens „eigentliche Bewährungsprobe" erst bevorstehen sehen. Diepgen telefonierte am Wochenende mit Helmut Kohl, der wegen der größeren Wahlchancen intern Hanna-Renate Laurien als CDU-Spitzenkandidatin empfohlen hatte.

Diepgen war, wie in einem Teil der Auflage berichtet, am Freitagabend mit 62:37 Stimmen von dem überwiegend mit Kommunalpolitikern besetzten Landesausschuß der Partei benannt worden. Er muß sich 1984 der Wahl im Abgeordnetenhaus stellen. An diesem Tage tritt Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister zurück und nimmt dann bis zur Sitzung der Bundesversammlung am 23. Mai nur noch sein Abgeordnetenmandat wahr. Nach der Diepgen-Wahl – an der angesichts der 71 Mann starken CDU-FDP-Koalition nicht zu zweifeln ist – müssen sich auch sämtliche zwölf Senatoren von CDU und FDP dem Votum des Parlaments unterwerfen. Diese geheime Wahl birgt aufgrund der Berliner Verfassung stets Risiken; Elmar Pieroth beispielsweise erhielt im Sommer 1981 im ersten Anlauf nicht die erforderliche Stimmenzahl. Der frühere Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe trat nach der gescheiterten Neuwahl von vier SPD-Senatoren im Januar 1981 zurück. Angesichts des ohnehin angeschlagenen Ansehens der CDU werden Unions-Abgeordnete, selbst wenn sie einen Diepgen-Senat nicht als optimal betrachten, in der Wahlkabine kaum ihr Gewissen über das Parteiinteresse an äußerlicher Geschlossenheit stellen.

Unter den zahlreichen Laurien-Anhängern, die Diepgens Wahl nach wie vor für eine Fehlentscheidung halten, wurde am Wochenende der Verzicht auf einen CDU-Sonderparteitag mit dem Ansehen der CDU begründet: „Ein derartiger Parteitag der Basis, der vielleicht eine Laurien-Mehrheit ergeben hätte, wäre in Zerrissenheit und ‚verbrannter Erde' untergegangen", sagte ein CDU-Senator.

„Verpflichtung für alle"

Lieber Herr Diepgen,
Zu Ihrer soeben erfolgten Nominierung zum künftigen Regierenden Bürgermeister von Berlin wünsche ich Ihnen Glück und Segen. Dieses verantwortungsvolle Amt gehört für mich zu den wichtigsten politischen Aufgaben in unserem Lande. Berlin ist und bleibt eine Verpflichtung für uns alle!
Ihr Axel Springer

Innerhalb der Berliner CDU läßt sich die Lage jetzt folgendermaßen analysieren:

- Die breite Erörterung des Für und Wider der beiden Kandidaten verdeckte bisweilen den Unmut über den eigentlichen Anlaß der Querelen – Richard von Weizsäckers Weggang nach Bonn. Die „Reformer" innerhalb der Union sammelten Punkte, indem sie die bis dahin schweigende Mehrheit mobilisierten.
- Eberhard Diepgen muß jetzt diejenigen „Reformer", die ihn unterstützten, durch wichtige Fraktionsämter geneigt machen. Mit 18 bis 20 Vertretern bilden die „Reformer" unter den 65 CDU-Parlamentariern eine Sperr-Minorität, gegen die keine Politik durchsetzbar ist.
- Der neue „Regierende" muß Frau Laurien, die ihre Popularität belegen konnte, in die Regierungs- und Parteiarbeit einbinden. Die von ihr vorgeschlagene „Tandem"-Lösung läßt sich jedoch nicht durchsetzen, weil Heinrich Lummer das Bürgermeisteramt nicht aufgeben will und er in diesem Amt als Repräsentant der „Falken" in der CDU auch ein wichtiges Wählerpotential an die Union bindet. Im Laurien-Lager weiß man, daß die Umlenkung der öffentlichen Sympathie von Frau Laurien auf Diepgen wegen der unterschiedlichen Persönlichkeiten nicht gelingen kann. Deshalb muß Diepgen daran arbeiten, von sich aus fehlende Konturen zu schnitzen und eine eigenständige „Botschaft" zu formulieren.
- Als Minuspunkt wird Diepgen in der Partei angekreidet, daß sein Freund und Fraktionsvorsitzende in spe, Klaus Landowsky, jetzt unter dem Eindruck öffentlicher Erörterungen über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat seine Bewerbung zurückziehen mußte. Er amtiert als Vorstandsmitglied in zwei städtischen Bank- und Wohnungsbaugesellschaften. Damit ist die vorgesehene und für die künftige Regierungsarbeit wichtige Achse Diepgen–Landowsky nicht installiert worden.

Die SPD-Spitze hieß Diepgen als ihren „Wunschkandidaten" in dem wieder offenen Rennen um den Wahlausgang 1985 willkommen. Diese Einschätzung wiederholte jetzt der Vize-Landesvorsitzende Hans Kremendahl in einen Interview.

Seite 2: Führungsaufgaben in Berlin

Senat und Bonn billigen S-Bahn-Vertrag

„DDR" verzichtet auf Millionen-Forderung / Paraphierung noch in diesem Jahr

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „Deutsche Reichsbahn" in Ost-Berlin, die das Rest-Netz der Westberliner S-Bahn betreibt, überläßt noch in diesem Jahr dem Senat drei betriebsfähige Strecken mit zunächst 40 Kilometer Länge. Nach acht Verhandlungsrunden – die 9. findet am 21. Dezember statt – einigten sich Experten beider Seiten jetzt auf einen Vertrag. Die „DDR"-Seite verzichtet dabei auf ihre ursprüngliche Forderung, 100 bis 150 Millionen D-Mark für frühere angebliche Betriebsaufwendungen in West-Berlin zu erhalten.

Am Samstag tagte eine von Weizsäckers Senatskanzleichef Hansjürgen Schierbaum einberufene Geheimkonferenz sämtlicher mit dem Thema befaßter Fach-Senatoren und der CDU- und FDP-Fraktionschefs im Rathaus Schöneberg und billigte das Konzept. Bereits am heutigen Montag will auch das Bundeskabinett zustimmen.

Damit einigten sich beide Seiten – der Senat verhandelte im Auftrag Bonns und auf Weisung und in enger Absprache mit den Westalliierten – überraschend zügig und ohne Status-Streit nach wenigen Monaten konkreter Verhandlungen über eines der kompliziertesten deutschen Nachkriegsprobleme. Die „Reichsbahn" hatte nach Kriegsende mit Einverständnis aller Siegermächte die Betriebsrechte erhalten und nahm sie auch in West-Berlin wahr. Nach dem Mauerbau boykottierten die Westberliner die S-Bahn. Zuletzt nahmen nur noch rund 10 000 Fahrgäste täglich das mehr und mehr geschrumpfte S-Bahn-Netz in West-Berlin in Anspruch.

Die Vereinbarung zwischen der städtischen Verkehrsgesellschaft (BVG) und der „Reichsbahn" soll am oder unmittelbar nach dem 21. Dezember paraphiert werden. Die „DDR" scheiterte mit ihrem Plan, dem Senat einen staatsrechtlichen Vertrag abzuhandeln. Lediglich Fachleute beider Seiten werden ihre Paraphe unter die Vereinbarung setzen. Auf Ostberliner Seite führte der Abteilungsleiter im „DDR"-Verkehrsministerium Herbert Meißner die Gespräche, den der Senat jedoch nur in seiner Eigenschaft als „Reichsbahn"-Hauptdirektor zur Kenntnis nahm. Das Vertragswerk muß jetzt noch von den allein entscheidungsbefugten drei westlichen Alliierten genehmigt werden. Da Status-Streitigkeiten ausblieben, steht einer solchen Genehmigung nichts mehr im Wege. Im Detail soll der Vertrag folgende Punkte enthalten:

- Die BVG übernimmt zunächst 40 Streckenkilometer, kann aber – je nach den finanziellen Voraussetzungen auf westlicher Seite – im Prinzip sämtliche Gleisanlagen in West-Berlin nutzen.
- Die „Reichsbahn" erhält für die Kosten, die ihr beim Betrieb gemeinsamer Stell- und Betriebswerke für den Transit-Fernverkehr und der (westlichen) S-Bahn auf parallelen Trassen entstehen, jährlich eine angemessene Entschädigung.
- Der S-Bahn-Tunnel unter Ost-Berlin (ehemaliges Regierungsviertel, Reichskanzlei), der den südlichen und nördlichen Teil West-Berlins verbindet, wird weiter genutzt und die Unterhaltskosten vom Westen aufgebracht. Dies war eine Forderung der Berliner FDP, die dem Vertrag sonst nicht zugestimmt hätte, weil die S-Bahn bei geschlossenem Tunnel nur noch eine reine „Schrumpf-Bahn" gewesen wäre.
- Als Zuschuß zu den hohen Betriebskosten der S-Bahn stellt der Bund für 1984 eine erste Zahlung von 37 Millionen Mark bereit. Diese Mittel reichen aber nur, wenn der Senat gleichzeitig parallel laufende Buslinien aufgibt und einen relativ hohen Fahrpreis verlangt.
- Die BVG muß mehrere hundert „Reichsbahner" in den öffentlichen Dienst übernehmen, die bisher in Ostberliner Diensten standen.
- Für die Nutzung der nach Westen führenden Gleisanlagen und Bahnsteige auf dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße muß der Senat eine Jahrespauschale von rund einer Million D-Mark zahlen.

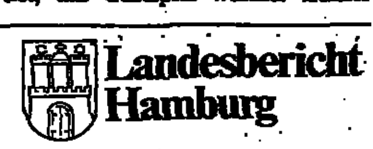
Verwirrspiel um Etat-Verabschiedung

Von HERBERT SCHÜTTE

Wenn bei der jährlichen Haushaltsdebatte – wie Parlamentarier es vorzugsweise formulieren – „die Stunde der Wahrheit" schlägt, dann haben die Etatberatungen der letzten Woche der Hamburger Rathaus-Regierung einen trüben Spiegel vorgehalten. Noch nie sind die Mitglieder des Senats und der SPD-Regierungsfraktion mit einem solchen Gefühl der Unsicherheit nach Hause gegangen wie am späten Freitagabend nach der Schlußabstimmung über den 13,6-Milliarden-Etat. Denn – so erklärte gestern der CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau der WELT – „es ist unklar, ob die erste Lesung des Haushalts rechtmäßig ist". Und auch ein Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes räumte gestern ein: „Der Senat hat die rechtliche Problematik relativ spät erkannt."

Beide Aussagen beziehen sich auf die Tatsache, daß das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) noch nicht in zweiter Lesung beschlossen worden ist. Erst die Verkündung dieses Haushaltsbegleitgesetzes – davon ist Oppositionsführer Hartmut Perschau überzeugt – schafft die Voraussetzungen für die Verabschiedung des Etats. Kein Wunder wenn der CDU-Politiker erklärt: „Das waren die chaotischsten Haushaltsberatungen in meiner zehnjährigen Parlamentszugehörigkeit."

Dieses Verwirrspiel, das erst Mitte Januar mit der dann angesetzten zweiten Lesung des Etats einen – vorläufigen – Abschluß finden soll (danach will die CDU das Verfassungsgericht anrufen, womit der neue Etat weiterhin auf höchst unsicherer Basis angewandt werden kann), dürfte auch bei den Sympathisanten der SPD nur Kopfschütteln hervorrufen: Genau vor einem Jahr, am 19. Dezember 1982, hatte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit der Parole, er wolle in Hamburg wieder „klare Verhältnisse" schaffen, der SPD die absolute Mehrheit zurückerobert. Das Gastspiel der Grün-Alternativen Liste am Beratungstisch des SPD-Fraktionssaals war abrupt beendet, das Gastspiel Walther Leisler



Kieps in der Hamburger CDU – mit einer Schamfrist für den Rückzug – ebenfalls.

Ein Jahr später offenbarten die Etatberatungen schon im Vorfeld den Verfall der Regierungsfähigkeit des SPD-Senats. Erst wenige Minuten vor Beginn der dreitägigen Parlamentsschlacht hatte Fraktionschef Henning Voscherau die beiden „Koalitions"-Partner innerhalb der SPD mit einem Kompromiß-Sparpapier befriedet. Umfang: 250 Millionen Mark, davon sollen 50 Millionen Mark durch Personaleinsparungen kommen. Die Rolle, die Klaus von Dohnanyi dabei gespielt hat, wird von führenden SPD-Politikern nicht sehr viel anders als von der CDU-Führung beschrieben. „Der Bürgermeister ging auf Tauchstation", attackierte Oppositionsführer Hartmut Perschau den Regierungschef in der Generaldebatte. Gestern bekräftigte er seinen Vorwurf: „Herr von Dohnanyi hat in unvorstellbarer Weise die politische Führung an die Fraktion abgegeben. Er überläßt damit die Hamburger Politik den Zufälligkeiten, die bei den Meinungsstreitigkeiten innerhalb der Fraktion als Beschlüsse herauskommen." Auch SPD-Mitglieder, die dem Senat angehören, räumen ein, daß man Klaus von Dohnanyi nachdrücklich zum Handeln drängen mußte, „weil sonst Schulsenator Jan Ehlers die Stadt regieren würde" (Ehlers ist Exponent des linken Flügels in der Landesregierung).

Erst in der Nacht vor dem Auftakt der Haushaltsberatungen ließ sich von Dohnanyi zu einer Parteinahme bewegen, aus der man so etwas wie die Androhung der Vertrauensfrage entnehmen konnte. Der Senat werde – so kündigte der Bürgermeister an – auf der Basis der von der Mehrheit der SPD-Fraktion gefaßten Beschlüsse verfahren und damit die von den Linken massiv abgelehnten Sparmaßnahmen im Personalbereich durchsetzen. Hätte hier der linke Flügel den Senat bei der Etat-Abstimmung hängenlassen, dann wäre der Riß durch das Regierungslager überdeutlich und damit das Weiterbestehen einer von Klaus von Dohnanyi geführten Regierung fragwürdig geworden. Vertreter des Mitte/Rechts-Lagers hatten für diesen Fall bereits die Einberufung eines Sonderparteitages erwogen.

Zunächst ist die Kluft im Regierungslager mit vorweihnachtlicher Zuckerwatte abgedichtet. Im Rathaus bereitet man ein Schauspiel der Einigkeit vor: Am Donnerstag wollen Senat und Bürgerschaft bei einer Sondersitzung Helmut Schmidt die Würde eines Ehrenbürgers verleihen. Da übt die SPD den Schulterschluß. Der so geehrte Hanseat kennt natürlich die Genossen, die mit heimlichem Grimm diesem Beschluß zustimmen werden. Aber er wird auch bei linken Lobesworten vermutlich keine Miene verziehen.

Prozentuale Beteiligung an Arzneikosten?

GISELA REINERS, Bonn

In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sinken die Beitragssätze (von durchschnittlich 12 auf 11,5 Prozent). Dennoch sollen die Mitglieder sozusagen hintenherum erneut zur Kasse gebeten werden. Im Bundesarbeitsministerium wird zur Zeit erwogen, ob nicht durch eine prozentuale Beteiligung der Patienten an den Kosten der von ihnen benötigten Arzneimittel die Kostensteigerung im Gesundheitswesen gedämpft werden kann. Das bedeutet indirekt Beitragserhöhung.

Bundesarbeitsminister Blüm (CDU)) hatte in der vergangenen Woche im Bundesausschuß seiner Partei mitgeteilt, daß 1984 eine Milliarde bei der GKV eingespart würde. Dieses Geld verbleibe je zur Hälfte in den Taschen der Arbeitnehmer und der Betriebe. Und es sei möglich, noch weitere zwei Milliarden Mark einzusparen. Damit hatte der Minister schon angedeutet, wo der Sparstift angesetzt werden kann. Die Krankenversicherung wird nicht billiger, sondern sie kürzt ihre Leistungen.

Zur Zeit zahlt ein gesetzlich Krankenversicherter pro verschriebenem Medikament eine Rezeptgebühr von zwei Mark. Aber er bekommt längst nicht mehr alles verschrieben. Sogenannte Bagatellarzneien wie Mittel gegen Reisekrankheit und Schnupfen muß er selbst bezahlen. Kinder sind von dieser Regelung ausgenommen. Nun wird geprüft, ob sich diese „Negativliste" nicht noch erweitern läßt. Eine Entscheidung soll im nächsten Frühjahr fallen.

Mit einer prozentualen Beteiligung an den Kosten verschriebener Medikamente verfolgt das Ministerium das Ziel, das Interesse der Versicherten an einem sparsameren Umgang mit Arzneimitteln zu schärfen. Und zusätzlich soll die Zahl der verschreibungsfähigen Mittel durch „Ausgrenzung" gesenkt werden. Es ist zu vermuten, daß mit diesen für die Jahre 1985 und folgende geplanten Maßnahmen der FDP entgegengekommen werden soll, die schon lange auf eine Einführung der Selbstbeteiligung an der Krankenversicherung dringt. Andererseits hofft man im Ministerium wohl auch, den ständig steigenden Preisen der Pharmaindustrie durch ein Eigeninteresse der Versicherten an geringeren Ausgaben entgegenzuwirken.

Sorgen bereiten der GKV auch die hohen Arzneimittelkosten für Rentner. Während bis zu 15jährige 18 Mark pro Rezept kosten, sind es bei den 70- bis 85jährigen 45 Mark. Ob hier jedoch das Instrument der Beteiligung greift, ist fraglich, denn für Rentner gelten oft Härtefall-Regelungen. Deshalb wurde den Ärzten bei der Herbstsitzung der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen kürzlich empfohlen, das Gebot der Wirtschaftlichkeit stärker zu beachten.

Niedersachsen: SPD-Vorstand will Frau Fuchs

schw. Hannover

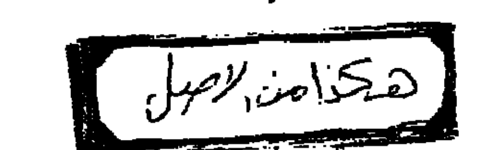
Die frühere Bundesfamilienministerin Anke Fuchs wurde von der SPD-Landesleitung in Hannover aufgefordert, sich 1986 für die Landtagswahlen in Niedersachsen als Spitzenkandidatin gegen Ministerpräsident Ernst Albrecht zur Verfügung zu stellen. Diesen Beschluß traf am Freitag abend der SPD-Landesvorstand mit zwölf gegen acht Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Um das Amt des Spitzenkandidaten hatten sich in den vergangenen Monaten bereits der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des SPD-Bezirks Hannover, Gerhard Schröder, sowie der Landtagsvizepräsident Helmut Bosse beworben. Der Landesparteitag im Juli 1984 soll seine Entscheidung über die Spitzenkandidatur treffen.

Die ehemalige Ministerin, die aus Hamburg stammt und Bundestagsabgeordnete in Köln ist, war vom Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Karl Ravens und dem ehemaligen Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg favorisiert worden. Anke Fuchs habe sich bereit erklärt, sagte Ravens, das Angebot aus Niedersachsen anzunehmen und auch im Falle einer Wahlniederlage nach 1986 in Hannover als Oppositionsführer zur Verfügung zu stehen.

Schröder, der im Gegensatz zu Bosse nicht dem Landesvorstand angehört, hatte darum gebeten, in diesem Gremium seine Bewerbung begründen zu dürfen. Der Vorstand, der scharfe Kritik an der Form der Bewerbung Schröders geäußert hatte, lehnte diese Bitte am vergangenen Freitag ab. Noch in der letzten Woche hatte sich der Vorstand des mitgliederstärksten Bezirks Hannover einstimmig für seinen Vorsitzenden ausgesprochen.

„Die Entscheidung des Landesvorstandes berührt meine Kandidatur nicht", erklärte der ehemalige Juso-Vorsitzende Schröder am Wochenende. Er werde seine Vorstellungen in den Ortsvereinen der Partei erläutern und erwarte das auch von den beiden anderen Kandidaten.

Auch Landtagsvizepräsident Bosse hat seine Kandidatur nicht zurückgezogen. Er erklärte: „Ich gebe davon aus, daß sich alle drei Kandidaten auf dem Parteitag zur Wahl stellen."



Israelis vermitteln Auszug der Christen aus Deir-el-Kamar

Tausende verlassen den seit drei Monaten belagerten Ort / Drusen beherrschen den Schuf

PETER M. RANKE, Beirut

Mit Kleiderbündeln, Taschen und Plastiktüten klettern Männer, Frauen und Kinder im christlichen Ost-Beirut aus den Bussen des Roten Kreuzes. Das Stadion im armenischen Vorort Burdsch Hammoud ist für die Christen aus dem Schuf-Gebirge die vorläufige Endstation ihrer traurigen Odyssee, ehe sie in Klöster, Heime, Schulen und Privathäuser weitergeleitet werden. Sie bleiben Flüchtlinge im eigenen Land.

„Wir sind frei, aber die Heimat haben wir verloren", sagt Dschamal Saad (46), ein Bergbauer mit schwarzen Pumphosen. Dank israelischer Vermittlung und dem Schutz israelischer Truppen können die Eingeschlossenen von Deir-el-Kamar nach drei Monaten Belagerung durch die Drusen-Milizen Dschumblatts abziehen. Aber in ihre Bergdörfer können sie nicht heimkehren, denn Häuser und Land sind von den Drusen erobert oder zerstört worden.

Nach den Massakern an den maronitischen Christen im September durch Drusen-Milizen erlebt Libanon in diesen Tagen das Ende einer Jahrhunderte alten Epoche friedlichen, oft aber auch kriegerischen Zusammenlebens von Drusen und Christen im Schuf. Das Gebirge zwischen Beirut im Norden und Jezzine im Süden gehört nach Vertreibung der Christen nun praktisch allein den Drusen. Sie haben umfangreiche Ländereien und 53 Dörfer in Besitz genommen und können von diesem geschlossenen Siedlungsgebiet aus politischen Druck auf jede Beiruter Regierung ausüben.

Gestern erreichte der dritte Konvoi des Roten Kreuzes mit wieder rund 500 Flüchtlingen Beirut. Insgesamt werden 5–10 000 Christen Deir-el-Kamar verlassen, die restlichen 15 000 Christen bleiben trotz aller Gefahren. Sie hoffen, doch noch in ihre Heimatdörfer zurückkehren zu können. Die 2200 Männer der christlichen Miliz sind auf israelischen Armee-Lkw aus Deir-el-Kamar schon an die Küste nach Saida gebracht worden, von dort zurück nach Jounieh.

Zwischenfälle konnten aufgrund der israelischen Eskorte verhindert werden, aber immer wieder drohten Drusen mit Messern, Flaschen und der Geste des Halsabschneidens. Bürgermeister Dib von Deir-el-Kamar versicherte den israelischen Offizieren: „Ich wollte, ihr könntet für immer hierbleiben." Vorher waren die israelischen Truppen, die im September abgerückt waren, von den Flüchtlingen mit Reis und Salz als Retter begrüßt worden.

300 libanesische Gendarmen übernehmen nach dem Rückzug der israelischen Brigade den Schutz des Städtchens. Aber Israels Verteidigungsminister Arens befürchtet bereits: „Es gibt keine Garantie für die zurückbleibenden Christen." Der israelische Botschafter Lubrani, der den Abzug vermittelt hatte, erklärte: „Wir versuchen, im stillen weitere Probleme zwischen Christen, Drusen und der Regierung zu lösen. Was wir tun, ist gut für Libanon."

Teil der Abmachungen ist eine Zusage der Drusen, daß sie nicht mehr christliche Stadtviertel Beiruts beschießen werden und den Zugang nach Deir-el-Kamar offen halten. Die Christen wiederum werden den drusischen Bauern erlauben, Lebensmittel aus dem Schuf in die Küstenorte und nach Beirut zu bringen. Die Armee darf diese Transporte nicht behindern.

Den israelischen Vermittlern, die in einem Verbindungsbüro in Dbaye nördlich Beiruts arbeiten, ist es bisher nicht gelungen, den immer wieder erneuerten Waffenstillstand zwischen Drusen und libanesischer Armee sicherer zu machen. Die Drusen drohen jetzt damit, die letzten Christen und Deir-el-Kamar doch noch zu überrennen, wenn die Armee und die alliierte Friedenstruppe Stellungen der Drusen unter Feuer nehmen. Mit dem praktisch schutzlosen Deir-el-Kamar hat Dschumblatt ein wichtiges Faustpfand gewonnen. (SAD)

Lob für Alfonsins „furiosen Start"

Menschenrechts-Offensive erregt mehr Aufsehen als Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

WERNER THOMAS, Miami

„La Nacion", die renommierteste Zeitung Argentiniens, spendete Applaus. „Dr. Alfonsin demonstrierte seine Führungsqualitäten", schrieb sie. „Seine Initiativen sollen die rechtsstaatliche Ordnung unterstreichen, die für die moralische Erneuerung notwendig ist." Selbst Isabel Peron zeigte sich beeindruckt von der Persönlichkeit und den politischen Vorstellungen des neuen Staatschefs. Sie nannte Alfonsin nach einem Gespräch im Präsidentenpalast „einen brillanten Mann".

Raul Alfonsin hat einen furiosen Start wie kein anderer Präsident Argentiniens vor ihm zurückgelegt. Während seiner ersten Amtswoche fällte der linksliberale Politiker Entscheidungen, die sogar über seine Wahlkampfversprechungen hinausgingen.

- Fast alle Generäle und Admirale, die seit 1976 Mitglieder der verschiedenen Juntas waren, müssen sich wegen Vergehen gegen die Menschenrechte vor dem höchsten Militärgericht verantworten. Unter ihnen befinden sich die Ex-Präsidenten Jorge Rafael Videla, Roberto Viola und Leopoldo Galtieri.
- Eine Kommission, der 16 prominente Personen angehören, so der Schriftsteller Ernesto Sabato, der Rabbiner Marshall Meyer und der katholische Bischof Jaime Francisco de Nevares, soll das Schicksal der mindestens 6000 vermißten Argentinier untersuchen. Die Gerichte erhalten das belastende Material.
- Die Preise wurden für 40 Tage eingefroren, ein erster Schritt im „Kampf gegen die Inflation" (Alfonsin), die der Präsident von gegenwärtig 400 Prozent auf 100 Prozent im nächsten Jahr senken will. Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun bat die Gläubiger um ein sechsmonatiges Moratorium: „Wir wollen zahlen, aber wir können nicht." Die Schulden betragen 40 Milliarden Dollar.

Die wirtschaftspolitischen Schritte, die noch Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit (zwölf Prozent) einschließen und die radikale Kürzung der staatlichen Ausgaben (von gegenwärtig 13 Prozent des Bruttosozialproduktes auf fünf Prozent), erregten weniger Aufsehen. Alfonsins Menschenrechts-Offensive beherrschte dagegen die Schlagzeilen der letzten Tage.

„Dies ist eine schmerzliche, aber notwendige Aufgabe", sagte Kommissionsmitglied Meyer, ein Amerikaner, der das lateinamerikanische Rabbiner-Seminar in Buenos Aires leitet. „Aber jede Gesellschaft, die ihrer Vergangenheit nicht offen und ehrlich begegnet, wird sie einmal wiederholen."

Alfonsin wollte die Vertreter der letzten Junta verschonen, die im September ein Amnestiedekret erlassen hatte, das der Kongreß nun auf Empfehlungen des Präsidenten für null und nichtig erklärte. Schon erhob jedoch ein Untersuchungsrichter auch Beschuldigungen gegen Cristino Nicolaides und Ruben Franco: Sie hätten Informationen gegenüber dem Fall einer vermißten Person zurückgehalten. Nicolaides war Anfang Dezember noch Armee-Chef, und Franco kommandierte die Marine.

Die Militärattachés der westlichen Botschaften konnten bisher keine Unruhe innerhalb der Streitkräfte registrieren. „Viele Offiziere sind froh über diesen Säuberungsprozeß", berichtete einer dieser Diplomaten, „andere packen ihre Koffer."

Alfonsin hat die vorzeitige Pensionierung von 28 der 52 aktiven Generäle erzwungen, als er Julio Alfredo Fernandez Torres zum Generalstabschef ernannte, dem jetzt ranghöchsten Offizier der Streitkräfte. Ähnlich war die Situation bei der Marine und bei der Luftwaffe. Die drei Waffengattungen unterstehen nun einem zivilen Armee-, Marine- und Luftwaffenminister. Der Verteidigungshaushalt soll um die Hälfte gekürzt, die Wehrpflicht abgeschafft werden. Zivilisten übernehmen die Leitung des Geheimdienstes und aller wichtigen Regierungsbehörden. Manche Beobachter sprachen von einem „Putsch gegen die Streitkräfte".

Auch den Kriegszustand mit Großbritannien wegen des Falkland-Konflikts möchte Alfonsin beenden und eine Lösung suchen. Er neigt dazu, die Vorschläge des Papstes in dem Territorial-Streit mit Chile über den Beagle-Kanal (Feuerland) zu akzeptieren. Er will im Januar in die ecuadorianische Hauptstadt Quito reisen, wo die Staatschefs Lateinamerikas das Schuldenproblem erörtern, und bei dieser Veranstaltung eine zentrale Rolle spielen.

„Wir müssen schnell handeln, solange der Präsident noch die breite Unterstützung des Volkes genießt", erläuterte ein Alfonsin-Sprecher die Hektik der ersten Woche. (SAD)

Beistandspakt Moskau–Helsinki spart auch künftig Konsultationen aus

Von REINER GATERMANN

Als erheblich übertrieben erwiesen sich – soweit bekannt – Befürchtungen in politischen Kreisen Finnlands, die Sowjetunion würde den Moskau-Besuch von Außenminister Paavo Väyrynen dazu benutzen, von den Finnen wegen der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa sogenannte Konsultationen im Rahmen des finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspaktes zu fordern. Nach sechsstündigen Gesprächen im Kreml teilte Väyrynen mit: nichts Derartiges sei geschehen.

Allerdings hatte er auch keine eindeutige Antwort auf seine Frage bekommen, ob der sowjetische Außenminister Gromyko zur Eröffnung der Europäischen Konferenz über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen am 17. Januar 1984 nach Stockholm kommen wird. „Wir überlegen uns die Sache noch", war der einzige Kommentar Gromykos, der jedoch hinzufügte, daß man das Stockholm-Treffen für „sehr wichtig" halte.

In Finnland zeigte man sich über die Entwicklung in Europa nach den gescheiterten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf sehr besorgt. Man befürchtete eine längerfristige Abkühlung der Ost-West-Beziehungen mit möglichen bilateralen Auswirkungen. Deswegen beeilten sich die Finnen zu verkünden, daß sie ihre Radarüberwachung schnellstens ausbauen werden, um in ihr Land eindringende Niedrigflugkörper rechtzeitig ausmachen zu können. Paavo Väyrynen hatte jedoch gleichzeitig betont, daß man die neuen in Westeuropa stationierten Raketen nicht als direkte Bedrohung Finnlands oder der Sowjetunion über finnisches Territorium hinweg sehe. Der Minister dachte aber an die technische Weiterentwicklung und an eine mögliche Stationierung auch auf Schiffen und U-Booten sowie Flugzeugen, die im Nordatlantik Position beziehen könnten.

Während dieser Debatte schlugen die Militärs vor, eine formelle Zusammenarbeit mit Schweden im Bereich der Radarüberwachung einzuleiten, was in Stockholm aber abgelehnt wurde. Darüber hinaus forderte der moskautreue Flügel der Kommunistischen Partei, mit dem Kreml offizielle Konsultationen im Rahmen des Freundschafts- und Beistandspaktes aufzunehmen.

FINNLAND

Väyrynens Gespräche mit Gromyko lassen den Schluß zu, daß der Kreml offenbar mit seinem Verhältnis zu Finnland zufrieden ist und keinerlei Anmerkungen hat zu Finnlands Möglichkeit, sich gegen alle fremden Angriffe oder Territoriumsverletzungen zu verteidigen. Schon in den vergangenen Wochen hatte die Sowjetunion die guten Beziehungen zu Finnland hervorgehoben und im Grunde versucht, die nervöse Debatte in Finnland zu dämpfen. Zu diesem Versuch muß auch die Verleihung des Leninordens an Präsident Mauno Kokivisto zu dessen 60. Geburtstag gerechnet werden. Koivisto bekam diese höchste sowjetische Auszeichnung für einen Ausländer bereits nach eineinhalbjähriger Amtszeit, während sein Vorgänger Kekkonen sieben Jahre darauf warten mußte.

In dem Moskauer Gespräch mit Gromyko wurde laut Väyrynen auch das Thema „Überarbeitung des 1948 geschlossenen und erst kürzlich bis übers Jahr 2000 hinaus verlängerten Freundschafts- und Beistandspaktes" nicht angeschnitten. In Helsinki war dies als eine mögliche sowjetische Reaktion auf die nunmehr angespanntere Lage in Europa ins Auge gefaßt worden.

Mit großem Interesse wartet Helsinki dagegen auf den Entscheid des Kremls, ob er seinen Außenminister Mitte Januar nach Stockholm schickt. Falls ja, würde damit den Finnen die Qual der Wahl genommen werden. Bleibt Gromyko zu Hause, werden die Warschauer-Pakt-Mitglieder seinem Beispiel folgen; die Finnen müßten dann eine schwere Entscheidung treffen. Wie diese auch ausfiele: Sie würde auf einer Seite negative Reaktionen auslösen.

Väyrynen glaubt, dem Gespräch mit seinem sowjetischen Amtskollegen entnehmen zu können, daß dieser den Abbruch der START-Verhandlungen in Genf nur als temporär betrachtet. Keinen näheren Bescheid bekam er allerdings zu der kürzlich in einer finnischen Zeitung wiedergegebenen sowjetischen Auffassung, der Kreml sei bereit, die Ostsee sowie das Baltikum in ein kernwaffenfreies Nordeuropa mit einzubeziehen.

Parallel zu den politischen Gesprächen fanden wirtschaftliche Verhandlungen statt. Die gemeinsame Wirtschaftskommission unterzeichnete ein neues Handelsprotokoll. Das Abkommen sieht vor, daß der gegenseitige Warenaustausch 1984 ein Volumen von fünf Milliarden Rubel (über 17 Milliarden Mark) erreichen soll. Die Sitzung diente vor allem der Vorbereitung eines neuen Handelsabkommens für die Jahre 1986 bis 1990.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mißbrauchtes Altes Testament

„Warum ich gegen die Ideologie der Friedensbewegung bin": WELT vom 19. bis 22. November

Die obige Beitragsfolge verdient Anerkennung. In keiner anderen deutschen Tageszeitung ist die sogenannte Friedensbewegung bisher wohl so tiefgreifend und zutreffend analysiert worden. Nicht zuletzt die jüngsten Auseinandersetzungen um die westliche Raketen-Nachrüstung haben es an den Tag gebracht, wie sehr es der Sowjetunion und ihren Trabanten in unserem Land gelungen ist, einen nicht unbeträchtlichen Teil der öffentlichen Meinung für sich einzunehmen, Unsicherheit und Kriegsangst zu verbreiten. Wer spricht nicht alles die Sprache der sowjetischen Propaganda und bedient sich sowjetischer Argumente. Die Beitragsfolge Pastor Lackners öffnet allen die Augen, die nicht starr einseitig festgelegt sind und auch die andere Seite des Argumentationsfeldes kennenlernen wollen.

Insbesondere sollten sich jene eingehender mit dem Beitrag beschäftigen, die glauben, ihre Friedensthesen mit Hinweisen auf die Bibel und den christlichen Glauben untermauern zu können. Schon die Aufforderung, Schwerter zu Pflugscharen zu machen, beruht auf einer mißbräuchlichen Verwendung des Alten Testaments, denn da wird von der messianischen Endzeit gesprochen, nicht aber von unserer Zeit. Außerdem war Friede im Alten Testament immer nur bewaffneter Friede. Im Neuen Testament aber wird nicht der Friede dieser Welt beschworen, sondern der Friede Gottes, der etwas ganz anderes ist. Und wenn zum Frieden dieser Welt Stellung genommen wird, dann mit der dankbaren Zustimmung, „daß wir in Frieden leben können". Als ein Gesetz gilt dieser Erdenfriede nicht. Auch die Bergpredigt (ist sie nicht vor allem ein Bußpredigt?) wendet sich an den einzelnen Menschen, nicht an die Staaten und ihre Beziehungen. Sie hat den innermenschlichen Bereich im Auge, nicht den äußeren politischen Frieden, den die Menschen dieser Irdischkeit kaum je global herstellen können, von regionalen Kriegen ganz zu schweigen. Die Menschen sind nämlich nicht Gott, sondern gebrochene, unvollkommene Wesen, mögen sie auch noch so hohe und weitgespannte Vorsätze haben, sich noch so ehrlich und intensiv bemühen. Sie sind Gottes Gnade, Gottes Willen unterworfen. Die christliche Religion ist eine Gnadenreligion.

Dennoch ist auch der Wehrdienst in seinem inneren Anliegen Dienst am Nächsten, ein Eintreten für ihn. Auch das Vaterland ist ein Nächstes, und zwar gerade dann, wenn es mißbraucht und erniedrigt wurde. Gerade in seinem Elend bedarf das Vaterland unserer Liebe. Das ist ein christliches Motiv. Oder wendet sich der Christ nur allem Glücklichen und Erfolgreichen zu? Läßt er alles andere im Stich?

Mit freundlichen Grüßen
W. Seibert,
Babenhausen 1

Irreales Argument

Ich bin 50 Jahre, verheiratet, habe einen 10jährigen Sohn, stehe seit 32 Jahren im Berufsleben und habe Angst um meinen Arbeitsplatz – und mit mir Tausende von Arbeitern und Angestellten, die in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt sind und bei Einführung der 35-Stunden-Woche ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Die meisten Arbeitnehmer sind in Mittelbetrieben beschäftigt und nicht in Konzernen wie z. B. Mannesmann und Thyssen.

Eine Kostensteigerung von fast 20 Prozent, die eine Einführung der 35-Stunden-Woche zur Folge hat, kann bei der heutigen Wirtschaftslage kein Unternehmen verkraften. Dies müßte jedem überlegenden, realistisch denkenden Menschen klar sein.

Das Argument der Gewerkschaft, die Arbeitslosigkeit würde hierdurch abgebaut, ist insofern nicht realistisch, als aufgrund der dann entstehenden Kostensteigerung kein Unternehmen mehr in der Lage sein wird, seine Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Die 35-Stunden-Woche schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern wird Tausende neuer Arbeitslosen zur Folge haben.

Da es auch heute noch trotz 2 Millionen Arbeitsloser schwer ist, geeignete Fachkräfte zu finden, würde mich interessieren, wie dies nach Einführung der 35-Stunden-Woche der Fall sein sollte.

Eine Befragung der Arbeitnehmer im Auftrage des DGB im Dezember 1982 ergab, daß nur ca. 23 Prozent als ‚persönlich liebste' Form die 35-Stunden-Woche befürworten, 23 Prozent mehr Urlaub wünschen und 49 Prozent für eine Rente ab 60 Jahren sind.

Die Gewerkschaft arbeitet gegen die Interessen der Mehrheit der Arbeitnehmer. Sie wird bei einer evtl. Urabstimmung über diese Frage eine vernichtende Niederlage erleiden.

Albert Proff,
Duisburg

Wort des Tages

„Die Gegenwart ist nie unser Ziel ... die Zukunft allein ist unser Ziel. So leben wir nie, sondern wir hoffen zu leben, und während wir uns immer in Bereitschaft halten, glücklich zu sein, ist es unvermeidlich, daß wir es nie sind."

Blaise Pascal, franz. Philosoph (1623–1662)

Personalien

EHRUNGEN

Dem langjährigen Bundestagsabgeordneten Dr. **Friedrich Kempfler** und dem Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank Dr. **Peter Pfeiffer** wird am Montag durch Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** das ihnen vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz überreicht.

*

Die Stadt Yonkers im US-Bundesstaat New York hat Dr. **Heinrich J. Klein**, Sprecher des Vorstands der Schott Glaswerke, zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Mit der in Yonkers sehr seltenen Ehrung wird der Beitrag von Dr. Klein für das Revitalisierungsprogramm der Stadt – Yonkers ist Sitz von Schott America und von Schott Zwiesel Glass, den beiden Vertriebsgesellschaften der Schott-Gruppe in den USA – gewürdigt.

*

Für ihre Integrationsbemühungen um junge Ausländer, insbesondere Asylanten, hat die katholische Kirchengemeinde Rahlstedt/Hamburg den Heinrich-Köppler-Jugendpreis bekommen. Den zweiten Preis bekam die „Arbeitsgemeinschaft Hausaufgabenhilfe, Bergisch-Gladbach", den dritten Preis die „Kinderstube Wuppertal". Der diesem Jahr zum zweiten Mal verliehene Preis, der von der Jungen Union in Erinnerung an **Heinrich Köppler** gestiftet wurde, wird am 21. Dezember den Gewinnern überreicht.

VERÄNDERUNGEN

Ratu Josua Brown Toganivalu, bisher Botschafter der Fidschi-Inseln in Bonn, ist zum Vertreter seines Landes beim Heiligen Stuhl ernannt worden und hat – als erster Vertreter seiner 1970 selbständig gewordenen Heimat beim Vatikan – Papst **Johannes Paul II.** sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

*

Daisy Richardson, langjährige Präsidentin der American Women's Group und Vorsitzende des Ausschusses „Hilfe für Polen", verläßt Bonn und kehrt in die USA zurück. Die Polen-Hilfe wird von der „Catholic Women's Group" in Bonn-Plittersdorf weitergeführt.

NACHRICHTEN

Bielefeld nur 1:1 Mönchengladbach 6:0

Bonn (DW.) – Arminia Bielefeld kam im Nachholspiel der Fußball-Bundesliga gegen Aufsteiger Waldhof Mannheim nur auf ein 1:1. Grillemeier hatte Bielefeld in Führung gebracht (14. Minute), Mannheims Neuzugang Remark (22.) ausgeglichen. In einem vorgezogenen Spiel des Pokal-Achtelfinales kam Mönchengladbach beim bayrischen Oberliga-Klub SpVgg Fürth zu einem ungefährdeten 6:0-Sieg. Die Torschützen: Bruns (2), Criens, Rahn, Matthäus, Hochstätter.

Holland hofft weiter

Rotterdam (dpa) – Nach dem 5:0-Sieg über Malta hofft Holland weiter auf die Teilnahme an der Endrunde der Fußball-Europameisterschaft. Mit 13:3 Punkten und 22:6 Toren führen die Holländer in der Gruppe 7 vor der Partie Spanien – Malta am 21. Dezember in Sevilla vor den Spaniern (11:3/12:7). Nur ein spanischer Sieg mit zwölf Toren Unterschied könnte die Holländer noch um die Teilnahme in Frankreich bringen.

Europacup für Rüsselsheim

Rüsselsheim (dpa) – Zum ersten Mal in seiner Vereinsgeschichte gewann JC Rüsselsheim den Judo-Europapokal. Die Staffel besiegte im zweiten Finale den deutschen Meister TSV München-Großhadern 3:1. Damit haben die Rüsselsheimer das 3:4 aus dem Hinkampf wettgemacht. Den entscheidenden Punkt holte der deutsche Schwergewichts-Meister Arthur Schnabel gegen Heini Schäfer (München).

Frauen laufen 10 000 m

Manila (sid) – Die 10 000 Meter für Frauen werden ab 1985 offiziell in das internationale Leichtathletik-Programm aufgenommen. Das wurde auf dem Kongreß des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) in Manila/Philippinen beschlossen. Die 5000 Meter werden dagegen noch nicht an die Stelle des 3000-Meter-Laufes treten.

Grosses 25. Weltrekord

Alice Springs (sid) – Weltrekord-Jubiläum für Hans-Werner Grosse (60): Über dem australischen Alice Springs stellte der Lübecker seine 25. Weltbestleistung im Segelfliegen auf. Grosse erreichte mit seiner ASW 22 bei einem Dreiecks-Flug über 507 Kilometer eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 153,76 km/h und überbot damit die alte Bestmarke des Stuttgarters Georg Eckle.

Gegen Türken-Verbände

Frankfurt (dpa) – Gegen selbständige türkische Sportverbände mit einem autonomen Sportbetrieb in der Bundesrepublik sprachen sich die Teilnehmer der deutsch-türkischen Sportkonferenz aus, die auf Initiative des Deutschen Sportbundes (DSB) in Frankfurt stattfand. Vielmehr soll die Integration der in der Bundesrepublik lebenden Türken in den allgemeinen deutschen Sportbetrieb durch gemeinsame Maßnahmen vorangetrieben werden.

Skelton Erster

London (sid) – Das fünfte Weltcupspringen der Springreiter endete in London mit einem britischen Sieg durch den 25 Jahre alten Nick Skelton. Im zweiten Stechen blieb er auf St. James als einziger ohne Abwurf. Michael Rüping (Itzehoe), einziger deutscher Teilnehmer, kam mit Silbersee nach einem Abwurf im Normalparcours gemeinsam mit sieben weiteren Konkurrenten auf den zwölften Platz.

Junioren um Welttitel

Plantation (sid) – Deutschlands Tennis-Junioren stehen im Finale der inoffiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft um den Sunshine-Cup in Florida. Boris Becker (Heidelberg) gelang dabei beim 2:1 über die USA ein Sieg über Patrick McEnroe (6:3, 6:1), den Bruder von Wimbledonsieger John McEnroe.

Gewichtheber-Weltrekord

Moskau (sid) – Alexander Guniaschow (UdSSR) stellte beim Gewichtheber-Cup der UdSSR in Moskau mit 207,5 kg einen Weltrekord im Reißen der Klasse über 110 kg auf. Der 24 Jahre alte Super-Schwergewichtler überbot die alte Bestmarke seines Landsmannes und Weltmeisters Anatoli Pisarenko um 1,5 kg.

Drei Bestleistungen

Inzell (dpa) – Bei Testrennen in Inzell gab es drei Bestleistungen für die Deutsche Eisschnellauf-Gemeinschaft (DESG): Monika Holzner (Inzell) steigerte sich über 500 Meter auf 41,44 Sekunden, Uwe Streb (Landshut) verbesserte den 1500-m-Rekord auf 1:58,31 Minuten, und der 19 Jahre alte Münchner Hans-Jörg Baltes war über 10 000 Meter in 15:00,75 Minuten erfolgreich.

Galopp: Vorentscheidung

Dortmund (kgö) – Eine Vorentscheidung fiel im Kampf um das Jokkey-Championat: Lutz Mäder gewann am Samstag in Dortmund zwei Rennen und führt jetzt mit 90:87 Siegen vor Titelverteidiger Manfred Hofer. Es stehen nur noch zwei Renntage am 26. 12. in Mülheim/Ruhr und 31. 12. in Neuss auf dem Programm.

EISKUNSTLAUF / Deutsche Meisterschaften in Unna – Bei den Herren gab es am Ende lediglich drei Verlierer . . .

Einzelkämpfer Schramm lacht nur noch für das Publikum

ERNST F. RAULF, Unna

„Live and let die", diese Melodie aus dem James-Bond-Film setzte Norbert Schramm an den Anfang seiner Kürmusik, als er nach seinem mißglückten Saisonauftakt im November in Zagreb den Beginn seines Kürvortrages noch einmal überarbeitete.

„Live and let die" – „Lebe und laß sterben" – könnte aus Schramms Sicht auch das Motto über der Herren-Konkurrenz der 81. deutschen Meisterschaften im Eiskunstlauf gewesen sein. Als am Schluß abgerechnet wurde, stand er plötzlich wieder ganz oben, seine Kritiker waren erst einmal tot. Der Strahlemann aus Oberstdorf hatte ihnen eine Antwort auf seine Art gegeben.

„Live and let die" – Norbert Schramm hatte auch die Titelhoffnungen seiner Konkurrenten auf dem Eis sterben lassen. Die von Heiko Fischer aus Stuttgart schon in der Pflicht, die von Rudi Cerne, dem klassischen Stilisten aus Wanne-Eikkel, in den Kürvorträgen. Nur er selbst kam durch, auf einem schmalen Grat wandelnd: dem Sturz, dem eigenen K. o. sehr nahe, punktete er seine sportlichen Rivalen aus. Als die anderen ihre Schwächen zeigten, nutzte er dies, die eigenen Schwächen übertünchend, eiskalt und holte sich den dritten Meistertitel, den die anderen beiden vor dem Wettbewerb schon zu besitzen glaubten.

Ohne Chance schien Schramm im Vergleich zu seinen Rivalen zu sein, betrachtete man die Saisonvorbereitung in den letzten Monaten. War die längst überfällige Mandeloperation im Juni noch eingeplant, so stoppte im September eine Aduktoren-Zerrung den Küraufbau in einer wichtigen Phase. „Zu der Zeit stand ich vor der Entscheidung: Entweder operieren lassen, dann wäre die Saison für mich wahrscheinlich gelaufen gewesen. Oder es mit einer dreiwöchigen Pause zu versuchen. Es war ein Risiko, aber ich habe mich richtig entschieden", sagte Schramm. Diese Erklärung stellt er gegen die Vorwürfe der Funktionäre. „Es ist ganz normal, daß ich nach vier Wochen Kürtraining in Zagreb noch keine Bäume ausreißen konnte, aber ich wollte dort starten, damit ich nicht ohne jeden Wettkampf zur deutschen Meisterschaft mußte."

In Unna war der 23 Jahre alte Obergefreite der Bundeswehr kaum zu sehen. Von Schwester Claudia außerhalb der Eisfläche betreut und abgeschirmt, mied er jeden Kontakt mit der Öffentlichkeit. Selbst Berater Erich Zeller kannte nur die Telefonnummer, unter der er seinen Schützling erreichen konnte. Schramm: „Ich wollte mich nur auf den Wettkampf konzentrieren, um meine derzeit maximale Leistung zu bringen. Das war mir bei dieser Meisterschaft so unheimlich wichtig."

Als Norbert Schramm in der Pflicht Gegenwende, Gegendreier und Schlingenparagraph gelaufen war, sah die Welt für den Europameister freundlicher als erwartet aus. Pflichtspezialist Heiko Fischer hatte die letzte Figur verpatzt. „So etwas passiert alle Jahre einmal", sagte sein Trainer Karel Fajfr dazu. „Vielleicht war sein Vorsprung auch schon so groß, daß die ganze Konzentration weg war." Der erste Mitbewerber Schramms um den Titel war praktisch aus dem Rennen.

Der Mann, dem nun die Favoritenrolle zugeschoben wurde, dem zuletzt die dreifachen Sprünge gleichsam im Schlaf gelangen, stürzte bei der Kombination im Kurzprogramm: Rudi Cerne. Auch wenn die Zuschauer ihn feierten – die Chancen, Meister zu werden, waren für ihn gesunken. Noch froh darüber, bei der Kür als erster der Titelaspiranten auf das Eis zu müssen („Wenn die anderen vorlegen, komme ich so leicht von der Rolle"), fällt der 25 Jahre alte Cerne praktisch selbst die Entscheidung.

„Das kann nicht wahr sein", stöhnte Cernes Mannheimer Trainer Günter Zöller an der Bande, weil die Kür zu einer „mittleren Katastrophe" wird. So formulierte es Cerne später selbst. Was von seinem Programm übrigblieb, war ein dreifacher Toeloop und ein verwackelter Dreifach-Lutz. „Da bin ich im Frühjahr in Oberstdorf mit einer Leistenzerrung eine bessere Kür gelaufen als heute", sagt Cerne, der nur Dritter wird.

Nun ist der Taktiker Schramm gefragt. Ein Kür-Platz vor Cerne reicht aus, dann könnte sich Fischer in der Luft zerreißen, er hätte trotzdem nicht den Hauch einer Chance gehabt. Der Europameister tat in seinem Programm dann auch nur, was notwendig war: Drei dreifache Sprünge, effektvolle Schrittkombinationen, schöne Pirouetten. Fischer gewann zwar die Kür, aber Schramm wurde Meister.

Eugen Romminger, der starke Mann im Verband, sieht sich in seinen Befürchtungen bestätigt: „Mit dieser Kür wird Schramm in Budapest mit Glück Sechster. Doch als ich im Sommer gewarnt habe, wurde ich ja sofort gesteinigt." Norbert Schramm kann an diesem Abend nur lachen. „Ich gehe meinen Weg weiter, denn ich glaube, daß er richtig ist. Und zur Europameisterschaft ist dann auch die notwendige Stabilität da."

Das war einer der seltenen Augenblicke, in denen Schramm lachte. Schramm, so schreibt der Sport-Informationsdienst (sid), Düsseldorf, habe sich „wie eine Perle in ihre Muschel zurückgezogen. Die klappt er nur noch dann auf, wenn er für das Publikum und sich selbst – und niemanden sonst – in königlicher Pose auf das Eis läuft".

Der Europameister kämpft einen einsamen Kampf. Ohne die Sympathie seines Verbandes, ohne das Vertrauen seines Bundestrainers Erich Zeller, gestützt allein auf seine Schwester Claudia, die vor Jahren selbst einmal zur Spitzenklasse zählte.

Und so kommt es denn auch zu solchen Urteilen über die Konkurrenz der Herren, die mit Spannung erwartet worden war: „Es gibt strahlende Sieger, und es gibt Sieger nach dem Reglement." Das sagt Eugen Romminger. Rudi Cerne zieht dieses Fazit: „Heute abend gab es nur Verlierer." Schramm sei kein Sieger, weil ihm von fünf geplanten Dreifachsprüngen lediglich der Toeloop hundertprozentig gelang. Titelverteidiger Fischer sei keiner, weil er trotz des Kürsieges nur Zweiter wurde. Und, so Cerne, „am allerwenigsten bin ich einer".

Die Medaille bei den Olympischen Spielen in Sarajewo hängt für die Deutsche Eislauf-Union bei den Herren im Moment jedenfalls noch ein wenig zu hoch. Norbert Schramm, der als Künstler gilt, wenn er auf dem Eis ist, und dennoch schon oft genug bewiesen hat, daß er auch kämpfen kann, besitzt auf diesen Pessimismus wenigstens noch eine Antwort: „Ich werde meine Trainingsintensität steigern."

Wer wie er denkt, wer das Motto „Traue niemandem außer dir selber" zur Maxime seines Handelns macht, fühlt sich auch sehr oft allein gelassen. Und er ist auch für Kritik nicht so leicht aufnahmebereit. Schramm wird den Weg aus seiner Verbitterung finden müssen, um international weiter erfolgreich zu sein. Seine Stärke nämlich war es, daß er Fröhlichkeit und Heiterkeit nicht spielte. Er war fröhlich und heiter – das hat begeistert . . .

Manuela Ruben doch vorne

Der 19 Jahre alten Europameisterschafts-Vierten Manuela Ruben ist der Titel-Hattrick in Unna doch noch gelungen. Mit der besten Kür verdrängte die Münchener Schülerin die nach Pflicht und Kurzprogramm überraschend führende Cornelia Tesch (Stuttgart) von der Spitze.

Ohne die verletzte Vize-Weltmeisterin Claudia Leistner (Mannheim), die nach einem Trainingssturz das Geschehen auf dem Eis nur als Zuschauerin verfolgen konnte, fiel der von Bundestrainer Erich Zeller betreuten Manuela Ruben der Sieg trotz einer ungünstigen Konstellation vor der Kür relativ leicht. Der 17 Jahre alten Cornelia Tesch hätte zwar schon ein zweiter Kür-Platz zum Sensations-Sieg gereicht, doch unterliefen ihr gleich drei Fehler, so daß sie in der reinen Kür-Wertung hinter Manuela Ruben, Heike Gobbers (Düsseldorf) und Ingrid Karl (München) nur Vierte wurde. Das reichte jedoch, um den zweiten Gesamtplatz zu belegen, der die Startberechtigung für die Europameisterschaften vom 9. bis 15. Januar 1984 in Budapest bringt. Die Bronzemedaille ging am Ende an Heike Gobbers.

Der Comeback-Versuch der früheren Deutschen Meisterin Karin Riediger (Duisburg) muß als mißlungen angesehen werden. Die mit 22 Jahren älteste Läuferin kam über einen neunten Rang nicht hinaus. Choreographisch lief sie die schönste Kür, der allerdings die Schwierigkeiten fehlten. (sid)

HANDBALL / Überraschung beim Familientreffen in Gummersbach



Seit dem 29. September 1979 war der VfL Gummersbach, Mannschaft des Jahres 1983, in der eigenen Halle unbesiegt. 105:1 Punkte hatten die Gummersbacher aus diesen Spielen erreicht. Jetzt verloren sie gegen Großwallstadt. Da sank Kapitän Heiner Brand auf die Knie. Neben ihm ließ sich sein Freund Kurt Klühspieß jubelnd in die Höhe heben. Ein traditionelles Handball-Familientreffen hatte vor den Augen des Bundespräsidenten Carstens überraschenden Ausgang. FOTO: RZEPKA

Der Meister weinte über eigene Fehler

ULRICH DOST, Gummersbach

Es ist immer wieder eine Art von Familientreffen, wenn der VfL Gummersbach und der TV Großwallstadt, die beiden deutschen Renommierklubs, ihre Handballspiele gegeneinander austragen. Die einzige ungeklärte Frage bleibt dabei immer gleich: Wer jubelt, wer weint? Diesmal tollten die Großwallstädter in der Gummersbacher Sporthalle wie ausgelassene kleine Kinder und feierten den 18:17-Sieg. Die Gummersbacher sanken enttäuscht in sich zusammen, schlichen in die Kabine und heulten.

Die Personen sind austauschbar, die Handlung unterscheidet sich. Weil sie sich alle so gut kennen, gehen sie schon mal härter zur Sache, weil sie genau wissen, der andere wird schon verzeihen. Kurt Klühspies und Heiner Brand beharkten sich wie die schlimmsten Feinde. Der eine versuchte noch schlitzohriger zu sein als der andere. Mit gestenreicher Mimik versuchten sie, die Zuschauer hinter sich zu bringen, sie lachten sich an und aus. Hinterher aber ging Kurt Klühspies auf die Frau von Heiner Brand zu, strahlte sie an und küßte sie. Sie sind alle eng befreundet, nur dann nicht, wenn Handball gespielt wird.

Die Funktionäre und Trainer liegen sich ohnehin immer in den Haaren. Selbst wenn es keinen Grund gäbe, sie würden einen erfinden. Diesmal hatten sie sogar einen Anlaß, bei dem sie sich so richtig austoben konnten, und der, ob gewollt oder nicht, ihr Seelenleben und ihre ganze Empfindsamkeit offenlegte.

Acht Minuten waren noch zu spielen. Gummersbach führte klar mit 16:12 und sah wie der sichere Sieger aus. Die Familienfeier drohte langweilig zu werden. Da aber stellten die Schiedsrichter (vollkommen berechtigt) zwei Gummersbacher (Dammann und Rosendahl) wegen Foulspiels vom Platz. Die einmalige Chance, den Spieß noch herumzudrehen, nutzten die Großwallstädter in Profimanier. „Wir gerieten in ein psychologisches Tief", sagte Gummersbachs Trainer Herbert Wittchen später, „der Gegner kam in ein Hoch." Aus dem Tief herauszukommen, sei nun sehr schwer gewesen, meinte der Trainer. Sein eigenes Tief verschwieg er: Er wechselte bei der zahlenmäßigen Unterlegenheit von Spielern plötzlich den kranken Claus Fey (Mandeloperation, Grippe) ein, der bislang nur auf der Bank gesessen hatte. Feys erster Ballkontakt war direkt ein Fehlwurf, der zu einem Gegentor führte.

Großwallstadt kam letztlich zum 17:17-Ausgleich und trieb den Schabernack mit den guten Verwandten noch weiter. Acht Sekunden vor Schluß unterlief Ulrich Gnau ein Wechselfehler. Klare Sache, dafür mußte ein Spieler zwei Minuten auf die Bank. Die Schiedsrichter aber hatten nichts bemerkt. Dafür aber Eugen Haas, der Gummersbacher Handball-Chef, der sofort für Wirbel sorgte. Im allgemeinen Chaos mußte dann der Spieler Milde die Strafe absitzen. Zimperlich gingen sie da nicht miteinander um. „Was wollt ihr denn", fragte Heiner Brand ironisch, „der Schiedsrichter hat euch doch schon fünf Tore geschenkt."

Man brauche sich doch nur auf den Eugen Haas verlassen, meinte Großwallstadts Trainer Karl-Heinz Bergsträsser, Haas wisse doch ohnehin immer alles besser. Die Ironie auch in seinen Worten war unüberhörbar. Ausgerechnet dieser Ulrich Gnau wurde dann nämlich noch zum Held des Familientreffens. Er schnappte sich den Ball nach einem Fehlpaß von Heiner Brand und erzielte sogar den Siegtreffer.

Damit waren fürs erste die Fronten geklärt. „Nach dieser Standortbestimmung ist klar", sagte Heiner Brand, „daß Großwallstadt mit fünf Punkten Vorsprung Meister wird. Wir können nur noch Zweiter werden." Die Gummersbacher gaben zu, daß sie an ihrer eigenen Unzulänglichkeit gescheitert waren. Brand: „So ein Spiel darf man nicht mehr verlieren." Torwart Andreas Thiel: „Das war eigene Dummheit. Wir waren hilflos und haben dem Gegner die Bälle zum Torwurf gereicht."

Die Großwallstädter betrachteten ihre Gummersbacher Freunde von oben herab. „Wir verlieren zu Hause bestimmt nicht, nicht einen Punkt geben wir ab", tönte ihr Trainer großspurig. Und außerdem: Er habe es gewußt, daß seine Mannschaft noch gewinnen würde.

Beide Mannschaften haben sich so richtig ausgetobt, aber keiner hat es persönlich genommen. Beim nächsten Mal ist es wieder so: Wer gewinnt, ist die Nummer eins in Deutschland. Aber streiten, zanken und Bier trinken werden sie immer, wenn sie sich treffen.

SKISPORT / Sechs Wochen vor Olympia

Platz sechs und sieben für Gattermann, Renoth

DW. Bonn

Sechs Wochen vor den Olympischen Spielen in Sarajevo herrschte am Wochenende in den Wintersport-Disziplinen Hochbetrieb. Die erfreulichste Meldung aus deutscher Sicht kam diesmal aus dem Lager der alpinen Skiläufer. Beim Abfahrtslauf in Gröden (Italien) landeten mit Klaus Gattermann (Bayrisch Eisenstein) und Herbert Renoth (Berchtesgaden) gleich zwei DSV-Fahrer auf den Rängen sechs und sieben vor Olympiasieger Franz Klammer und qualifizierten sich damit für Sarajevo. Gefordert waren vom Verband ein Platz unter den acht Besten oder zwei Nominierungen in den Punkterängen (beste 15). Cheftrainer Klaus Mayr: „Schon im Training haben sie bewiesen, daß sie gut genug sind, um solche Bedingungen einmal nutzen zu können."

● **Ski alpin:** Im DSV-Team wurde lange nicht mehr so über einen Erfolg gejubelt. Lediglich Sepp Ferstl konnte sich 1979 besser plazieren als Renoth und Gattermann, als er das Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühl gewann. Der Schweizer Urs Räber feierte seinen ersten Weltcup-Erfolg und verwies die Kanadier Todd Brooker und Steve Podborski auf die nächsten Plätze.

Vor einem Jahr gewann Klaus Gattermann an gleicher Stelle mit einem 15. Rang seinen ersten Weltcup-Punkt. Weil seine Leistungskurve dennoch nach unten zeigte, wollte er schon aufgeben. Erst der neue Trainer Klaus Mayr machte ihm wieder Mut. Gattermann: „Bei ihm macht es wieder Spaß." Er gab aber zu: „Mit diesem Rang habe ich nicht gerechnet. Wir hatten Probleme mit der richtigen Skiwahl. Bevor ich mit der Seilbahn hinauffuhr, hatte ich drei Paar Ski zur Auswahl. Wir entschieden uns für das gleiche Paar, das ich schon im Training gefahren hatte." Ebenso wie Renoth benutzte Gattermann einen neuen Abfahrtsski einer deutschen Firma mit einem antistatischen Belag, der sich während der Fahrt nicht auflädt und dadurch schneller ist. Auch Herbert Renoth strahlte: „Ich war im Training bereits Siebter und wußte, der Ski geht gut."

Mit ihren hohen Startnummern 37 und 35 lagen beide lange Zeit sogar noch einen Platz besser, ehe der Italiener Ivan Marzola in seinem zweiten Weltcuprennen auf Rang fünf fuhr.

● **Nordische Kombination:** Uwe Dotzauer („DDR") und Kerry Lynch (USA) teilten sich nach einer Panne mit der Zeitnahme den Sieg bei der Weltcup-Premiere in Seefeld und bestätigten ihre Favoritenrolle für Olympia. Als Siebter schaffte der Oberstdorfer Thomas Müller auf Anhieb den Sprung ins Olmypia-Team. Auch Dirk Kramer (Willingen) als Zwölfter und Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) als 15. holten Weltcup-Punkte. Mit einer weiteren Plazierung der beiden unter den besten 15 kann das Nominierungs-Kriterium vorzeitig erfüllt werden.

● **Skilanglauf:** Karin Jäger (Hirschau) als Weltcup-Fünfte, Jochen Behle (Willingen) als Vierter der Zwischenwertung und Stefan Dotzler (München) nach seinem elften Platz in Reit im Winkl können sich gezielt auf die Wettkämpfe am Berg Igman in Sarajevo vorbereiten. Auch die Herren-Staffel rehabilitierte sich in Ramsau ohne Behle für die Disqualifikation von Reit im Winkl und hielt in der Besetzung Dotzler, Franz Schöbel, Peter Zipfel und Georg Schneider auf Platz fünf die Staffeln, die nicht aus Skandinavien kommen, in Schach. Durch Gunde Svan (Schweden) über 30 km der Herren in Ramsau und Marja-Liisa Hämäläinen (Finnland) über 10 km der Damen in Autrans gab es am Wochenende skandinavische Weltcup-Sieger.

● **Skispringen:** Doppelmeister Andreas Bauer blieb in Lake Placid beim dritten Weltcupspringen erstmals ohne Punkte. Mit dem Jugoslawen Primoz Ulaga gab es nach Horst Bulau (Kanada) und Vegaard Opaas (Norwegen) in Thunder Bay bereits den dritten Sieger. Im Weltcup führt Weltmeister Matti Nykänen (Finnland). Andreas Bauer liegt derzeit auf dem neunten Rang. Bei der Vierschanzentournee zum Jahreswechsel besteht für die übrigen Schützlinge von Bundestrainer Ewald Roscher die Möglichkeit, doch noch ins Olympia-Team zu kommen.

● **Biathlon:** Nach seinem Sturz in Antholz kam Weltcupsieger Peter Angerer (Hammer) bei irregulären Bedingungen auch beim Alpencup in Hochfilzen nicht über einen 13. Rang hinaus. Der Österreicher Alfred Horn als Sieger war im Ziel sogar um zwei Minuten besser als Peter Angerer. Bundestrainer Jürgen Seifert aber sagt: „Es besteht kein Anlaß zur Panik. Wir wissen doch ganz genau, daß Peter Angerer in Form ist. Ihm fehlt derzeit einfach nur ein Erfolgserlebnis."

Das Gefühl, nichts verlernt zu haben, konnte der Weltcupsieger nur einen Tag später in der Staffel erleben. Das deutsche Quartett mit Stefan Höck, Walter Pichler, Angerer und Fritz Fischer belegte nämlich zwischen zwei Teams aus der UdSSR den zweiten Platz.

HAMBURGER SV

„Krisensitzung war sehr sinnvoll" – heute Erklärung

sid/dpa, Hamburg

Um 14.15 Uhr verließ gestern Felix Magath, Mannschaftsführer des Europapokalsiegers Hamburger SV, die Krisensitzung. Nach der fast drei Stunden langen Diskussion im Trainingslager in Ochsenzoll, bei der die beschuldigten Stürmer Wolfram Wuttke und Dieter Schatzschneider ausgesperrt waren, sprach Magath aber nur drei Sätze: „Die Sitzung war überaus sinnvoll. Wir haben absolutes Stillschweigen vereinbart. Die Geschäftsstelle wird am Montag eine Erklärung herausgeben."

Vorher hatte es von Magath und Vorstopper Ditmar Jakobs noch deutlicher geklungen: „Beide sind nicht mehr tragbar. Schatzschneider und Wuttke sind die Hauptschuldigen der Krise. In dieser Form ist keine weitere Zusammenarbeit möglich. Mit ihnen zerstören wir unseren guten Ruf und unsere Arbeit." Danach erschien vor dem morgigen Rückspiel um den Supercup gegen Aberdeen trotz aller gegenteiliger Beteuerungen von Manager Günter Netzer fraglich, ob beide beim HSV noch das neue Jahr erleben werden.

Trainer Ernst Happel und Manager Günter Netzer empfanden die Initiative der Mannschaft als positiv und spielten im HSV-Restaurant Karten. Nur Präsident Wolfgang Klein fand kritische Worte: „Diesen Stil halte ich für schlecht. Hier setzen sich die Spieler zumindest dem Verdacht aus, von den eigenen Fehlern nur abzulenken. Zum anderen wurden Dinge in der Öffentlichkeit ausgetragen, die dort absolut nicht hingehören."

Nach dem gemeinsamen Vormittagstraining hatten sich Schatzschneider und Wuttke grollend verzogen. Wuttke meinte: „Ich bin sehr deprimiert. Das schlägt sich auch auf die Stimmung in der Familie nieder. Ich lasse mich aber nicht zum Sündenbock abstempeln. Wer war denn zuletzt bei uns überhaupt gut?"

Auch Schatzschneider äußerte sich noch, bevor er verschwand: „So geht das nicht. Es ist ja nicht so, daß ich überhaupt nichts gebracht habe. Ich lasse mich davon nicht unterkriegen. Ich gebe nicht auf. Ich komme doch mit der Mehrheit der Mannschaft klar. Die nörgeln, das sind nur wenige." Gerade mangelnde Selbstkritik wird den beiden neuen Spielern auch vorgeworfen, doch auch die anderen HSV-Spieler greifen sich offenbar zu wenig an die eigene Nase.

Nach dem Stand der Dinge aber dürfte klar sein, daß die Profis die baldige Kündigung für ihre Kollegen Wuttke und Schatzschneider fordern werden.

STAND PUNKT / *Deutsches Hallentennis in neuer Form, aber ein nachdenklicher Trainer*

An sich ist das Rezept für das Gelingen einer deutschen Hallen-Tennismeisterschaft schrecklich einfach. Man nehme einen Ort, der große Tennis-Veranstaltungen nur vom Hörensagen kennt. Dazu eine Halle mit Raum für Zuschauer, einen Turnierdirektor, der aus dem Metier kommt, und Sponsoren mit dem notwendigen Kleingeld. Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) war jahrelang nicht in der Lage, geeignete Ausrichter zu finden. Er wäre es auch heute noch nicht, wenn nicht der ehemalige Spieler-Sprecher der deutschen Herren, Peter Dinkels (31), vor Monaten auf die Idee gekommen wäre, „ein Turnier für die Spieler auszurichten".

Der Jurist wollte beweisen, daß es auch heute noch zu schaffen ist, Meisterschaften zu veranstalte'A mit denen sich „Mitarbeiter, Zuschauer und Aktive identifizieren". Herausgekommen ist aus dem Nichts eine Veranstaltung, die mit dem hochgelobten Damen-Turnier in Filderstadt zu vergleichen ist. Der Centrecourt mit der Haupttribüne für 1400 Zuschauer vermittelt einen fast familiären hautnahen Kontakt und den 25 ehrenamtlichen Mitarbeitern nebst unzähligen Balljungen, Linien- und Schiedsrichtern sowie Fahrern der Sponsoren-Limousinen, war selbst am Ende der Meisterschaften noch die Freude am Mithelfen anzumerken.

Mit rund 200 000 Mark veranschlagte Dinkels neben dem vom DTB gezahlten Preisgeld (52 000 Mark) die fixen Kosten. Sponsoren und Eintrittsgelder sollen sie decken, um die Meisterschaften auch in Zukunft in Mainz ausrichten zu können. Die lokalen Funktionäre jedenfalls stolzierten mit geschwellter Brust durch die Halle.

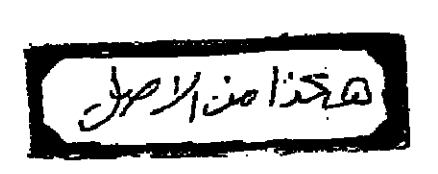
Lediglich Nikki Pilic schlich als Coach der Kings-Cup-Mannschaft mit nachdenklichem Gesicht herum. Ursprünglich sollten die Titelkämpfe als Ausscheidung für das Team gelten. Doch nun steht Pilic mit fast leeren Händen da. Damir Keretic, den er so häufig gestützt hat, trat wegen einer Turnierserie in Hawaii erst gar nicht an. Michael Westphal unterlag einem Unbekannten in der ersten Runde, Hans-Dieter Beutel verlor gegen Jelen. Böse ist er über Andreas Maurer, der wegen Verhandlungen mit der Industrie und „Überspielens" eine Turnierpause einlegt.

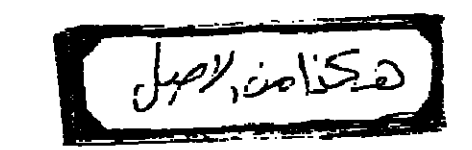
Gerade hier drängt sich der Verdacht auf, daß Popp und Maurer einer erneuten Auseinandersetzung mit den in der Halle starken Beutel und Zipf aus dem Weg gehen wollen. So mußte er sich an den Leistungen von Karl Meiler (34) erfreuen, der allen jungen Spielern wieder einmal ihre Grenzen aufgezeigt hat.

Meiler, 1971 zum ersten Mal Hallenmeister, ist der klassische Beweis dafür, wie man mit Fleiß auch als Mittdreißiger noch erfolgreich spielen kann. Geradezu ein Lehrbeispiel sind seine klaren, trockenen Schläge für die nachfolgende Generation, die versucht, mit möglichst viel Drall-Variationen zum Erfolg zu kommen. Pilics-Team jedoch besteht aus Westphal, Beutel, Keretic, Maurer, Popp und Jelen. Ab Anfang Januar wird in Essen trainiert und vor allem um den zweiten Einzelspieler neben Westphal gepokert. Der, so scheint es, wird am Ende Hans-Dieter Beutel sein.

Die Damen-Konkurrenz war angesichts der Überlegenheit von Eva Pfaff (22) fast langweilig. Dazu kam das fast provozierend arrogant wirkende Auftreten der pummeligen alten und neuen Meisterin. Bei 20 Grad Hallentemperatur spulte sie ihr Pensum im Finale ähnlich wie ihre Gegnerin Helga Lütten in langen Trainingshosen herunter. Schon allein diese Tatsache ist neben der mangelnden Bewegungsfreiheit angesichts der zahlenden Zuschauer eine Frechheit. Schade, daß es die technisch perfekte Königssteinerin immer noch nicht geschafft hat, ihre Popularität den immer größer werdenden Erfolgen anzupassen.

H.-J. POHMANN





MOTORSPORT

Winkelhock doch bei ATS

sid, Paris

Der Brasilianer Nelson Piquet, der einen Brabham-BMW fährt, bleibt Formel-1-Weltmeister. Das ist das Resultat einer Pressekonferenz in Paris mit Jean-Marie Balestre, dem Präsidenten des Internationalen Automobil-Sportverbandes (FISA).

Hintergrund der Gerüchte um eine Aberkennung des Titels war das von BMW benutzte Superbenzin, das nach einer Meldung der französischen Sportzeitung „L'Equipe" eine zu hohe Oktanzahl gehabt haben soll. Balestre: „Nach unseren Informationen kann davon keine Rede sein. Drei offizielle Laboratorien in Frankreich, England und Südafrika haben das Benzin untersucht und keine Unregelmäßigkeiten festgestellt." Auch der französische Automobilkonzern Renault, auf dessen Wagen der Franzose Alain Prost Zweiter wurde, erwägt keine weiteren Schritte. Renault-Pressesprecher Eric Bhat: „Ein Protest bringt nichts und schadet dem Autorennsport."

Geklärt ist nun auch die Zukunft des deutschen Formel-1-Rennfahrers Manfred Winkelhock aus Waiblingen. Überraschenderweise wird Winkelhock auch im nächsten Jahr für den deutschen Rennstall ATS fahren. Das hatte ATS-Chef Günter Schmid auf einer Pressekonferenz in München erklärt.

Günter Schmid hatte die Entscheidung über seine Fahrerbesetzung zuletzt immer weiter hinausgezögert. Vor zehn Tagen saß sogar der Formel-2-Europameister Jonathan Palmer (England) zu Testzwecken in einem ATS. Winkelhock, der in der vergangenen Saison keinen WM-Punkt gewinnen konnte, sah seine Chancen sinken. Schmid begründete seine Entscheidung: „Ich habe mich wieder für ihn entschieden, weil er ein Jahr Turboerfahrung hat und weil uns BMW für ihn auch mehr technische Unterstützung zugesichert hat." Bei den Münchnern hat Manfred Winkelhock einen Werksvertrag.

Noch ungewiß dagegen ist die weitere sportliche Entwicklung von Stefan Bellof. Arrows-Chef Jackie Oliver, dessen Wagen ab Mitte der kommenden Saison ebenfalls mit BMW-Motoren ausgerüstet werden, hat mit Stefan Bellof verhandelt, den auch BMW gerne in der Formel 1 sehen würde. Doch offenbar erwartet Oliver von den Münchnern ein größeres Entgegenkommen, bevor er den Gießener unter Vertrag nimmt.

SCHACH / Ende des Halbfinales – Kortschnoi unterlag überraschend deutlich mit 4:7

„Schrecklicher Viktor" selbst erschreckt

CLAUS GEISSMAR/DW. London

In der Nacht vor dem alles entscheidenden Spiel des Schach-Kandidatenturniers wurde Viktor Kortschnoi mitten auf der Tower-Bridge in London von zwei Jugendlichen überfallen. Sie drehten ihm einen Arm um, entrissen ihm das Handtäschchen mit Geld und Schweizer Paß. Kortschnoi, den die Kollegen den „schrecklichen Viktor" nennen (oder nannten?), hätte es sehr einfach gehabt, sein elftes Spiel gegen Garri Kasparow verlegen zu lassen. Er tat es nicht, es hätte auch nicht viel genutzt.

Vielleicht ist es jetzt so: Der „schreckliche Viktor" wird nur noch erschreckt, er ist kein Schrecken für andere mehr. Für Kasparow jedenfalls nicht. Der 30 Jahre jüngere, in Baku geborene Sowjetrusse gewann auch diese elfte Partie, schraubte den Gesamtstand auf 7:4 und steht jetzt im Kandidatenfinale gegen den schon 62 Jahre alten Landsmann Wassili Smyslow, der ebenfalls nicht alle zwölf angesetzten Partien auszuschöpfen brauchte, um den Ungarn Ribli (6,5:4,5) zu besiegen.

Zweifellos, Kortschnoi hat zu früh resigniert (siehe Kommentar von Ludek Pachman). Das Bild im viktorianischen Ballsaal des alten Londoner Great Eastern Hotels war fast immer gleich: Garri Kasparow stützt seinen Kopf in beide Hände, sein Blick ist so fest auf das Schachbrett fixiert, daß man vermuten könnte, gleich werde er auch auf die Muskeln seiner Hände verzichten und die Figuren mit psychogenetischer Energie bewegen. Kortschnoi betrachtet diese Szene fast immer in seinen Stuhl zurückgelehnt. Die Stirn über der Goldrand-Brille ist in Falten gelegt, die Mundwinkel fallen nach unten.

Ist dieser weltbekannte Schachdenker ein beleidigter Skeptiker geworden? Oder nur ganz einfach in seiner Ehre getroffen, weil hier ein 20jähriger besser spielt?

Kortschnoi, so scheint es, fehlte der innere Antrieb in diesem Wettkampf. Er hat Auseinandersetzungen gegen sowjetische Spieler stets auch als Kampf gegen den Kommunismus aufgefaßt, der nach seinen Worten „auch vor dem Sport nicht haltmachen darf". Deshalb waren seine Kämpfe gegen Weltmeister Anatoli Karpow so emotionsgeladen (von beiden Seiten), deshalb waren sie ihm Ansporn, letzte Kräfte zu mobilisieren.

Kasparow aber steht da schon etwas außerhalb. Als Kortschnoi 1976 die Sowjetunion verließ, ausgebürgert und boykottiert wurde, war Kasparow gerade erst 13 Jahre alt. Da spielte das junge Talent zwar schon Schach, konnte aber nicht an den Intrigen gegen den in Moskau verhaßten Dissidenten Kortschnoi verstrickt sein. Ist es das, was Kortschnois Energien erst gar nicht so recht geweckt hat? Ein Londoner Fernseh-Kommentator sagte, er sei darauf angewiesen, „daß das Adrenalin während des Spiels das Blut durch seine Adern pumpen muß", um sich richtig entfalten zu können.

Zu wenig Adrenalin im Blut? Die friedliche Atmosphäre war ein Nachteil für Kortschnoi. Als Verlierer erhält er jetzt noch einmal umgerechnet etwa 40 000 Mark (Kasparow das Doppelte). Es scheint, als sollte das vorläufig der letzte Zahltag gewesen sein, bei dem er soviel auf einmal kassiert.

Keine Nerven, keine Konzentration . . .

Mit der elften Partie des Wettkampfes gegen Garri Kasparow endet mit großer Wahrscheinlichkeit der Kampf von Viktor Kortschnoi um die Weltmeisterschaft. Dreimal scheiterte er am amtierenden Weltmeister Karpow. Diesmal unterlag er – nach dem erfolgreichen Anfang unerwartet glatt – dem kraftvoll aufstrebenden Kasparow.

Gerade der Wettkampf von London zeigte deutlich, daß Kortschnois Schwächen weniger im Bereich der Schachstrategie und Taktik, sondern vielmehr im Bereich der Psychologie liegen. Ähnlich wie der deutsche Spitzenreiter Robert Hübner läßt auch er sich zu leicht aus der Fassung bringen.

Diesmal wurde – sicherlich zur Erleichterung der Schachwelt – in einer normalen sportlichen Atmosphäre gespielt, von Parapsychologen und Gurus war nichts zu sehen. Es gab keine der sonst schon üblichen persönlichen Empfindlichkeiten. Trotzdem genügte eine einzige Partie (die sechste), um Kortschnois Nerven zu zerstören. Da verspielte er auf schier unglaubliche Weise seine Vorteile. Von da an verlief der Wettkampf – um einen Ausdruck aus dem Fußball zu benutzen – wie ein Spiel auf ein Tor. Wenn ich zum Beispiel die Notation der neunten Partie erhalten hätte, ohne die Namen der Spieler zu kennen, würde ich nie glauben, daß da Kortschnoi, einer der stärksten Großmeister der Welt, mit den schwarzen Steinen spielte.

Seit Jahren fehlt Kortschnoi die totale Konzentration, die bei Kämpfen um die Weltmeisterschaft unabdingbar ist. Leider fand er – ähnlich wie viele Russen, die im Exil leben müssen – in seiner neuen Heimat kein seelisches Gleichgewicht.

Nun verliert der weitere Kampf um den Welttitel zwar jene Spannung, die ihm nur eine Auseinandersetzung verschiedener Nationen oder auch verschiedener gesellschaftlicher Systeme gibt. Aber für Fachleute wird der jetzt wohl folgende Kampf von Kasparow und Karpow ein spannendes Duell verschiedener Strategien und auch grundverschiedener Menschen sein. Ähnlich wie 1927 beim Wettkampf zwischen Aljeochin und Capablanca kommt es auch diesmal zum Kampf zwischen schöpferischer Phantasie und perfekter Technik.

Gegen Kortschnoi brauchte Kasparow seine taktische Begabung gar nicht zu zeigen. Besser gesagt: Er wollte sie gar nicht zeigen. Er schlüpfte in die Rolle von Karpow und nahm seinen nüchtern-sicheren Stil an – eine gerade gegen Kortschnoi psychologisch tiefdurchdachte Taktik, die sich voll bewährte. Sein Trainer (N. W. Grogius) gilt nicht umsonst als Spezialist für die Probleme der Schachpsychologie. Gegen Karpow hat Kasparow nur dann eine Chance, wenn er in seinem Stil wieder er selbst wird, wenn er alles riskiert und seinem Gegner schwere taktische Probleme schafft. In komplizierten Stellungen orientiert sich Karpow nicht immer gut. Man kann schon die Vorhersage wagen, daß Karpows Titel im nächsten Jahr ernsthaft gefährdet ist.

Selbstverständlich darf nicht vergessen werden, daß auf Kasparows Weg zum Titelkampf noch ein Hindernis liegt. Zwar mag man dazu neigen, dem im nächsten Jahr schon 63 Jahre alten Großmeister Wassili Smyslow (bereits vor 27 Jahren war er Weltmeister!) wenig Chancen zu geben. Immerhin hat er aber in diesem Kandidatenturnier Robert Hübner mit einer bemerkenswerten Zermürbungstaktik ausgeschaltet und nun in London seinen 30 Jahre jüngeren Gegner Zoltan Ribli (Ungarn) mit einer recht schöpferischen Leistung glatt besiegt.

Es bleiben also nur drei Vertreter eines Landes im Rennen, aber sie sind gleichzeitig würdige Vertreter drei verschiedener Generationen und drei unterschiedlicher strategischer Konzeptionen. Deshalb bleibt das Rennen spannend . . .

LUDEK PACHMAN

Notation der elften und letzten Partie

Die zwölfte Partie zwischen Kortschnoi und Kasparow wird nicht mehr gespielt. Hier die Notation der vierten Niederlage Kortschnois (Weiß Kasparow, Benoni-System):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.g3 c5, 4.d5 exd5, 5.cxd5 b5!?, 6.Lg2 d6, 7.b4! Sa6, 8.bxc5 Sxc5, 9.Sf3 g6, 10.0-0 Lg7, 11.Sd4 0-0, 12.Sc3 a6, 13.Sc6 Dc7, 14.Le3 Lb7, 15.Ld4 Tfe8, 16.a4 bxa4, 17.Lxc5 dxc5, 18.Dxa4 Sd7, 19.Db3 Lxc6!?, 20.dxc6 Sb6, 21.Tab1 Tab8, 22.Da3 c4, 23.Tfc1 Lxc3, 24.Dxc3 Txe2, 25.Dd4 a5, 26.Tb5 a4, 27.Lf3 Tee8, 28.Dc5? De7, 29.c7 Dxc5, 30.Txc5 Tbc8, 31. Lb7 Sd7, 32.T5xc4 aufgegeben.

Kortschnoi hat mit seinem 5. Zug (b5) ein fragwürdiges Manöver versucht. Kasparows 7. Zug bedeutet eine Neuerung. Danach versuchte Kortschnoi zu verhindern, daß der weiße Springer über d4 nach c6 eindringt, und geriet in taktische Schwierigkeiten, die ihn viel Zeit kosteten. Als er aufgab, hatte er für die restlichen acht Züge nur noch knapp 60 Sekunden Bedenkzeit in einer Stellung, die da schon als für ihn verloren gewertet werden muß.

Wassili Smyslow hatte klare Vorteile, als ihm Ribli in der letzten Partie nach dem 38. Zug ein Remis anbot. Smyslow nahm mit den Worten an: „Das reicht. Ich brauche keinen ganzen Punkt zum Sieg."

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 13. Spieltag: Jena – Erfurt 3:0, Magdeburg – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 1:1, Union Berlin – Leipzig 4:2, Dresden – Frankfurt 2:1, Halle – Riesa 3:5, Lok Leipzig – Dynamo Berlin 0:4, Aue – Rostock 3:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 36:17 / 19:7, 2. Magdeburg 30:14/18:8, 3. Dresden 29:13 / 18:8.

Erste englische Division: Arsenal – Watford 3:1, Aston – Ipswich 4:0, Liverpool – Notts 5:0, Norwich – Coventry 0:0, Nottingham – West Ham 3:0, Queen's Park – Everton 2:0, Southampton – Birmingham 2:1, Wolverhampton – Stoke 0:0, Manchester United – Tottenham 4:2. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 37 Punkte, 2. Manchester United 36, 3. West Ham 33.

Freundschaftsspiele: Saarbrücken – Bayern München 1:1, Schalke – Bayern München 2:3, Homburg – Kaiserlautern 1:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 18. und letzter Spieltag: Bayreuth – Hagen 79:88, Charlottenburg – Leverkusen 72:70, Wolfenbüttel – Osnabrück 94:78, Köln – Gießen 114:76, Göttingen – Heidelberg 74:70. – Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Köln – Porz/Hennef 78:55, Düsseldorf – München 95:68, Leimen – Leverkusen 53:65, Marburg – Nürnberg 81:49.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Essen – Schwabing 20:12, Gummersbach – Großwallstadt 17:18, Lemgo – Hofweier 23:21, Göppingen – Nürnberg 23:19, Hüttenberg – Günzburg 32:21.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, Gruppe Nord, 5. Spieltag: Braunschweig – Hannover 5:5, Leverkusen – SW Köln 7:7, Gladbach – RW Köln 8:11, Celle – Berlin 4:10. – Gruppe Süd, 6. Spieltag: Mülheim – Heidelberg 11:11, Frankenthal – Dürkheim 14:6, Rüsselsheim – Stuttgart 7:7. – Bundesliga, Damen, Gruppe Nord, 7. Spieltag: Braunschweig – Hamburg 15:7; vorgezogenes Spiel vom 8. Spieltag: Raffelberg – BW Köln 2:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Paderborn – Leverkusen 3:0, Hamburg – Norderstedt 3:1, SSF Bonn – Gießen 3:2. – Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Feuerbach – Berlin 3:0, Augsburg – Godesberg 3:1. – Nachholspiel vom 8. Spieltag: Lohof – Münster 3:1.

EISKUNSTLAUF

Deutsche Meisterschaften in Unna. Endstand Paarlauf: 1. Massari/Azzola (Rießersee/Stuttgart) 1,4 Punkte, 2. Becher/Pfrengle (München) 3,2, 3. Kuss/Fischbeck (München) 3,8. – Endstand Damen: 1. Ruben (München) 4,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 5,4, 3. Gobbers (Düsseldorf) 7,4, 4. Karl (München) 12,2, 5. Wolff (Berlin) 13,2, 6. Bohring (Mannheim) 15,2. – Eistanz, Endstand: 1. Born/Schönborn (Würzburg) 2,0, 2. Becherer/Becherer (Konstanz) 4,0, 3. Kutzer/Heyenbrock (München) 6,4, 4. Kern/Kern (München) 8,2, 5. Kwiet/Kwiet (Zweibrükken) 9,4, 6. Salenz/Lucas (Essen/Hamburg) 12,0.

Endstand, Herren: 1. Schramm (Oberstdorf) 3,0, 2. Fischer (Stuttgart) 3,6, 3. Cerne (Wanne-Eickel) 4,8, 4. Ehmann (Stuttgart) 8,0, 5. Zaner (Wiehl) 11,8, 6. Wieser (München) 12,8

SKI ALPIN

3. Weltcup-Slalom der Damen in Piancavallo/Italien: 1. Steiner (Österreich) 1:34,05, 2. M. Tlalka (Polen) 1:34,33, 3. Quario (Italien) 1:34,72, 4. Hess (Schweiz) 1:35,57, 5. Pelen (Frankreich) 1:35,63, 6. McKinney (USA) 1:35,69, . . . 17. M. Epple 1:37,38, . . . 30. S. Stotz 1:38,97, . . . 48. Rösch 1:41,26, . . . 52. Gersch 1:41,96, 53. K. Stotz 1:41,99, . . . 55. Haltmayr 1:42,86, . . . 59. Hurler (alle Deutschland).

Weltcupabfahrt der Herren im Grödnertal: 1. Raber (Schweiz) 1:56,80, 2. Brooker (Kanada) 1:57,41, 3. Podborski (Kanada) 1:57,79, 4. Heinzer (Schweiz) 1:58,11, 5. Marzola (Italien) 1:58,16, 6. Gattermann 1:58,39, 7. Renoth (beide Deutschland) 1:58,43, 8. Klammer (Österreich) 1:58,52.

NORDISCHE KOMBINATION

Weltcup in Seefeld/Tirol, Kombinationsspringen: 1. Sulzenbacher (Österreich) 223,0 Punkte (83,5+83,5+86), 2. Andersen (Norwegen) 213,1 (83,5+83,5+86) 66 Sek. zur., 3. Schmieder („DDR") 212,6 (83+84,5+85), . . . 6. Heumann 208,8 (80+82,5+84) und Muller 208,8 (81+83,5+84,5) beide 94,6 zur., . . . 10. Dotzauer 207,5 (80+80+84,5) 124,0 zur., . . . 19. Weinbuch 200,4 (80+79+82,5) 150,6 zur., . . . 22. Pellhammer 198,6 (81+79+78,5) 162,6 zur., . . . 29. Kramer 193,4 (76+79,5+79) (alle Deutschland) 217,3 zur.

SKI NORDISCH

Weltcup, 10-km-Langlauf der Damen in Autrans/Frankreich. 1. Hämäläinen (Finnland) 31:39,2, 2. Pasiarova (CSSR) 31:42,1, 3. Jahren (Norwegen) 31:44,4, 4. Paulu (CSSR) 32:01,2, 5. Aunli 32:07,4, 6. Nybraten (beide Norwegen) 32:14,5, . . . 8. Jäger (Deutschland) 32:22,0. – Stand im Weltcup nach zwei Rennen: 1. Pasiarova 44 Punkte, 2. Hämäläinen 41, 3. Jeriova 40, 4. Paulu 31, 5. Jäger 25.

Staffel-Weltcup in Ramsau/Österreich, 4 x 10 km, Herren: 1. Finnland 2:00,37,5 Std., 2. Norwegen II 2:01,14,9, 3. Schweden 2:01,49, 4. Norwegen I 2:01,49,4, 5. Deutschland (Dotzler 29:37,1, Schöbel 30:04,2, P. Zipfel 31:03,8, Schneider 32:19,8). – Stand im Weltcup: 1. Finnland 26, 2. Schweden 20, 3. Norwegen 16, 4. Deutschland 14.

EISHOCKEY

Iswestija-Turnier in Moskau, zweiter Spieltag: Schweden – Kanada 3:2, UdSSR – Finnland 11:3.

TENNIS

17. Deutsche Hallen-Meisterschaften in Mainz: Dameneinzel, Finale: Pfaff (Königstein) – Lütten (Hamburg) 6:2, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 7, 8, 11, 15, 36, Zusatzzahl: 25. – **Spiel 77:** 9 5 7 6 8 6 0. – **Glücksspirale:** Endziffern: 17, 634, 6037, 40 894, 459 528, 9 613 993. – Prämienziehung, Endziffern: 414 006, 729 595, 615 700. – Schlußziehung. Endziffern: 465 698, 222 499, 824 454. (Ohne Gewähr)

Sinkt Europa zur „Kolonie" in Mikroelektronik ab?

● Fortsetzung von Seite 1

Freude vernehmen – wen:. nicht aus dem amerikanisch-japanischen Vorsprung für das ebenfalls weit zurückliegende Europa die akute Gefahr „mikroelektronischer Neokolonialisierung" (Griffith) entstünde. Sie kann, wie zu hören war, indirekte Folgen haben, die weit über den Bereich der Industrie hinausreichen und beispielsweise zur Verlagerung von „vererbten" Finanzplätzen oder zentralen Institutionen führen, wie dem Sitz von UNO-Behörden, Gatt, OECD in Genf, Wien und Paris, Warenbörsen in London, Internationalem Zollrat in Brüssel und ähnlichem.

Bereits in den vergangenen 20 Jahren war das wirtschaftliche Wachstum des pazifischen Raums – so konnte einem EG-Papier entnommen werden – doppelt so schnell wie der Weltdurchschnitt. Allein der Anteil Japans am Welt-Bruttosozialprodukt stieg von nur drei Prozent im Jahre 1969 auf rund elf Prozent in diesem Jahr. Im ersten Halbjahr 1983 gingen nur elf Prozent der Weltschiffbau-Aufträge in die EG, dagegen 18 Prozent an Korea und 48 Prozent an Japan.

Diese Zahlen ließen sich beliebig erweitern. Sie kulminieren allesamt in der nüchternen Tatsache: Europa kommt mit den Amerikanern und Asiaten, vor allem den Japanern, einfach nicht mehr mit. Was kann man dagegen tun? Ein Diskussionsteilnehmer im Bonner Königshof gab darauf die resignierende Antwort: Abschotten! „Wir können doch nicht unser ganzes Gesellschaftssystem ändern, die Löhne senken und die Sozialleistungen abbauen, um die Konkurrenz zu bestehen", meinte er. „Statt dessen sollten wir uns auf den europäischen Binnenmarkt werfen, uns abschotten und andere Staaten zur Respektierung unseres Preissystems veranlassen." Mit anderen Worten: Rettung durch Protektionismus.

Rettung Europas durch Protektionismus?

Daß dies für ein Exportland wie die Bundesrepublik nicht geht, daß Europa nur offene Märkte am Leben erhalten, machte ein Bonner Fachbeamter klar. Aber damit war noch nicht viel gewonnen. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat ja schon seit jeher für den Freihandel gefochten und ist dennoch gemeinsam mit ihren EG-Partnern in die Rolle eines technologischen Fußkranken zurückgefallen. So spürten die Debattanten des Bonner Kolloquiums bald, daß hier nur konsequentes und grundlegendes Umdenken weiterhelfen kann.

Ein von dem Brüsseler EG-Experten Eberhard Rhein formuliertes Diskussionspapier lieferte dafür klar formulierte Thesen: Zunächst einmal muß unser Kontinent weg vom überholten Euro-Zentrismus. Die Welt kommt nicht zu den Europäern, um ihnen zu helfen, sondern die Europäer müssen zur Welt gehen, um dort zu lernen. Das bedeutet Präsenz in Japan und Kalifornien. „Wer an der Spitze des technischen Fortschritts bleiben will, muß ihn aus nächster Nähe mitvollziehen oder wenigstens beobachten."

Aber: Es gibt in der Bundesrepublik nicht einmal zehn Menschen mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, die Japanisch lesen können. Das führt zur Frage der mangelhaften Ausbildung, zur Technologiefeindlichkeit oder zumindest -fremdheit an deutschen Schulen und Hochschulen und damit zu der von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vor einigen Tagen in exakter Kenntnis der Fakten erhobenen Forderung nach Elite-Universitäten.

Die Rentner-Mentalität muß überwunden werden

Hinter der Ausbildung steht die Mentalität: Europas Gesellschaft muß die Phase der Resignation und Kleinmütigkeit, der bourgeoisen Rentner-Mentalität überwinden, ebenso wie den Geist des Klassenkampfes. Ohne mehr Mut zur eigenen Zukunft, ohne mehr Selbstvertrauen, ohne ein positiveres Verhältnis zur Technik wird Europa der pazifischen Herausforderung nicht gewachsen sein. So Eberhard Rhein. Nicht viel anders hatte es Helmut Kohl formuliert, als er sich Anfang November in Japan einer jeder Maschinenstürmerei abholden Bejahung der Technik gegenüber sah. „Europäische Arbeitnehmer haben zu lange geglaubt (und tun es teils noch), in ‚Alices Wunderland' zu leben, wo man für immer weniger Arbeit immer mehr Lohn bekommt, den gleichen Arbeitsplatz am gleichen Ort mit der gleichen Fertigungstechnik 30 Jahre lang behalten kann." Dagegen konnte auf dem Kolloquium niemand ernsthaft argumentieren.

Die Schlußfolgerungen des EG-Beamten: Europas Antwort muß europäisch sein. Notwendig sind weltweite europäische Vertriebssysteme, durchrationalisierte Großserienproduktionen, Ausrichtung auf den Weltmarkt und nicht auf Regionalmärkte, unternehmerischer Wagemut und aggressive Strategien, ein kooperatives Verhältnis zu den Arbeitnehmern, rasche und flexible Reaktionen auf neue Technologien, eine vorausschauende Strukturpolitik.

Dies alles klang für manchen Zuhörer, der die gespenstischen Diskussionen in der deutschen Metallindustrie über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder die Aussteiger-Parolen junger Leute im Ohr hatte, fast wie Science-fiction. Tatsächlich aber – daran kann nach diesem Kolloquium kein Zweifel bestehen – geht es für Europa um die schlichte Frage, ob es sich künftig mit dem niederen Leben einer wirtschaftlich-technologischen Kolonie abfinden will.

Biedenkopf geht auf Distanz zu Dregger

fac. Bonn

Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf hält trotz Kritik aus der eigenen Partei an seiner These fest, daß die nukleare Abschreckung als „politische Grenzsituation" gesehen werden müsse. In einem „Spiegel"-Gespräch formulierte Biedenkopf: „Aus der Notwendigkeit, die nukleare Grenzsituation zu überwinden, ergibt sich die Verpflichtung, nach Formen der Friedenssicherung zu suchen, die ohne nukleare Abschreckung auskommen. In dieser Pflicht sehe ich mich auch ganz persönlich."

Der westfälische CDU-Vorsitzende bezog sich ausdrücklich auf die Berliner Erklärung der CDU vom Mai 1982. Darin heißt es: „Wir werden auf absehbare Zeit mit der nuklearen Grenzsituation leben müssen. Sie verpflichtet uns, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen könnte."

Biedenkopf ging auf Distanz zur Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger im Bundestag, die „sogenannte Friedensbewegung" sei „objektiv eine Unterwerfungsbewegung". Die außerordentlich schwierige Diskussion über die Bewältigung der nuklearen Grenzsituation, warnte Biedenkopf, dürfe nicht mit „solchen Vereinfachungen" geführt werden. „Aber ich glaube nicht, daß Alfred Dregger die katholische und die evangelische Kirche Deutschlands als eine Unterwerfungsbewegung bezeichnen wollte. Gerade von ihnen werden uns jedoch unbequeme Fragen gestellt", fügte der westfälische CDU-Chef hinzu. Für Biedenkopf ist klar: Der Bundestagsbeschluß über die Nachrüstung bedeutet nicht „Schluß der Debatte".

Moskauer Rüge für Afghanistan-Truppe

AFP, Moskau

Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) hat die in Afghanistan eingesetzten Sowjetsoldaten zu Disziplin aufgerufen und ermahnt, ihre „internationalistische Pflicht" zu erfüllen. Das Blatt schrieb in einer aus Kabul datierten Meldung, die Disziplin unter den Soldaten der in Afghanistan stationierten Einheit „N" habe sich in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr „verbessert".

„Krasnaja Swesda" meinte, die sowjetischen Soldaten hätten es in Afghanistan mit einem „geschickten und hinterhältigen Feind" zu tun. Deshalb müßten sie sich „in höchstem Maß" mit der Technik des Gegners vertraut machen. Die Armeezeitung erkläuterte ferner, daß die Rote Armee Propagandaeinheiten in afghanische Dörfer mit dem Auftrag entsende, „konterrevolutionären" Rundfunksendungen und Veröffentlichungen der gegen das Karmal-Regime und gegen die sowjetischen Interventionstruppen kämpfenden afghanischen Widerstandskämpfer entgegenzuwirken.

SED warnt Jugend vor „Egoismus"

Auch mit dem sozialistischen Wehrwillen ist der Partei-Ideologe Hager unzufrieden

hrk. Berlin

Die SED-Führung sorgt sich über Erscheinungen wie „kleinbürgerliche Mentalität, Egoismus, Leben auf Kosten anderer, Habgier und Asozialität" im Land. Sie dürften „nicht hingenommen" werden, forderte der SED-Chefideologe Kurt Hager jetzt auf der zu Ende gegangenen „Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz" aller Mitglieder des SED-Zentralkomitees. Vor allem die Jugend müsse eine wirksamere „moralische Erziehung" erhalten, mehr „sozialistische Wertvorstellungen" vermittelt bekommen. Hager berührte damit Themen, wie sie die evangelischen Kirchen in der „DDR", häufig zum Mißfallen der Partei, seit Jahren kritisch behandeln und aufarbeiten.

Neben seiner Propagierung der „sozialistischen deutschen Nation" in Gestalt der „DDR" widmete sich der 71jährige Hager intensiv auch dem Thema der „sozialistischen Lebensweise". Dabei spricht er Erscheinungen an, die offenbar die SED-Führung immer häufiger irritieren. So vermerkt Hager kritisch, daß in der „DDR" „noch längst nicht alle sozialen und kulturellen Folgen der jahrhundertelangen Herrschaft des Privateigentums, der Ideologie und Kultur der Ausbeuterklassen und der kleinbürgerlichen Mentalität und Psychologie überwunden sind". Die Überwindung „dieser und anderer Erscheinungen – die auch heute noch einen Nährboden finden in überhöhten Ansprüchen oder egoistischen Gepflogenheiten" – erfordere einen „langen Zeitraum".

Hager forderte deshalb „notwendige Wandlungen im Kulturniveau, in der Weltanschauung und Moral der Menschen". Notwendig sei auch eine „ständige und offene Auseinandersetzung mit gesellschaftsschädigendem Verhalten und egoistischer Lebensführung". Was die Kirchen einfach mit „Rückkehr zum einfachen Leben" und „Abkehr vom Anspruchsdenken" bezeichnen, nannte Hager in seiner rund vierstündigen Rede („Neues Deutschland" brachte nur ausgewählte Auszüge) die „wirkungsvollere Erziehung zu bewußter persönlicher Lebensführung".

Jungen und Mädchen sollten beispielsweise stärker als bisher „zur Erfüllung gesellschaftlicher und häuslicher Pflichten" herangezogen werden. Dabei ließ Hager Unzufriedenheit mit den „DDR"-Lehrern durchblicken: „Hier hat die pädagogische Wissenschaft ein weites Betätigungsfeld."

Nachdrücklich wandte sich Hager gegen den auch in der „DDR" wachsenden Zukunftspessimismus: „Die bürgerliche Ideologie ist sehr bemüht, die Diskussion solcher Fragen wie nach der Rolle des Wirtschaftswachstums, ... der Beziehung zwischen Gesellschaft und natürlicher Umwelt, mit Emotionen zu belasten." So forderte Hager, „noch wirksamer" mit wissenschaftlichen Argumenten gegen folgende Behauptungen vorzugehen: „... daß der technische Fortschritt den Vormarsch der kalten, gefühllosen, finster rationalen Maschinenwelt bedeute, ethische Werte, menschliche Gefühle, ästhetisches Empfinden unter sich begrabe oder daß wirtschaftliches Wachstum einfach unorganisch, unnatürlich sei".

Das von der SED angesichts von Krisenbildern im West-Fernsehen mit starker Wirkung auf die „DDR"-Bürger geprägte Schlagwort von der „sozialen Sicherheit" hat nach Hager auch seine Kehrseite: „Soziale Sicherheit wirkt jedoch nicht automatisch als Triebkraft für das Streben nach hohen Leistungen zum Nutzen der Gesellschaft. Ihre Wirkung als Triebkraft muß durch die Einsicht vermittelt werden, daß sie kein Geschenk ist und unter den komplizierten Bedingungen der 80er Jahre nur gewährleistet werden kann, wenn dafür durch die höhere Qualität und Effektivität der Arbeit die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden und dazu jeder einzelne seinen Beitrag leistet."

Unzufrieden mit dem sozialistischen Wehrwillen zeigte sich Hager ebenfalls. Er erinnerte daran: „Wie jede andere sozialistische Grundhaltung, so entwickelt sich auch die Verteidigungsbereitschaft nicht spontan. Sie bei jeder heranwachsenden Generation zu wecken und zu festigen, die Wehrerziehung als untrennbaren Bestandteil der kommunistischen Erziehung der jungen Generation zu verwirklichen, ist eine Aufgabe aller Erziehungsträger in unserer Gesellschaft." Dabei rügte Hager SED-Kader, Journalisten und Künstler: Wir brauchen „mehr Mut und Angriffslust in diesen Auseinandersetzungen, Schärfe und Treffsicherheit in den geistigen Kämpfen".

In Anspielung auf die West-Medien in den „DDR"-Wohnzimmern ging Hager vor den SED-Gesellschaftswissenschaftlern dann zur Vorwärtsstrategie über: „Wir werden selbstverständlich, zumal wir unter weltoffenen Bedingungen leben, der ständigen Einwirkung gegnerischer Propaganda, der unausgesetzten Verleumdung des Sozialismus offensiv entgegentreten. Der 35. Jahrestag der DDR (am 7. Oktober 1984, d. Red.) gibt Gelegenheit, das gegnerische ‚Geschwätz' über eine angebliche ‚Krise' des Sozialismus wirksam zu widerlegen."

Bei seinen Attacken gegen den „Gegner" und die „Großbanken" in der NATO und der Bundesrepublik hatte Hager offenbar übersehen, daß Erich Honecker nach seinem mit den Grünen am 31. Oktober geschlossenen „persönlichen Friedensvertrag" am „Abbau von Feindbildern" mitwirken will und eben jene Großbanken den Milliarden-Kredit an Ost-Berlin einräumten, der für die „DDR" jährlich 50 bis 60 Millionen Mark Zinsersparnis bringt.

Was Warschau vom Soldaten verlangt

DW./JGG. Warschau/Bonn

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist dem Eindruck entgegengetreten, daß das geringe Echo auf den jüngsten Demonstrationsaufruf einer Niederlage der Gewerkschaft „Solidarität" gleichkomme. Westlichen Korrespondenten in Warschau gegenüber sprach Walesa vielmehr von einem Beweis für den gesunden Menschenverstand der Arbeiter angesichts des massiven Polizeiaufgebots.

Die Demonstration der Stärke durch das Militärregime wurde von Beobachtern vor allem in Danzig und in der Umgebung des Stahlwerks Nowa Huta bei Krakau als die größte seit Verhängung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981 beschrieben. Bei Ende der Frühschicht am vergangenen Freitag waren in der Nähe des Denkmals vor der Lenin-Werft in Danzig sogar Fallschirmjäger in kugelsicheren Westen aufmarschiert. Kleinere Zwischenfälle hatte es – die offiziellen Medien schwiegen darüber – nach Gottesdiensten in Danzig, Warschau, Ursus bei Warschau und in einigen anderen Städten gegeben. Angesichts der totalen Nachrichtensperre ist dieses Bild jedoch wahrscheinlich unvollständig. Das Material mehrerer westlicher Fernsehanstalten, darunter auch Filme des Deutschen Fernsehens, wurde nach gründlichen Durchsuchungen beschlagnahmt.

In Polen ist rückwirkend zum November ein verschärfter Ehrenkodex für Berufssoldaten in Kraft getreten. Die „ethischen und sittlichen Grundsätze der Berufssoldaten der polnischen Volksarmee" – so die offizielle Bezeichnung – sehen größere „Konsequenzen" bei „Nichtbeachtung gesteckter Normen" als bisher vor. Wie der erste stellvertretende Chef der politischen Hauptverwaltung, General Tadeusz Szacilo, erklärte, habe nun der Soldat „seine persönlichen Pläne und Aspirationen den sozialistischen Idealen" vollkommen unterzuordnen. Der Soldat müsse akzeptieren, „daß er (zwar) der Nation dient, aber durch Festigung der sozialistischen Staatlichkeit", deren „Sprecher und Repräsentant" er zu sein habe.

Während ein „Pole dem anderen Polen ein Bruder zu sein hat" – wie dies das offizielle Warschau immer wieder den Auslandspolen vorhält, um sie zur Loyalität anzuhalten –, prägt nun Szacilo die Parole: „Der polnische Soldat hat dem polnischen Soldaten Waffenbruder zu sein." Der Vize-Politchef der Armee gibt offen zu, daß die neuen „Grundsätze" die von 1973 deshalb ablösen mußten, „weil die tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise sowie der darauffolgende Kriegszustand" neue Erfahrungen gebracht hätten und es sich gezeigt habe, daß der alte Ehrenkodex sich als wenig brauchbar erwies.

„DDR" will die Armee noch mehr an Kreml binden

AP, Berlin

Die Militärführung in Ost-Berlin will nach einer Meldung des Berliner Informationsbüros West (IWE) die „internationalistische Erziehung" der „DDR"-Soldaten verstärken und die „Waffenbrüderschaft" mit den sowjetischen Streitkräften und den verbündeten Armeen festigen. IWE wies darauf hin, daß mit Beginn des Ausbildungsjahres 1983/84 in der „Nationalen Volksarmee" eine neue „Waffenbrüderschaftsordnung" in Kraft getreten ist. Außerdem sei ein gemeinsamer Plan zwischen der NVA und den in der „DDR" stationierten sowjetischen Streitkräften unterzeichnet worden, der Maßnahmen zur Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen in allen Bereichen vorsehe.

Nach Ansicht des Informationsbüros stehen diese Schritte im Zusammenhang mit der Stationierung neuer sowjetischer Raketen in Mitteldeutschland, der viele Menschen mit gemischten Gefühlen oder gar ablehnend gegenüberstehen. Die Militärführung wolle unter allen Umständen verhindern, daß skeptische oder kritische Ansichten zur sowjetischen Rüstungspolitik in der „DDR"-Armee Nährboden fänden, schrieb IWE. Sie setze deshalb auf „internationalistische Erziehung", auf eine offensive politische Überzeugungsarbeit in der Truppe sowie auf enge Kontakte zu den sowjetischen Regimentern in der „DDR".

Khomeini warnt vor inneren Gefahren

dpa, Teheran

Irans Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini hat vor innenpolitischen Gefahren für den Bestand der Regierung gewarnt und „Feinde des Islam" als „Manipulatoren des politischen Klimas" bezeichnet. In einer von Radio Teheran übertragenen Rede sprach Khomeini davon, daß die Regierung zur Zeit im Parlament, in den Basaren und in Kreisen der Geistlichkeit angegriffen werde. Zu den „Manipulatoren" zählte er die Monarchisten und die Volksmudjahedin, die er „Heuchler" nannte.

Khomeini appellierte an die Geistlichkeit, wachsam zu sein und nicht die Regierung durch Kabinettsumbildungen und Streitigkeiten zu schwächen. Sie solle Solidarität bei der Lösung der Versorgungskrise und der Finanzierung des Krieges gegen Irak beweisen. „Wenn wir nicht zusammenhalten, werden wir gestürzt", erklärte er.

Die Warnung Khomeinis dürfte als Reaktion auf die jüngsten Aktivitäten der Gruppe um den ehemaligen liberalen Ministerpräsidenten Mehdi Basargan zu verstehen sein. Basargan hatte am 27. November in einem von regierungsnahen Zeitungen veröffentlichten Brief die Regierung scharf kritisiert. Schon die Tatsache dieser Veröffentlichung läßt nach Meinung von Beobachtern auf eine gewisse Unterstützung der Geistlichkeit für diese Kritik schließen.

Bruno Ganz in der Rolle des Erfinders Jakob Nüssli
FOTO: KÖVESDI

Wagen mit eigener Straße: K. Gloors „Erfinder"

Denkmal für Grübler

In einem abgelegenen Dorf des Zürcher Oberlands mitten im Ersten Weltkrieg: Der Fabrikarbeiter, Pazifist und Bastler Jakob Nüssli hat eine Idee; er erfindet einen Wagen, der nicht mehr im Dreck einsinken kann, einen Wagen mit künstlicher Straße. Denn, so meint er, auf dem Lande brauche es Fahrzeuge, die eine eigene Straße mit sich führen; nicht Autos, die auf gute Straßen angewiesen sind.

Als er sein Patent in der Stadt anmelden will, sieht er im Kino Bilder von der Schlacht an der Somme, vom ersten Angriff der Briten mit Raupenfahrzeugen. Was der Pazifist Nüssli ersann, um „mit Kraft und Gesundheit der Zugtiere haushälterischer umzugehen", findet er entstellt zum Zwecke der wirksameren Kriegführung. Nicht allein die Erkenntnis, eine gute Idee für ein böses Ziel mißbraucht zu finden, bringt ihn um den Verstand, sondern ebenso die Reaktion einer Gesellschaft, der schöpferische Menschen eine Belastung sind. Jakob Nüssli wird in eine Irrenanstalt abgeschoben.

Der Erfinder – ZDF, 21.20 Uhr

Der Schweizer Regisseur Kurt Gloor („Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner", 1975) wollte mit seinem „Erfinder" (1981) ein filmisches Denkmal für „alle jene genialen Bastler, Grübler, Hirner und Phantasten setzen, die nicht ins Lexikon kamen, die einen guten Gedanken zur falschen Zeit hatten. Und das sind nicht nur die Erfinder". Die Rolle des Nüssli hat Gloor seinem Landsmann Bruno Ganz auf den Leib geschrieben und dabei – so empfanden es einige Kritiker – offensichtlich so viel Freude gehabt, daß er die anderen kleinen Rollen etwas vernachlässigte. Bruno Ganz hingegen wird echte tragikomische Tiefe bescheinigt.

Über das Bühnenstück „Der Erfinder" von Hansjörg Schneider war Gloor auf die Patentschrift eines Wilhelm Meier gestoßen, der 1909 einen „Wagen mit Geleise" entworfen hatte. Doch den Filmemacher hat nie sonderlich interessiert, wer genau dieser Wilhelm Meier war. „Mich interessierte einzig seine Erfindung, sozusagen als Parabel."

Mit 1,7 Millionen Schweizer Franken ist „Der Erfinder" kein besonders teurer Film, aber dennoch konnte Gloor als Regisseur und Produzent diese Summe nur aufbringen, weil das Schweizer Fernsehen und das ZDF sich beteiligten. DW.

KRITIK

Ein Vollprofi mit Selbstironie

Genau betrachtet ist Hans Joachim Kulenkampff nur so eine Art Eingreifreserve: Als Not am Mann war, holte man ihn, den showmüden Unterhalter, wieder vor die Kameras und in das verwaiste Quizgeschäft. Nun aber: Kulis zweite Spielmeisterrunde ist zu einem festen Bestandteil der Abendunterhaltung geworden, und Kuli selbst macht nicht nur aus Profi-Disziplin seine Sache wie eh und je, sondern, weil es ihm Spaß macht, weil ihn der Schalk hinter den Ohren kitzelt, weil ihn sonst die Einfälle bersten ließen, jene Einfälle, die er nur mal so hinmurmelt, die aber die lustigen Dornen und Stacheln seiner Show ausmachen: **Einer wird gewinnen** (ARD).

Eben: Kuli ist ein Profi: er bekommt mehr und mehr Falten, er wird von Mal zu Mal vergeßlicher, doch siehe, jeder Vorbeitapser des Meisters läßt hinter der Routine im Maßanzug einen fröhlichen Menschen vermuten. Was ihn indes zum richtigen Meister macht, das ist sein Mut zur Selbstironie. Er hält sich zum besten und unterhält uns am besten. Er verkauft Fröhlichkeit und das kleine verschmitzte Lächeln, das da sagt: Kinders, nehmt Euch, nehmt mich, nehmt das muntere Treiben auf der Bühne nicht so ernst.

Jetzt, sagt er, spielt der Ivo Pogorelich, nun gut, aber dann singt der Heino, frisch aus der Garderobe. Oder umgekehrt. (Freilich sagt er das etwas geschwätziger, der Gute, aber sei's drum: Geschwätzigkeit ist ein Humanum. Tiere sind nicht geschwätzig.)

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Mit dem **Ausbau des vierten Hörfunkprogramms** und der Erweiterung der WDR-1-Landessendungen „Echo West" und „Zwischen Rhein und Weser" will der Westdeutsche Rundfunk vom Januar an auch die „Musikfarben" auf die vier Programme neu aufteilen. Im vierten Programm sollen zwischen neun und 15.00 Uhr Hörer auf ihre Kosten kommen, die insbesondere deutsche Schlager-, Operetten- und Tanzmusik lieben. Neben Nachrichten und aktuellen Beiträgen will WDR 4 „gefühlvolle, sanfte Schlager", deutsche Versionen ausländischer Erfolgstitel sowie Heimatlieder, Blas-, Marsch- und Salonmusik senden. Flotte deutsche Schlager, Liedersänger, Swing und Pop, traditioneller Jazz und leichte Klassik sind einige der Musikgenres des ersten Programms. Auf WDR 2 und WDR 3 bleibt alles beim alten.

Gute Erfahrungen hat das ZDF bei der Zusammenarbeit mit der ARD während der Internationalen Funkausstellung in Berlin gemacht. Auf der Kostenseite habe sich die Kooperation mit dem Ersten Programm mit **Einsparungen in Höhe von 1,7 Millionen Mark** niedergeschlagen. ZDF-Intendant Stolte kündigte an, daß das ZDF auch für die nächste Ausstellung im Jahre 1985 eine Zusammenarbeit mit der ARD anstrebe.

*

Laut einer Umfrage der italienischen Rundfunk-Hörervereinigung ist das **Italien-Programm des Deutschlandfunks** im Jahr 1983 der beliebteste Auslandssender in Italien. An zweiter Stelle folgt Radio Schweiz-International. Die italienischen Radiohörer schätzen am DLF-Italien-Programm besonders die Aktualität und den europäischen Zuschnitt der Sendungen. Der Deutschlandfunk sendet täglich von 23.00–23.30 Uhr auf Mittelwelle 1539 Khz ein Informationsprogramm in italienischer Sprache.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Das Traumschiff (6)
11.05 Professor Grzimek
11.55 So fing es an ...
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.10 Tagesschau
14.15 Ich wollt ich wär ...
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Welt der Vicki Baum
Die Goldenen Schuhe (3)
3. Katjas Karriere in Paris
21.15 Prager Notizen
Berichte aus der Tschechoslowakei
Die „Prager Notizen" schildern in ihrer Dezember-Ausgabe die Atmosphäre in Prag während der Vorweihnachtszeit. In jedem Jahr werden die Auslagen der Geschäfte mit Waren gefüllt, die sonst nur selten zu haben sind, z. B. mit den so begehrten Südfrüchten. Viele staatliche Unternehmen nutzen aber auch die Gelegenheit, ihre Ladenhüter erneut auf den Markt zu werfen. Die Einwohner der CSSR geben sich in dieser Zeit einem Konsumrausch hin.
21.45 Fast wie im richtigen Leben
Der Bürgermeister von Moskau oder Wie bayerisches Freibier nach Rußland kommt
Humoreske von Gerhard Polt und Hanns Christian Müller, der auch Regie führt.
Die ganze Geschichte ist eigentlich wahr und hat sich so oder zumindest ganz ähnlich vor einiger Zeit tatsächlich abgespielt. Nun ist sie in diesem Herbst als zehnte Folge der Reihe „Fast wie im richtigen Leben" filmisch rekonstruiert worden, und – wie das oft so geht – mancher, der sie jetzt sieht, wird sie für gut erfunden halten; denn ein bißchen unwahrscheinlich hört sich die Geschichte um eine bayrisch-russische Begegnung schon an.
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Herbst der Familie Kohayagawa
Japan. Spielfilm, 1961 (Wh. v. 1968)
Regie: Yasujiro Ozu
In der Familie Kohayagawa herrschen beträchtliche Spannungen, weil der alte Vater nach dem Tod seiner Frau sein Verhältnis zu einer früheren Geliebten wieder aufgenommen hat. Auch die Bemühungen, zwei Töchter nach herkömmlicher Sitte zu verheiraten, schaffen Probleme.
0.40 Tagesschau

ZDF

15.20 heute
15.55 Kinderträume aus Blech
Spielzeug 1830–1914
Film von Ivan Steiger
Kommentar: Joachim Fuchsberger
Ein merkwürdiges Ereignis an einem Morgen zu Beginn des Altweibersommers: In einem verlassenen Granitbruch irgendwo im Staate New York landete ein Raumschiff mit seiner Besatzung, die aus zwei Robotern bestand, solchen Wesen aus der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Mission dieser beiden Roboter war nicht einfach: Sie sollten die Entwicklungsgeschichte ihrer eigenen Vorfahren erforschen – von den allerersten Spielsachen aus Blech bis zu den Blechrobotern. Die Fähigkeit dieser zwei Roboter, sich mit Hilfe einer Zeitmaschine in jedes beliebige Jahr der Vergangenheit und auf jeden beliebigen Ort der Welt zu versetzen, verursachte einige technische Schwierigkeiten, doch schließlich gelang es, sie erfolgreich zu überwinden, und so konnte dieser Film entstehen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Suche nach dem Weihnachtsstern
Zeichentrickfilm von Al Kouzel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Musical Youth sowie Al Bano und Romina Power
17.50 Die Straßen von San Francisco
Der Drogeninspektor
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Mit Dieter Thomas Heck
20.15 Aus Forschung und Technik
Vorgesehene Beiträge:
Indiens Weg zu den Sternen / China und die Raketen / Urlaub am Ostrand / Baumsterben in den Tropen
Von Joachim Bublath
21.00 heute-journal
21.20 Der Erfinder
Film von Kurt Gloor nach einem Bühnenstück von Hansjörg Schneider
Mit Bruno Ganz, Walo Lüönd u. a.
22.55 Sieh mal an
23.00 Zeugen des Jahrhunderts
Wilhelm Grewe im Gespräch mit Gerhard Dambmann
24.00 heute

III.

WEST/NORD

20.00 Tagesschau
20.15 Der unbekannte Chaplin (2)
Engl. Fernsehserie in drei Teilen von Kevin Brownlow und David Gill, 1983
Der große Regisseur
Sprecher: Hans Joachim Kuhlenkampff
21.05 Ich heiße Howaldt, Dieter
Von der Hand in den Mund
Film von Dieter Kehler
Ein Würstchenstand-Besitzer philosophiert über Sitte und Moral in seinem Beruf, über seine Kollegen und Kunden.
21.15 Augenspiegeleien
Ein Spiel für Scharfsichtige
Von Viktoria von Flemming
22.15 88 Stationen
Ein Pilgerpfad in Japan im Laufe der Jahreszeiten
Film von Shusaku Kono, Tokio
23.00 Literatur im Kreiselsoop (2)
Ulrich Kaiser
Dichterlesung eines erstaunlichen Debütanten: Ulrich Kaiser, noch keine 20 Jahre alt, hat bereits zwei Bücher im eigenen Verlag herausgegeben.
24.00 Letzte Nachrichten

HESSEN

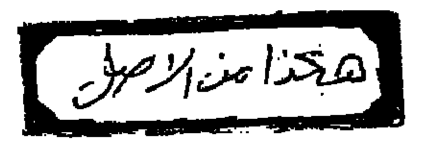
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
21.00 Heute aktuell
21.15 Task Force Police
Kurze Karriere
22.05 Kultur – aktuell in Hessen
22.50 Thema offen

SÜDWEST

19.30 Bonanza
Hoss und der Revolverheld
20.20 Menschen unter uns
Einsamkeit hat viele Namen
Erfahrungen mit dem Alleinsein
21.05 Mozart:
Adagio und Rondo, KV 617
21.20 Näher betrachtet
Der Patient ist zuallererst Mensch
22.05 Jazz am Montagabend

BAYERN

19.00 Die flotte Pariserin
Amerik. Spielfilm, 1938
20.15 Sport – Ein Spielraum des Menschen von heute
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Die Welt im Jahr 2000
4. Energie
22.50 Mord in Pastell
Amerik. Kriminalfilm
00.05 Rundschau



Montag, 19. Dezember 1983
Nr. 295

Kabel und Gelbe Post

Rei. – Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) wird nicht müde, seine Verkabelungspläne und die dazu erforderlichen Investitionen von rund einer Milliarde Mark pro Jahr zu verteidigen. Er muß dies offenbar tun, weil die Zahl der Skeptiker zunimmt angesichts des nur schleppenden Anlaufs des Kabelpilotprojekts in Ludwigshafen. Die Akzeptanz durch die Bürger ist einstweilen mager, was wohl nicht zuletzt auch an den technischen Schwierigkeiten liegt, mit denen vorher nicht zu rechnen war.

Die Einwände der Skeptiker, die auf eine mögliche Kostenwelle aufmerksam machen wollen, bescheidet Schwarz-Schilling jedoch mit einer ganzen Liste von Zahlen über die gesicherte Finanzierung und potentielle Akzeptanz und Zahlungswilligkeit am Kabel interessierter Fernsehzuschauer. Er tut dies im Parlament, im Postverwaltungsrat, im offenen Brief an NRW-Ministerpräsident Rau, in zahlreichen Veröffentlichungen für die Presse.

Dagegen ist nichts einzuwenden. Doch die Bundespost hat noch mehr Aufgaben als die Verkabelung. Sie soll zum Beispiel schnell und sicher Briefe, Pakete, Drucksachen, Telegramme usw. befördern. Daß sie dies aber nicht in ausreichendem Umfang tut, ist an der wachsenden Zahl privater Paket- und Kurierdienste wie Verteilfirmen für Wurfsendungen zu erkennen. Die defizitäre „Gelbe Post" braucht dringend ein Sanierungskonzept, denn der Fernmeldedienst kann nicht auf ewig mit seinem Gewinn das Loch stopfen. Doch nach Zahlen und Unterlagen für dieses allerdings wenig spektakuläre Konzept sucht man vergebens.

Weihnachtspause

fu (London) – In einigen Ländern mögen Weihnachten und der Jahreswechsel 1983 als besonders arbeitgeberfreundlich gelten. Nicht so in Großbritannien. Nicht etwa, daß hier die Feiertage anders lägen als auf dem Kontinent, mit Ausnahme des in Großbritannien auch freien 27. Dezembers. Doch Arbeitgeberfreude kann nicht aufkommen. Spätestens vom kommenden Freitag an wird nahezu die gesamte britische Wirtschaft stille ruhen. Darin soll sich nicht etwa ein spezielles Dankeschön der Arbeitgeber an die Arbeitnehmerschaft dafür ausdrücken, daß im ablaufenden Jahr beachtliche Produktivitätsfortschritte erzielt worden sind. Vielmehr ist es eine Kombination aus Auftragsmangel, gewerkschaftlichem Druck und häufig nicht zu vertretenden Zusatzkosten für mehrmaliges Ab- und Anschalten von Produktionsanlagen innerhalb weniger Tage. Dennoch paßt es irgendwie nicht in die Szenerie, daß ausgerechnet Großbritannien, das etlichen Ländern im Wettbewerb unterlegen ist, so verschwenderisch mit wertvollen Arbeitstagen umgeht.

REGIONALE ENTWICKLUNG / Zwei Untersuchungen stellen klar:

Die These vom Nord-Süd-Gefälle ist nur sehr bedingt zutreffend

JAN BRECH, Hamburg

Die These vom Nord-Süd-Gefälle, die von Politikern in zunehmendem Maße bemüht wird, um die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung im Norden der Bundesrepublik zu erklären, ist ins Wanken geraten. In Hamburg haben zwei unabhängig voneinander veröffentlichte Untersuchungen mit dem Pauschalurteil aufgeräumt, daß Norddeutschland im Vergleich zum Süden generell benachteiligt sei. Auch der Norden verfügt nach diesen Analysen über günstige Entwicklungsfaktoren, die allerdings besser genutzt werden müßten.

In einer Untersuchung über das Arbeitsplatzangebot im Großraum Hamburg kommt einmal die Hamburgische Landesbank zu dem Schluß, daß das Nord-Süd-Gefälle längst nicht die Rolle spiele, wie Politiker glaubten. Der ungewöhnlich starke Verlust von Arbeitsplätzen in der Hamburger Industrie sei nicht etwa das Resultat von Wettbewerbsnachteilen gegenüber dem Süden, sondern zum überwiegenden Teil das Ergebnis einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in das angrenzende Umland.

Noch mehr Gewicht dürften die Ergebnisse einer Untersuchung einer Arbeitsgemeinschaft der Akademie für Raumordnung und Landesplanung haben, die sich intensiv mit den Entwicklungsbedingungen im Norden beschäftigt hat. In Hamburg umrissen Sprecher der Arbeitsgemeinschaft ihr Fazit mit den Worten: Man habe ursprünglich das Nord-Süd-Gefälle beweisen wollen, könne nach der Untersuchung an diesem Schlagwort aber nicht mehr in vollem Umfang festhalten.

Dabei verkennt die Arbeitsgemeinschaft nicht, daß Norddeutschland in Teilbereichen durchaus Nachteile gegenüber anderen Bundesregionen aufweist. Einmal sei mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Norddeutschland in eine Peripherielage geraten, zum anderen biete die naturräumliche Ausstattung Ansatzpunkte für ressourcenorientierte Wirtschaftsaktivitäten. Es gebe Mängel in der Versorgung mit hochrangiger Infrastruktur wie Verkehr, Energie, Forschung und Entwicklung. Das Nebeneinander von zwei Flächen- und zwei Stadtstaaten enge schließlich die politisch-administrative Leistungsfähigkeit ein.

Dennoch besteht für Norddeutschland kein Grund zu resignieren. Immerhin habe der Norden bei höheren Produktivitätsfortschritten in den 70er Jahren und bei stärkeren Beschäftigungseinbrüchen nach 1973 und 1980 höhere Werte des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Bevölkerung erzielt als der Süden oder Westen. Wenn es zur Zeit ein Nord-Süd-Gefälle gebe, dann nicht in der Leistungsfähigkeit, sondern in der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung. Gegenwärtig, so wird in der Denkschrift festgehalten, scheinen die in Süddeutschland vorhandenen Wirtschafts- und Infrastrukturen für die auch dort notwendigen Strukturanpassungen vergleichsweise bessere Voraussetzungen als in Norddeutschland zu bieten.

Dieser Anpassungszwang eröffne aber auch für Norddeutschland neue Entwicklungen, sofern die Unternehmen und die Träger der Wirtschaftspolitik flexibel, dynamisch und zielgerichtet den Herausforderungen gegenübertreten. Konkrete Vorschläge macht die Arbeitsgemeinschaft in der Verkehrs-, Energie- sowie Forschungs- und Technologiepolitik. Zudem schlägt sie eine Neuorientierung in der Subventionspolitik vor. Eine solche Politik müßte Subventionen zeitlich begrenzen und einer Erfolgskontrolle unterziehen.

Den vermutlich größten Nachholbedarf sehen die Wissenschaftler jedoch im politisch-administrativen Bereich. Die politische Leistungsfähigkeit müsse man daran messen, inwieweit es gelinge, länderübergreifende, an den Problemen ausgerichtete gemeinsame Konzepte zu entwickeln und auch gemeinsam zu realisieren. Kennzeichnend für die heutige Situation sei, daß der Norden mit 15 Stimmen im Bundesrat und damit überproportional gemessen an der Bevölkerungszahl vertreten sei, mit diesem Stimmenpotential aber bislang kaum etwas bewirkt habe. Auch wird vorgeschlagen, für die Küstenländer bei der EG in Brüssel eine gemeinsame Geschäftsstelle einzurichten.

US-AKTIENMÄRKTE

Zinstrend wiegt schwerer als vorläufige Preisruhe

H.-A. SIEBERT, Washington

Unsicherheit bestimmt auch weiterhin das Klima an den US-Aktienmärkten, obwohl sich zum Wochenschluß wichtige Kurse wie IBM, General Motors oder Digital Equipment aus der Technologiegruppe erholten. Hierzu trugen aber in der Hauptsache technische Faktoren und die Nachricht des Arbeitsministeriums in Washington bei, daß in Amerika die Herstellerpreise im November um 0,2 Prozent gesunken sind. Es war der erste Rückgang seit dem Frühjahr, und der Index, der 3400 Waren erfaßt, liegt nur um 0,7 Prozent über dem Vorjahresmonat und um 0,3 Prozent über dem Niveau zum Jahresbeginn.

Das ist auf den ersten Blick eine stolze Leistung. Problematisch ist jedoch, daß sich Dienstleistungen schneller verteuern. Deshalb wird die Inflationsrate, gemessen an den Verbraucherpreisen, in diesem Jahr eher vier Prozent betragen. Für 1984 und 1985 sind die Prognosen gemischt, ernstzunehmende Institute sagen ein Anziehen auf 7 und 8,5 Prozent voraus. Das Weiße Haus hält an jeweils 4 bis 5 Prozent fest.

Neue Statistiken des Federal Reserve Board über die Kapazitätsauslastung bestätigen die Gefahren. Die Rate hat in den vergangenen zwölf Monaten ohne Unterbrechung zugenommen; im November erreichte sie 79,2 Prozent – rund zehn Prozent mehr als kurz vor dem Ende der Rezession vor einem Jahr. In den USA ist die durchschnittliche Vollauslastung bei etwa 86 Prozent gegeben. Gegenüber Oktober erhöhte sich der Auslastungsgrad in der Verarbeitung von 78,9 auf 79,4, bei langlebigen Verbrauchsgütern von 76,5 auf 77,1 und im Bergbau von 71,7 auf 72,8 Prozent. Gedrückt wurden die Herstellerpreise durch billigere Nahrungsmittel und Heizöl.

Verunsichert wird die Börse durch den deutlich nach oben gerichteten Zinstrend – eine Folge der Rekordhaushaltsdefizite. Groß im Raum steht Henry Kaufmans Voraussage, wonach die Prime Rate 1984 auf 12 bis 12,5 (zur Zeit: 11) steigen wird, mit höheren Sprüngen danach. Laut Kaufman ist der Zusammenprall von staatlicher und privater Kreditnachfrage einfach nicht zu vermeiden. Freitag kosteten Tagesgeld 9,73 (Vorjahr: 8,79), dreimonatige Treasury Bills 9,09 (7,86), siebenjährige Treasury Notes 11,82 (10,72) und 30jährige Treasury Bonds 11,94 (10,71) Prozent.

Wie es weitergeht, wird sich am Dienstag zeigen, wenn das Offen-Markt-Komitee des „Fed" tagt. Vermutlich wird in den USA Geld knapp gehalten, zumal M1 in der letzten Berichtswoche um 5,5 Milliarden Dollar in die Höhe schnellte. Alle Aggregate liegen aber noch in den Zielkorridoren. Heute nimmt das US-Schatzamt kurzfristig wieder 12,8 (12,4) Milliarden Dollar auf. Im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um 17,89 (Freitag: plus 5,38) auf 1242,17, der breiter gestreute Nyse-Index um 1,54 (0,33) auf 93,86 Punkte.

Streit um Kammergrenzen

Von DOMINIK SCHMIDT

Was vor gut fünf Jahren aussah, als hätte die niedersächsische Landesregierung besonderes diplomatisches Geschick bewiesen, ist längst zu einem Ärgernis geworden; zu einem mal mehr, mal weniger lautstark geführten Dauerstreit zwischen den Selbstverwaltungen der Wirtschaft speziell in Braunschweig und Lüneburg. Ausgangspunkt der Differenzen ist die im Februar 1978 vollzogene Bezirksreform in Niedersachsen.

Das Kabinett Albrecht, erleichtert darüber, daß die Neuordnung der Regierungsbezirke relativ reibungslos verwirklicht wurde, war zufrieden. Anstatt nun auch die Grenzen der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern zu justieren, sie denen der Regierungsbezirke anzugleichen, überließ man es den Kammern „notwendig werdende Neuabgrenzungen ihrer Gebiete selbst vorzuschlagen".

Vorschläge dieser Art liefert seither aber nur eine Kammer, nämlich die in Braunschweig. Als einzige der sieben niedersächsischen Kammern votierten die Braunschweiger bereits Ende 1978 dafür, „Deckungsgleichheit mit dem Regierungsbezirk" herzustellen. Das hätte bedeutet, daß die Kreise Osterode, Northeim und Göttingen – sie gehören zu Hannover – sowie die von Lüneburg betreute Stadt Wolfsburg und der Kreis Gifhorn dem Braunschweiger Kammerbezirk zuzuordnen sind.

Schon damals, vor fünf Jahren, wußten die Kammer-Oberen in Braunschweig das Beharrungsvermögen ihrer Nachbarn richtig einzuschätzen. Gewiß; so schrieb ihr Ehrenpräsident ironisierend, stünde es der Selbstverwaltung der Wirtschaft gut an, wenn sie Freiwilligkeit an die Stelle staatlicher Dekrete setzen würde. „Aber selbst wir erwarten nicht, daß die Einsicht in das Notwendige zum Selbstverzicht führt."

Die Hartnäckigkeit, mit der die Braunschweiger über die Zeit hinweg ihr Ziel dennoch verfolgten, schien jetzt zumindest von einem Teilerfolg gekrönt zu werden. Die dauernden Vorstöße veranlaßte die Landesregierung im Spätsommer dieses Jahres, einen Kabinettsbeschluß herbeizuführen, der die Zuordnung der kreisfreien Stadt Wolfsburg und des Landkreises Gifhorn zum Kammerbezirk Braunschweig vorsieht.

Eine Realisierung dieses Vorhabens indes ist weiter ungewiß. Verbunden damit nämlich ist ein Anhörungsverfahren, das den von der Neuordnung unmittelbar betroffenen Unternehmen aus Industrie, Handel und Handwerk Gelegenheit geben sollte, bis Ende November das Für und Wider zu artikulieren. Das betraute Wirtschaftsministerium wird das Ergebnis zwar erst im nächsten Frühjahr dem Kabinett zuleiten. Fest steht jedoch, daß die Lüneburger Kammer ihre Mitglieder zu mobilisieren verstand.

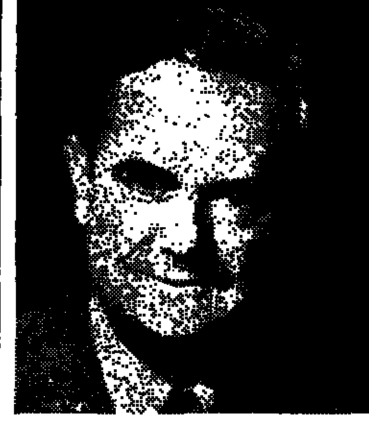
Hauptgeschäftsführer Peter Hennings zählte genau 3039 Stimmen, die sich für den Status quo aussprachen; nur 97 votierten für den Wechsel nach Braunschweig. Auch die eingegangenen Briefe der Kreise, Städte und Gemeinden sowie anderer Organisationen zeigten eindeutig ein Petitum zur Erhaltung der jetzigen Grenzen.

Eine delikate Rolle in der längst nicht mehr „feinen" Auseinandersetzung zwischen Lüneburg und Braunschweig kommt der in Wolfsburg ansässigen Volkswagenwerk AG zu. Der größte niedersächsische Arbeitgeber ist nicht nur Mitglied beider Kammern. Als beitragsstärkstes Unternehmen besonders umworben, gehören die VW-Vorstände Horst Münzner (Braunschweig) und Peter Frerk (Lüneburg) auch den Präsidien der Kammern an.

VW-Vorstandschef Carl H. Hahn hatte zwar noch im Februar dieses Jahres in einem Antwortschreiben an die Lüneburger Kammer die Loyalität des Unternehmens gegenüber allen Kammern betont und „ordnungspolitische Neutralität" versprochen. Daran allerdings hält sich bislang nur Frerk. Braunschweigs Kammer-Präside Münzner hingegen bezog eindeutig Stellung. Die geographische Nähe zu Braunschweig favorisiere „seine" Kammer in dem Grenzstreit.

Münzners Votum dürfte den Intentionen der niedersächsischen Landesregierung sehr nahe kommen. Mit großer Sicherheit wird die Entscheidung des Kabinetts im kommenden April zugunsten Braunschweigs ausfallen. Wie es dann um die nach eigener Einschätzung „arme Schrumpfkammer Lüneburg" bestellt sein wird, läßt sich unschwer nachvollziehen.

AUF EIN WORT



„Mit höheren Agrarpreisen bei gleichzeitiger Abnahmegarantie ist dem Problem der ständig steigenden Überschüsse in der EG nicht beizukommen. Helfen kann nur ein Einfrieren der staatlich festgesetzten Preise und eine Begrenzung der Interventionspflicht."

Hans Spitta, Vorsitzender des Verbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch, Bonn
FOTO: DIE WELT

Zwischenbilanz im Bauskandal

Wz. Berlin

Eine Zwischenbilanz im Bauskandal hat jetzt das Bundeskartellamt gezogen. Die Behörde hatte im September gegen 82 Baufirmen Geldbußen von rund 50 Millionen Mark wegen verbotener Preisabsprachen verhängt. Wie Amtspräsident Prof. Wolfgang Kartte mitteilte, haben 22 meist mittelständische Bauunternehmen keinen Einspruch erhoben, ihre Bußgeldbescheide sind daher rechtskräftig. Über den Einspruch von 60 Bauunternehmen muß jedoch beim Kartellsenat des Berliner Kammergerichts verhandelt werden. Mit den ersten Verhandlungen wird Anfang nächsten Jahres gerechnet. Den Unternehmen wird vorgeworfen, die Baupreise bei öffentlichen Submissionsverfahren und privaten Bauten abgestimmt zu haben.

GRUNDIG

Philips übernimmt Führung bei dem Elektronik-Konzern

AP, Fürth

Der niederländische Philips-Konzern wird im nächsten Jahr bei dem deutschen Unterhaltungselektronik-Konzern Grundig in Fürth die Führung übernehmen. Diese Mitteilung verband Grundig-Pressechef Karl-Heinz Schmidt am Samstag mit der Ankündigung, daß sich Firmengründer Max Grundig zum 1. April 1984 aus der industriellen Führung der Grundig AG zurückziehen werde.

Die Struktur des Konzerns wird nach Angaben Schmidts verändert. Im Unternehmen Grundig EMV Elektro-Mechanische Versuchsanstalt Max Grundig und Co KG wird anstelle der Max-Grundig-Stiftung eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Führungsrolle als Komplementärin übernehmen. Bei den Gesellschaftern der GmbH handelt es sich „um ein Konsortium, das neben europäischen Banken von Philips getragen wird".

In der Mitteilung heißt es: „Philips wird die unternehmerische Verantwortung tragen." Mit dieser Lösung werde beabsichtigt, „die erfolgreiche Tätigkeit der Grundig AG als selbständiges Unternehmen fortzusetzen". Max Grundig werde den Vorsitz im Aufsichtsrat der Grundig AG übernehmen und dem Unternehmen für die Entwicklung der Produktlinien mit seiner Erfahrung zur Verfügung stehen.

Die Verhandlungen zwischen dem Konzern N. V. Philips Gloelampenfabrieken, Eindhoven, und der Max Grundig AG sind der Mitteilung zufolge noch nicht abgeschlossen. „Die Genehmigung der zuständigen Behörden wird beantragt werden, sobald Einigkeit über die Einzelheiten erzielt ist. Die beteiligten Unternehmen rechnen hier nicht mit Schwierigkeiten."

TEXTILHANDEL

Präsident Reagan verfügt strengere Importkontrollen

H.-A. SIEBERT, Washington

Präsident Ronald Reagan hat gegen den Rat der Mehrheit in seinem Kabinett strengere Textil-Importkontrollen verfügt, die sich gegen Lieferungen aus 36 Ländern richten. Besonders betroffen sind Billigwaren aus der Dritten Welt, darunter China, Indien und die Karibik. Auf einen stärkeren Einfuhrschutz gedrängt haben US-Handelsminister Malcolm Baldrige und die amerikanische Textilindustrie, die seit 20 Jahren mit schöner Regelmäßigkeit von Washington vor Präsidentschaftswahlen protektionistische Hilfe erhält.

Nach den neuen Regeln können Importe gestoppt werden, wenn die Lieferungen eines bestimmten Produktes um 30 Prozent über dem Vorjahr liegen oder sein Anteil im Verhältnis von Gesamteinfuhren zur heimischen Erzeugung 20 Prozent und mehr erreicht. Der Lieferumfang eines einzelnen Landes darf in einer Warengruppe ein Prozent nicht übersteigen. Im vergangenen Jahr nahmen die US-Importe insgesamt um 23 Prozent zu, während sich die eigene Produktion nur um sechs Prozent erhöhte.

Für nicht kontrollierte ausländische Textilien gilt in Zukunft die Regel, daß die Einfuhren einzelner Waren eingefroren werden, wenn es zu einer „Importexplosion" kommt. In einer Konsultationsperiode von 90 Tagen darf eine Quote, die sich aus dem Lieferdurchschnitt der vorausgegangenen zwölf Monate ergibt, nicht überschritten werden. Wird keine Einigung erzielt, bleibt diese Beschränkung wirksam. Mittels dieses „Call"-Verfahrens hat die Administration in diesem Jahr die Einfuhren bereits um mehrere Milliarden Dollar gedrosselt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gaststättengewerbe gegen Arbeitszeitverkürzungen

Bonn (rei) – Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) lehnt eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ab und fordert statt dessen die Förderung flexibler Arbeitszeitformen und eine praktikable Regelung für die kurzfristige Beschäftigung. In einer Stellungnahme verweist der Verband auf die Vielzahl von Möglichkeiten, die Arbeitszeit den branchen- wie den betriebsspezifischen Notwendigkeiten anzupassen. Die geltende Arbeitszeitordnung dürfe nicht geändert, Mehrarbeit in keiner Weise beschränkt werden. Das Gastgewerbe weist darauf hin, daß von seinen rund 800 000 Beschäftigten etwa ein Drittel Teilzeitkräfte sind. Das Gewerbe sei geprägt von starken Frequenzschwankungen durch Wetter, Saison, Messen etc. und einem von der Allgemeinheit abweichenden Arbeitsrhythmus.

Preisauftrieb gebändigt

Anstieg gegenüber Vorjahr in %

	1978	79	80	81	82	1983 (Schätzung)
Industriepreise	1,1	4,8	7,5	7,8	5,8	1,5
Verbraucherpreise	2,7	4,1	5,5	5,9	5,3	3

Der Preisauftrieb Anfang der achtziger Jahre scheint gebändigt. Mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten von drei Prozent brachte 1983 das beste Ergebnis seit fünf Jahren. Nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrats sind auch die Preisaussichten für 1984 günstig. QUELLE: GLOBUS

Weg der Kurse

	16. 12. 83	9. 12. 83
Boeing	44,625	45,625
Chrysler	26,625	28,50
Citicorp	35,75	35,375
Coca-Cola	54,75	56,75
Exxon	37,625	38,625
Ford Motors	40,75	41,50
IBM	120,625	121,75
PanAm	8,50	8,75
US Steel	28,50	29,125
Woolworth	36,125	36,625

Personalabbau geplant

Köln (dpa/VWD) – Die Union Rheinische Braunkohle Kraftstoff, Köln-Wesseling, will einen Personalabbau um rund 2000 Mitarbeiter vornehmen. Außerdem seien Investitionen von mehr als 400 Millionen Mark vorgesehen. Nach einer gemeinsamen Presseerklärung der Hoechst AG und der Rheinischen Braunkohlenwerke muß das Konzept noch mit der Belegschaftsvertretung abgestimmt werden. Durch Ausnutzung von Frühpensionierungen bleibe die Zahl der Entlassungen jedoch begrenzt.

EG-Darlehen für Italien

Brüssel (AP) – Die Europäische Gemeinschaft wird Italien für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wiederaufbau für Gebiete, die 1980 von einem Erdbeben betroffen wurden, ein Darlehen in Höhe von 57 Milliarden Lire (rund 94 Millionen Mark) gewähren. Wie die EG letzte Woche in Brüssel mitteilte, wird das Darlehen eine Laufzeit von zehn Jahren haben. 30 Milliarden Lire werden als Investitionshilfe an Klein- und Mittelbetriebe vergeben. Die noch verbleibenden 27 Milliarden Lire dienen der Beseitigung der Erdbebenschäden. Das Geld stellt die Europäische Investitionsbank zur Verfügung.

Londoner Kassapreise

	16. 12. 83	9. 12. 83
Kupfer (£/t)	965,5	999,5
Blei (£/t)	272,5	282,125
Zink (£/t)	597,5	591,75
Zinn (£/t)	8677,5	8750
Gold ($/Unze)	373,875	388,875
Silber (p/Unze)	624,40	644,40
Kakao [1] (£/t)	1884,5	1787
Kaffee [1] (£/t)	2020,5	1967,5
Zucker (£/t)	134	134,5
Kautschuk (p/kg)	84,25	84,5
Wolle (p/kg)	421	411
Baumwolle [2] (cts/lb)	89,60	89,80

[1]) Abladung März;
[2]) A-Index-Preis Liverpool

DEUTSCHE LUFTHANSA

Auch in Zukunft keine Business-Class in Europa

HEINZ STÜWE, Seeheim

Einen „ausgesprochenen Boom" erlebt die Deutsche Lufthansa derzeit bei den Frachtaufträgen. Allein im November lag das Verkaufsergebnis wertmäßig um 27 Prozent über dem des Vorjahresmonats. Das erklärte Professor Günter Eser, im Lufthansa-Vorstand für den Verkauf verantwortlich, anläßlich des zehnjährigen Bestehens des zentralen Schulungszentrums der Fluggesellschaft in Seeheim/Bergstraße. Da auch in der Passage Umsatzsteigerungen erzielt wurden, zeigte sich Eser „insgesamt sehr zufrieden".

Zu dieser Entwicklung, die nach Angaben Esers für 1983 ein positives Jahresergebnis gewährleistet, hat nach seiner Ansicht die „zurückhaltende, maßvolle Tarifpolitik" beigetragen. Sie ziele darauf ab, vom Image eines Hochpreis-Carriers herunterzukommen. Trotz des weltweiten Trends zum Billigtarif wolle die Lufthansa weiterhin „in der Qualität konkurrieren".

In diesem Zusammenhang erteilte er Vermutungen, auf den europäischen Strecken solle die First Class abgeschafft werden, eine eindeutige Absage. In Europa würden 50 Prozent der Erste-Klasse-Tickets für Zubringerdienste zu Fernflügen verkauft, argumentierte Eser.

Auf die Entscheidung der Swissair, für ihr gesamtes Streckennetz eine Business Class einzuführen, will die Lufthansa nicht reagieren. Das Drei-Klassen-System habe man auf den langen Strecken schon lange, in Europa „brauchen wir das nicht", erklärte Eser. Er verwies auf Marktuntersuchungen, denen zufolge bei Verbindungen innerhalb Europas der pünktliche Abflug für die Passagiere das wichtigste Kriterium sei.

WEIHNACHTSGESCHÄFT / Der vierte lange Samstag bestätigt Aufwärtstrend

Erwartungen der Händler sind erfüllt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die mit einigen Schwankungen 1983 zu beobachtende Besserungstendenz des Konsumklimas der Bundesbürger, bislang noch die verläßlichste Stütze der Konjunkturwende, hält weiter an. Voll im Trend der bisherigen, allerdings auch nicht sonderlich hoch gespannten Erwartungen der Händler ist der Umsatz des deutschen Einzelhandels am vierten verkaufsoffenen Samstag geblieben. Mindestens die zeitgleichen Vorjahresumsätze wurden an diesem letzten großen Tag des Weihnachtsgeschäfts weithin erreicht; zuweilen wurden die Vorjahresergebnisse sogar mit zweistelliger Zuwachsrate übertroffen.

Genaueres dazu meldet als erster in der Warenhausbranche die Horten AG aus ihren 57 Häusern: Umsatz an diesem vierten langen Samstag mit 30,3 Millionen Mark um 4,2 Prozent über Vorjahresniveau, Gesamtumsatz des Weihnachtsgeschäfts (seit 1. November) nun bei 553 Millionen Mark oder 4,4 Prozent höher als vor Jahresfrist. Ähnlich die Tendenzmeldung aus dem mit diesem vierten langen Samstag „nicht unzufriedenen" Kaufhof-Konzern: Umsatzplus in den 86 Warenhäusern im bisherigen Verlauf des Weihnachtsgeschäfts bei drei Prozent.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sieht mit dem Umsatz am vierten langen Samtag erneut und nun schon abschließend ihre Prognose bestätigt, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft den Einzelhändlern einen Zusatzumsatz von 19 Milliarden Mark oder 4,3 Prozent des gesamten Jahresumsatzes bringen werde. Dieser wird für 1983 mit einer Steigerungsrate von bis zu drei Prozent bei 445 Milliarden Mark erwartet, was auch real ein kleines Plus bedeutet. Auch dies ein Wende-Signal, nachdem der 1982er Einzelhandelsumsatz trotz relativ befriedigendem Weihnachtsgeschäft auch nominal nur ein dünnes Plus von 0,4 Prozent aufwies.

Am vierten langen Samstag, von manchem Händler etwas voreilig schon als „Tag der Geschenke in letzter Minute" bezeichnet, reichte die „zufriedenstellende" Kundennachfrage praktisch über alle Warengruppen hinweg. Mit einiger Überraschung wurde von etlichen Händlern ein deutlicher Umsatzanstieg in der lange auf der Schattenseite liegenden Möbelbranche registriert. Ohne Überraschung hingegen, daß sich Home-Computer weiterhin als Renner der diesjährigen Weihnachtssaison erwiesen.

Wetterbedingtes Kuriosum: In Damen- und Herrenoberbekleidung richtet sich das Käuferinteresse nun bereits vielerorts deutlich auf die Frühjahrsmode.

PHILIPPINEN / Devisenmangel – Hohe Arbeitslosigkeit

Die Krise verschärft sich

dpa/VWD, Manila

Als Folge der bisher schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Philippinen wird von zuständigen Banken- und Wirtschaftskreisen im Lande für Anfang 1984 vor allem in der Hauptstadt Manila mit einem weiteren Hochschnellen der Massenarbeitslosigkeit gerechnet. Viele importabhängige Betriebe werden schließen müssen, meinen die Fachleute, da fehlende Devisen und in erster Linie die Dollarknappheit die Einfuhr von Rohstoffen verhindern.

Der angesehene philippinische Wirtschaftswissenschaftler Bernardo Villegas rechnet mit der Entlassung von weiteren 300 000 Arbeitern in der Hauptstadt. Damit dürften bald rund 1,8 Millionen Menschen in der jetzt etwa acht Millionen Einwohner zählenden Metropole ohne jede Einkommensquelle sein. Nach Meinung von Villegas wird das Land sieben Jahre benötigen, um aus seinem gegenwärtigen Wirtschaftstief wieder herauszukommen. Der Peso, schon im Oktober um 21,1 Prozent gegenüber dem US-Dollar abgewertet, dürfte im Wert um weitere 15 Prozent sinken. Auf dem Schwarzmarkt werden gegenüber dem offiziellen Kurs von 14 Pesos für einen Dollar jetzt schon 20 bis 22 Pesos bezahlt.

Mit Auslandsschulden von rund 25,4 Milliarden US-Dollar (70 Milliarden Mark) waren die Philippinen im Herbst zum ersten Umschuldungskandidaten in Asien geworden. Manila war zunächst auf die fälligen Verbindlichkeiten ein dreimonatiger Zahlungsaufschub bis zum 16. Januar 1984 eingeräumt worden. Dieser Termin ist jetzt gefährdet.

Die vor Wochen in New York mit den Gläubigerbanken aufgenommenen Umschuldungsverhandlungen verzögern sich. Vor der Genehmigung neuer Finanzhilfe will der Internationale Währungsfonds (IWF) in Manila prüfen, welche eigenen Maßnahmen die Marcos-Regierung zur Beilegung der Krise getroffen hat.

LATEINAMERIKA / Auslandsverbindlichkeiten weiter stark gestiegen

Schulden von 314 Milliarden Dollar

dpa/VWD, Hamburg

Auslandsschulden von fast 314 Milliarden Dollar, rund 887 Milliarden Mark, um 9,2 Milliarden Dollar (fast 25 Milliarden Mark) geschrumpfte Währungsreserven, eine durchschnittliche Inflationsrate von knapp 83 Prozent und ein Anstieg der Arbeitslosenzahl um mehr als eine Million prägten 1983 die Wirtschaftsentwicklung in 14 lateinamerikanischen Ländern, die nahezu den gesamten Kontinent umfassen.

Die Auslandsschulden dieser Länder erreichten 1983 insgesamt 313,8 Milliarden Dollar. Das sind rund 34 Milliarden mehr als 1982. Besonders ausgeprägt war der Anstieg der Auslandsschulden 1983 in Brasilien. Waren es 1982 noch 81 Milliarden Dollar, sind es Ende 1983 rund 96,5 Milliarden Dollar. In Mexiko stiegen die Auslandsverbindlichkeiten von 80 Milliarden Dollar 1982 auf 85 Milliarden, in Argentinien von 39,2 Milliarden 1982 auf 43 Milliarden Dollar. Auch in Venezuela war der Anstieg der Auslandsschulden sehr stark: von 18,5 Milliarden Dollar im letzten Jahr auf 27,5 Milliarden Dollar Ende 1983.

Von den 14 untersuchten Ländern haben lediglich Kolumbien und Guatemala bei den internationalen Gläubigerbanken keine Umschuldung beantragt. Einige der Länder, die eine Umschuldung vereinbarten, mußten als Voraussetzung dafür schwere wirtschaftspolitische Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllen. Diese wiederum gefährdeten besonders in Brasilien und Ecuador die politische Stabilität und den sozialen Frieden.

Die Devisenreserven der untersuchten Länder werden per Oktober 1983 auf insgesamt 24,15 Milliarden Dollar beziffert. Das sind 9,18 Milliarden weniger als im Oktober 1982. In Argentinien fielen sie um mehr als die Hälfte auf 1,42 Milliarden Dollar, in Brasilien sogar von sieben auf eine Milliarde Dollar. In Chile verminderten sie sich von 2,8 Milliarden auf rund zwei Milliarden Dollar, in Mexiko von 3,9 Milliarden auf 3,5 und in Uruguay von 708 Millionen auf unter 193 Millionen Dollar. Nur in Bolivien und Venezuela sind sie gestiegen.

Die Preissteigerungsrate war in einzelnen Ländern alarmierend: In Argentinien betrug sie 300 (nach 220) Prozent. In Brasilien erhöhte sich die Preissteigerungsrate von 97 Prozent im letzten Jahr auf 213 Prozent, in Ecuador von 23 auf 61 Prozent, in Peru von 70 auf 120 Prozent und in Uruguay von 15 auf 55 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen hat 1983 in der ganzen Region um 1,13 Millionen auf insgesamt 26,4 Millionen zugenommen. Bei insgesamt 119,7 Millionen Erwerbstätigen ist dies eine Arbeitslosenrate von 22,1 Prozent.

FRANKREICH / Umsatzplus im Einzelhandel

Konzentration flacht ab

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Konzentrationsbewegung im französischen Einzelhandel läßt nach. An Geschäften der Kategorie „Hypermärkte" (mehr als 2500 Quadratmeter Verkaufsfläche) wurden in diesem Jahr nur noch 21 neu eröffnet, gegenüber 31 in 1982 und 34 in 1981. Ihre durchschnittliche Verkaufsfläche lag bei 5700 Quadratmetern. Vor einigen Jahren waren es noch mehr als 6000 Quadratmeter gewesen.

Der abfallende Trend erklärt sich vor allem aus der verschärften Handhabung des zum Schutz des unabhängigen Einzelhandels von der früheren Regierung erlassenen Royer-Gesetzes. Danach bedürfen Projekte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1000 Quadratmetern (mehr als 1500 Quadratmeter in Städten über 40 000 Einwohner) der behördlichen Genehmigung. Die von der sozialistischen Regierung zunächst angekündigte Herabsetzung der Genehmigungsschwelle auf 400 Quadratmeter blieb allerdings weiter zurückgestellt, da die Hypermarktwelle auch aus anderen Gründen erlahmte. So sind die für solche Objekte geeigneten Grundstücke am Rand der Städte inzwischen sehr knapp und teuer geworden. Außerdem verschlechterte sich seit Mitte dieses Jahres die Verbrauchskonjunktur.

In Frankreich bestehen gegenwärtig 513 Hypermärkte, deren Verkaufsfläche insgesamt fast 3 Millionen Quadratmeter erreicht. Ihren diesjährigen Umsatz veranschlagt das Institut für die Selbstbedienung (IFLS) auf 131 Milliarden Franc, was etwa 13,5 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes wären.

Noch günstiger entwickelten sich allerdings die Supermärkte (Verkaufsfläche zwischen 400 und 2500 Quadratmeter). Ihr Umsatz stellte mit 139 Milliarden Franc 14,2 (i. V. 12,7) Prozent des Einzelhandelsumsatzes, dabei 25,5 (23,4) Prozent bei den Lebensmitteln.

Leg alles still in Gottes Hände:
das Glück, den Schmerz, den Anfang und das Ende.

Eberhard Graf v. Nostitz

Brigadegeneral d. Res. a. D.

* 15. 2. 1906 † 15. 12. 1983

Hildegard Gräfin v. Nostitz
geb. Wiersbitzky
Burkhard Graf v. Nostitz und
Frau Lexa Katrin geb. v. Danielowski
mit Sophie
Ole M. Wasmuth
mit Sven Peter und Arne Cornelius

8000 München 81, Flemingstraße 152

Trauerfeier am Mittwoch, dem 21. Dezember 1983, um 10.00 Uhr im Nordfriedhof in München.
Anstelle von zugedachten Blumen und Kränzen wird um eine Spende an das „Hilfswerk der deutschen Adelsverbände", Kreissparkasse Melle, Kto.-Nr. 103 150 (BLZ 265 522 86), gebeten.

Mitten aus einem schaffensreichen Leben verstarb am 16. Dezember 1983 plötzlich und unerwartet Herr

Verbandsdirektor Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann

Dr. Joachim Teske

im 57. Lebensjahr.

Seit 1960 in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft tätig, hat er über 16 Jahre als Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen die Geschicke der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein geprägt und mitgestaltet. In zahlreichen wohnungswirtschaftlichen Gremien erwarb er sich hohe Verdienste um den sozialen Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland.

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft verliert in Herrn Dr. Teske eine Persönlichkeit, der unser aller Achtung und Wertschätzung gebührt. Wir sind ihm als Mensch und Fachmann von hohem Rang zu großem Dank verpflichtet.

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen mit seinen Organen und Mitarbeitern

2000 Hamburg 62, Tangstedter Landstraße 83

Plötzlich und unerwartet verstarb am 16. Dezember 1983 Herr

WP Dr. Joachim Teske

Verbandsdirektor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.

Als langjähriger stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender hat er die Entwicklung des Verlages maßgeblich mit beeinflußt. Er war uns stets ein engagierter Freund und Förderer. Sein für uns alle unerwartetes Ableben hat uns tief erschüttert. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Hammonia-Verlag GmbH, Hamburg
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Der Geschäftsführer und Mitarbeiter

Am 16. Dezember 1983 verstarb völlig unerwartet unser langjähriger Aufsichtsratvorsitzender

Herr WP Diplom-Kaufmann

Dr. Joachim Teske

im 57. Lebensjahr.

Herr Dr. Teske hat die Entwicklung unseres Unternehmens seit der Gründung in hervorragender Weise mit geprägt. Seine Hilfe und sachkundigen Rat werden wir vermissen.

Rechenzentrum Nord für die Wohnungswirtschaft G.m.b.H.
Geschäftsführung und Mitarbeiter

Wir betrauern das plötzliche Ableben des Herrn Vorsitzenden des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft

WP Dr. Joachim Teske

Verbandsdirektor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V.

Für uns alle unerwartet wurde Herr Dr. Teske am 16. Dezember 1983 aus unserer Mitte gerissen.

Wir verlieren mit ihm einen Mann, der uns stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat und der als langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates die Entwicklung unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflußte. Er war uns ein aufrechter Freund und ein Förderer unserer Aufgaben.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied von ihm.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Mitarbeiter
der
Norddeutschen Treuhand und Kreditgesellschaft mbH

16. Dezember 1983

Wir trauern um

Bergassessor a. D.

Dr.-Ing. Heiner Weber

Sprecher des Vorstands der Bergbau AG Westfalen

Herr Dr. Weber gehörte unserem Aufsichtsrat seit 1980 an. Er hat unserem Unternehmen mit seiner herausragenden fachlichen Erfahrung und seinem hohen Verantwortungsbewußtsein tatkräftig zur Seite gestanden.

Sein Rat und sein ausgewogenes Urteil werden uns sehr fehlen.

Seine unternehmerischen Leistungen und seine vorbildliche menschliche Haltung werden uns immer ein Leitbild sein.

Aufsichtsrat Vorstand Betriebsrat Belegschaft

STEAG AG
und Tochtergesellschaften

Annemarie Gladigau

geb. Hintz

* 8. 2. 1906 † 15. 12. 1983

Wir trauern um meine liebe Frau, unsere Mutter und Großmutter, die uns unerwartet nach einem Leben voller Fürsorge für ihre Familie verlassen hat.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Karl Gladigau
Otto Gladigau
Erika Gladigau geb. Timmermann
Tom, Kay und Jan
Helga Simon geb. Gladigau
Jane, Cathy, Andrew und Chris
Jürgen Gladigau
Angelika
Marisa Meinert geb. Gladigau
Pierre Meinert

Lübecker Straße 3–11
2070 Ahrensburg

Trauerfeier am Donnerstag, dem 22. Dezember 1983, um 13 Uhr, Friedhof Hamburg-Tonndorf, Ahrensburger Straße 188.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechek

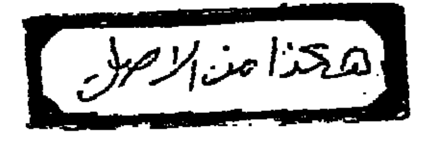
Herstellung: Werner Koziak

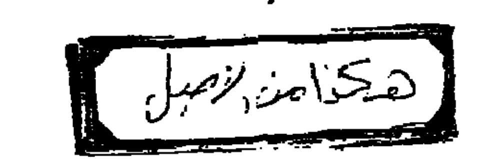
Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





TALBOT / Grünes Licht für Massenentlassungen

Kompromiß der Regierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat am Wochenende den Antrag der zum Peugeot-Konzern gehörenden Automobilgesellschaft Talbot, 2905 Arbeiter ihres Werks von Poissy bei Paris zu entlassen, zu zwei Drittel genehmigt. Die 1950 Betroffenen sollen Abfindungsprämien erhalten und möglichst auf andere Berufe umgeschult werden. Damit scheint der Weg zur Beendigung des inzwischen zehntägigen Streiks der Talbot-Belegschaft von Poissy (17 000 Personen) gefunden zu sein.

Die Talbot-Verwaltung, die wegen dieses Streiks für heute die Einstellung aller Zahlungen an die Belegschaft angekündigt hatte, erklärte sich ausdrücklich mit dem Regierungsentscheid einverstanden. Die bei Talbot führende kommunistische CGT-Gewerkschaft, die als erste zu dem Streik aufgerufen hatte, legte sich bisher noch nicht fest. Sie forderte ursprünglich den Verzicht auf jede Entlassung.

Premierminister Mauroy, der einen Kompromiß zwischen seinem kommunistischen Koalitionspartner – vertreten durch Arbeitsminister Ralite – und seinem liberalen Industrieminister Fabius finden wollte, erklärte im Fernsehen, daß künftig „nach dem Vorbild von Talbot" verfahren werden soll. Dies ist das erste Mal, daß in Frankreich von der Regierung grünes Licht für Massenentlassungen gegeben wird.

Auf der Warteliste stehen insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau und der Steinkohlenbergbau. Die Automobil-Industrie selbst plant einschließlich der staatlichen Renaultwerke noch etwa 5000 Entlassungen. Die französische Industrie hatte in diesem Jahr bereits an die 140 000 Arbeitsplätze stillgelegt, allerdings weitgehend durch vorzeitige Pensionierungen und die Rekonversion in den Dienstleistungssektor.

Damit konnte die Zahl der Arbeitslosen seit über einem Jahr bei etwas über zwei Millionen stabil gehalten werden. Im November hat sie sich aber um saisonbereinigt 3,1 Prozent auf 2,1 Millionen erhöht und ist damit im Jahresvergleich um 2,9 Prozent gestiegen. Gleichzeitig schrumpfte die Zahl der Stellenangebote (gegenüber November 1982) um 35,2 Prozent auf 64 500.

MINERALÖLSTUDIE / Die Reihen der Raffineure lichten sich, aber keine Gefahr eines reduzierten Wettbewerbs

Das Öl nicht länger staatlich diskriminieren

HANS BAUMANN, Essen

Ein energiepolitischer Handlungszwang, das Mineralöl durch zusätzliche staatliche Diskriminierungen direkter oder indirekter Art forciert zurückzudrängen, läßt sich angesichts der nachhaltig entspannten Versorgung auf den Weltölmärkten zumindest für die achtziger Jahre bis weit in die neunziger nicht mehr rechtfertigen. Zu diesem Ergebnis kommt unter anderem eine umfassende Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, die Heinz Jürgen Schürmann für das Bundeswirtschaftsministerium angefertigt hat.

Schürmann macht darauf aufmerksam, daß die über die Marktkräfte hinausgehenden Ölverdrängungsstrategien mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Solche Strategien würden zudem dazu führen, daß ein international wettbewerbsfähiges Energiepreisniveau nachhaltig gestört würde. Der Substitutionswettbewerb bleibe auch dann erhalten, wenn sich die Ölpreise wie erwartet weiter entwickelten und wenn die Einsparprozesse fortwirkten. Angesichts dieser Tendenzen schätzt die Studie die künftigen Rohölversorgungsbedingungen verhältnismäßig positiv ein.

Die Wiedergewinnung der Wirtschaftlichkeit der Rohölverarbeitung im Inland hat nach Schürmann hohe ölpolitische Priorität. Nur so lasse sich ein weiteres Ansteigen von Fertigprodukten aus dem Ausland vermeiden. Da viele inländische Raffineure aber nicht über gewinnbringende Rohölförderung (Upstream-Aktivitäten) verfügen, müsse die Strategie der vertikalen Integration verfolgt werden. Alle einheimischen Raffineure ließen erkennen, daß sie Kooperationsformen mit einzelnen Opec-Gesellschaften begrüßen würden. Die Studie stellt zwar fest, daß solche Joint ventures die Eigentümerstrukturen auf den deutschen Ölmärkten noch stärker zugunsten des Auslands verändern würden. Einen bedeutenden Abfluß nationaler Entscheidungsfähigkeit stellten sie jedoch nicht dar.

Die Gesundung der deutschen Raffineriestrukturen hängt weitgehend auch davon ab, in welchem Tempo die anderen EG-Staaten ihre Raffinerieparks durch Stillegungen dem gesunkenen Bedarf anpassen. Die Bundesregierung müsse hier darauf dringen, daß die inzwischen erreichten Leistungsvorteile der inländischen Raffinerien nicht durch staatliche oder EG-Subventionen im Ausland aufgesogen würden. Auch die Umweltschutzpolitiken müßten harmonisiert werden, um die Belastungen für alle Raffineriestandorte wettbewerbsneutral zu halten.

Zum Inlandsmarkt meint Schürmann, daß der Kreis der Raffinerien sich zu lichten beginne. Es drohe ein enger werdendes Oligopol von Raffineuren. Da aber die Bezugsmöglichkeiten auf den internationalen Produktenmärkten günstig seien, bedeute eine solche Entwicklung noch keineswegs einen reduzierten Wettbewerb auf den einzelnen Vertriebsmärkten. Einige Raffineriegesellschaften hätten ihr inländisches Verarbeitungsrisiko überproportional senken müssen (Veba und BP), dadurch aber an Flexibilität gewonnen. Kurz- bis mittelfristig würden daher keine größeren Raffineriegesellschaften ihr Geschäft aufgeben.

Die Bezugsmöglichkeiten für die unabhängigen Importeure und Händler werden angesichts der international entspannten Versorgungslage als verhältnismäßig günstig beurteilt. Bei einer Fortsetzung der liberalen Ölpolitik dürfte die raffinerieunabhängige Versorgungsgruppe ihren (relativen) Marktanteil auch in Zukunft behaupten, meint die Studie. Aus der vorgelegten Analyse bisheriger Anpassungsvorgänge könne keine besondere Schutzbedürftigkeit dieser Anbietergruppe abgeleitet werden.

Schürmanns Therapie auf einen Blick: Fortsetzung des notwendigen Kapazitätsabbaus in privatwirtschaftlicher Verantwortung; Abbau von Öldiskriminierungen; Integration der EG-Ölmärkte, also ohne Marktzugangsbarrieren sowie mit marktorientierten Preisbildungen und harmonisierten Umweltkostenbelastungen; Joint ventures mit Ölproduzentenstaaten. Diese einzelnen Stufen der Therapie seien eng mit einander verzahnt, und sie befruchteten sich in dem Maße wechselseitig positiv.

Als Grundfrage bleibe, ob sich das liberale Ölsystem in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der internationalen Bedingungen als stabil erweisen wird, oder ob es instabil werde. Die Notwendigkeit, weitere 20 Mill. Tonnen Raffineriekapazität auf rund 90 Mill. Tonnen (nach 156 Mill. Tonnen in der Spitze) abzubauen, ließen zwar Optimismus zu. Dennoch warnt Schürmann davor, die Strukturkrise beim Öl als quasi-automatisch gelöst zu betrachten.

MÜNCHNER MESSE

Zufrieden auf der ganzen Linie

DANKWARD SEITZ, München

Sehr zufrieden mit dem Verlauf des Messejahres 1983 ist die Unternehmensgruppe Messe München International (MMI). Trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, so Hauptgeschäftsführer Werner Marzin, habe man sich im Einklang mit der Entwicklung der deutschen Messewirtschaft „gut behaupten" können. In doppelter Hinsicht seien „deutliche Fortschritte" erzielt worden: Als Dienstleistungsunternehmen habe die MMI bei ihrer Kundschaft die erreichte Vertrauensposition festigen und weitere Kundenkreise gewinnen können. Aber auch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten seien die Erwartungen erfüllt worden.

Insgesamt konnte die Unternehmensgruppe 1983 ihren Umsatz um 22,7 Prozent auf 161,9 Mill. DM ausweiten. Nach Angaben von Marzin entfielen davon rund 93,4 (70,9) Mill. DM auf die MMG Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, 28 Mill. DM auf die Imag Internationaler Messe- und Ausstellungsdienst GmbH, rund 17 Mill. DM auf die Mode-Woche-München GmbH und 23,5 Mill. DM auf die GHM Gesellschaft für Handwerksausstellungen und -messen mbH. Erzielt wurde dieses Ergebnis mit 179 Veranstaltungen.

Auf den Messeplatz München entfielen davon 20 Veranstaltungen, an denen sich 20 645 (21 640) Unternehmen direkt und 2363 (3603) indirekt aus insgesamt 76 (68) Ländern beteiligten. Beansprucht wurde eine Brutto-Ausstellungsfläche von rund 1,5 (1,3) Mill. qm, wovon 1,2 (1,1) Mill. qm belegt waren. Das bedeutet einen Umschlag von fast 11,5 (13) mal der gesamten Hallenkapazität, die seit Februar 105 000 (82 500) qm beträgt. Insgesamt kamen zu den Veranstaltungen rund 1,9 (1,7) Mill. Besucher aus 102 (82) Ländern. Die Erweiterung des Hallenareals bezeichnete Marzin als absolut notwendig. Bei dem seit vielen Jahren zu kleinen Flächenangebot hätte nicht mehr lange ordnungsgemäß eine Messe durchgeführt werden können.

KATHOLISCHE UNTERNEHMER

Wende im Ruhrgebiet fällig

LEO SCHÜTZE, Essen

Führende Unternehmen der Ruhrwirtschaft sehen die Zukunft des Reviers keineswegs pessimistisch. Auf einer Arbeitskonferenz des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) in Essen legte der BKU Thesen und Perspektiven zu einer gemeinsamen Großveranstaltung mit den übrigen katholischen Sozialverbänden vor. Diese Veranstaltung findet am 17./18. März 1984 in der Merkator-Halle in Duisburg unter dem Motto „Gemeinsam für das Ruhrgebiet" statt.

Nach der politischen Wende in Bonn ist nach Auffassung des BKU eine geistige und wirtschaftliche Wende für das Ruhrgebiet fällig. Schwarzmalerei helfe nicht weiter. Die Misere käme wesentlich aus einem Politikversagen. Dr. Reinhart Bruder, Vorstandsmitglied der Thyssen-Niederrhein-AG, sieht eine positive Zukunft für die Stahlindustrie an der Ruhr, wenn wieder normale Marktverhältnisse für Stahl in Europa eingeführt werden.

Die Verzögerung des Ausbaus der Kernenergie habe sich belastend für die deutsche Stahlindustrie ausgewirkt. Die erhöhten Energiekosten haben zu einem Rückgang der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen geführt, was ihre Investitionskraft gehemmt habe. In einem Verbund von Kernwärme und Kohle, Stahl und Chemie sieht Hermann Josef Werhahn eine große Chance für das Ruhrgebiet.

Für die Industrie des Ruhrgebietes erwartet Dr. Breil, Sprecher des Vorstandes der Ruhrchemie AG, für das kommende Jahr eine reale Zuwachsrate von 2 Prozent. Dafür seien aber maßvolle Tarifabschlüsse in der kommenden Lohnrunde erforderlich. Der Bundesvorsitzende der BKU, Cornelius G. Fetsch, forderte eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen, insbesondere der mittelständischen, um sich am Markt zu behaupten und Arbeitsplätze erhalten zu können. In Gebieten mit extrem hoher Arbeitslosigkeit solle die Bundesanstalt für Arbeit ihr Vermittlungsmonopol verlieren. Ferner müsse die Probezeit bei Neueinstellung verlängert, die Möglichkeit zeitlich begrenzter Arbeitsverträge gegeben und der Abbau übertariflicher freiwilliger Leistungen überprüft werden.

Marktanteil ausgebaut

J. B. Hamburg

Die Philip Morris GmbH, München, hat sich nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Stefan Gunnarsson, auch 1983, dem Jahr des „Preiskriegs" auf dem deutschen Zigarettenmarkt, gut behauptet. Absatz, Umsatz und Marktanteil seien besser ausgefallen als erwartet, und wegen eines stabilen Exportgeschäfts stelle sich auch das finanzielle Ergebnis günstiger als befürchtet dar.

Im Inlandsgeschäft, so räumt Gunnarsson ein, habe Philip Morris jedoch nicht profitabel gearbeitet. Das heutige Preisniveau in Deutschland markiere die unterste Grenze dessen, was überhaupt noch vertretbar sei. Dem Unternehmen stelle sich für 1984 die Aufgabe, vor allem durch Ausweitung der Marktanteile und durch Kostensenkungen die unbefriedigende Ertragslage zu verbessern.

In einem ersten Überblick über das schwierige Geschäftsjahr 1983 gab Gunnarsson für den Inlandsabsatz eine Steigeung um 14 Prozent an. Damit dürfte Philip Morris mehr als 20 Mrd. Stück abgesetzt und den Marktanteil um etwa 2 Prozentpunkte auf rund 16 Prozent gesteigert haben. Einschließlich des um 30 Prozent ausgeweiteten Exportgeschäfts erreichte die Gesamtproduktion in den Werken Berlin und München rund 36 Mrd. Stück. Konkrete Angaben zum Umsatz machte Gunnarsson noch nicht. Durch die Preissenkungen dürfte der ohne Tabaksteuer erreichte Nettoumsatz jedoch um rund 3 Prozent auf etwa 630 Mill. DM zurückgegangen sein.

Wichtigster Umsatzträger blieb die Marke „Marlboro", die den Preiskampf, so Gunnarsson, glimpflich überstanden habe und seit Jahresmitte wieder im Aufwärtstrend liege. Mit der Billig-Marke „L & M" habe Philip Morris 1983 das lang angestrebte Strategieziel erreicht, sich ein zweites Bein auf dem deutschen Zigarettenmarkt zu schaffen. Die „L & M" zähle heute bereits zu den zehn größten deutschen Marken.

RENTENMARKT / Zum Wochenschluß Anzeichen für Stabilisierung der Renditen

Der Zinsanstieg hat sich fortgesetzt

Der Zinsanstieg hat sich bis zum Freitag fortgesetzt. Im Emissionsgeschäft haben die Renditen wieder ihren Höchststand vom September erreicht. Motor war die Aufwärtsbewegung der Zinsen in den USA, die sich auch in dem am Rentenmarkt mit Aufmerksamkeit verfolgten Anstieg des Dollarkurses niederschlägt. Zum Schluß machten sich zwar Anzeichen für eine Stabilisierung der Renditen am deutschen Markt bemerkbar; aber darauf gaben die Experten nicht allzuviel. Sie resultierte wohl nur aus dem Nachlassen des Angebots von Daueremittenten. (cd.)

Emissionen	9.12. 83	16.12. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	8,02	7,90	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,97	7,89	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,07	7,95	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,29	8,35	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,09	8,01	7,86	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,84	7,77	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,49	8,41	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,09	8,00	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,20	8,14	8,45	10,32	8,32

GERLING / Die Holding-Erträge sind gesunken

Konzern-Verlust abgebaut

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Gerling Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB), Köln, die Holding der Gerling-Versicherungsgruppe, weist für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) einen Jahresüberschuß von 21,4 (24,5) Mill. DM aus, von denen nach erneut 4,5 Mill. DM Rücklagendotierung 16 Mill. DM auf 140 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden. Aktionäre sind zu 51 Prozent die Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie GmbH, darunter mehrheitlich die Flick-Gruppe, und zu 49 Prozent Hans Gerling.

Das Ergebnis wird vor allem aus den Gesamterträgen von 63,6 (69,9) Mill. DM, darunter 15,3 (14) Mill. DM Zinserträge, den Beteiligungserträgen von 28,5 (38,6) Mill. DM aus der Mehrzahl der Konzern-Erst- und -Rückversicherungstöchter und aus den Gewinnabführungen von 6,6 (7,3) Mill. DM der in der Gerling-Konzern Welt-Versicherungs-Pool AG als Zwischenholding vereinigten Auslands-Töchter gespeist. Dazu kamen 1982/83 noch Erträge aus anderen Finanzanlagen von 7,2 (7,2) Mill. DM und 6 (2,7) Mill. DM an sonstigen Erträgen.

Dem stehen vor allem Personalaufwendungen von 29,1 (25,4) Mill. DM und Steueraufwendungen von 7 (14,7) Mill. DM gegenüber, die angesichts des Rückgangs der Beteiligungserträge auf die Hälfte zurückfielen.

Die Bilanz des GKB-Welt-Konzerns per Ende 1982 spiegelt die Ergebnisse des Kompositversicherers, der 1982 sein schlechtestes Jahr hatte, und – zeitversetzt – das verschlechterte Ergebnis des Haupt-Rückversicherers wider. Hier wird bei Brutto-Prämieneinnahmen von 4,4 Mrd.DM (plus 7,3 Prozent) und einem Nettoprämienaufkommen von 3,3 Mrd. DM (plus 6,5 Prozent) nach Zuführung von 8,3 (1) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung ein versicherungstechnischer Verlust von 188,4 (117,8) Mill. DM ausgewiesen. Die Verluste werden jedoch durch Erträge aus Kapitalanlagen und sonstigen Erträgen mehr als ausgeglichen, so daß der Jahresüberschuß auf 14,9 (0,6) Mill. DM gestiegen ist, die den Verlustvortrag auf 17,6 Mill. DM abbauen. Durch Rücklagendotierung von 6 Mill. DM ergibt sich ein Konzernverlust von 24 (16,7) Mill. DM.

NAMEN

Dr. Horst Pavel, der 32 Jahre dem Vorstand der Varta AG angehörte, vollendet am 20. Dezember das 75. Lebensjahr.

Dr. Joachim Teske, Wirtschaftsprüfer und Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, ist am 16. Dezember im Alter von 56 Jahren gestorben.

HORNSCHUCH / Nach erfolgreicher Sanierung Schritt an die Börse

1984 zehn Prozent Dividende erwartet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ein weiteres Mal leistet die Deutsche Bank Schrittmacherdienste, um ein Unternehmen an die Börse heranzuführen: Angeboten werden ab heutigem Montag 15 Mill. DM Stammaktien der Konrad Hornschuch AG, Weißbach/Württ., Hersteller so bekannter Kunststoff- und Kunstleder-Erzeugnisse wie „d-c-fix", „skai", „laif" sowie von Bett- und Tischwäsche (Marke „smail"). Der Preis beträgt 105 DM je 50-DM-Aktie mit voller Dividendenberechtigung für 19–4.

Die zum Kauf angebotenen Aktien werden in den geregelten Freiverkehr der Börsen in Frankfurt und Stuttgart eingeführt. Die Aktien, die fast die Hälfte des Hornschuch-Grundkapitals darstellen, sollen in weiteren zwei bis drei Jahren in den amtlichen Verkehr einbezogen werden. Großaktionär bei Hornschuch ist seit einem Jahr die Kunz-Gruppe, Gschwend/Württ., einer der größten Spanplatten-Hersteller. Kunz, der sich von diesem Engagement eine gegenseitige Befruchtung durch gemeinsame Forschung und weitere Synergieeffekte verspricht, reduziert im Zuge der Börsenplazierung seine bisherige rund 90prozentige Beteiligung am Hornschuch-Aktienkapital (30,8 Mill. DM) auf 51 Prozent. Dieser Anteil werde als Dauerbesitz betrachtet. Man habe sich darüber hinaus verpflichtet, die Aktien fünf Jahre lang nicht zu veräußern.

Hellmut Ballé, Direktor der Stuttgarter Filiale der Deutschen Bank, unterstrich vor der Presse, daß die Aktion zu einem Zeitpunkt stattfinde, an dem Hornschuch seine Ausschüttungsfähigkeit in der Zukunft noch unter Beweis stellen müsse. Nach gründlicher Prüfung sei man auf Grund der wieder geordneten Bilanzverhältnisse und der günstigen Perspektiven zu einem positiven Votum gekommen. Beginnend mit 1984 könnten Dividendenausschüttungen in der Größenordnung von mindestens 10 Prozent erwartet werden.

Das Weißbacher Unternehmen hatte zuletzt für 1974 eine Dividende von 8 Prozent gezahlt. In den Folgejahren war Hornschuch in tiefrote Zahlen geraten, wofür hohe Steuernachforderungen und eine Reihe anderer durch Mißmanagement ausgelöste Fehlentwicklungen ursächlich gewesen sind. In einer vierjährigen Sanierungsphase gelang es dem seinerzeit von Pegulan übergewechselten neuen Hornschuch-Vorstandsvorsitzenden Reinhard Merkle, das Unternehmen wieder auf festen Boden zu stellen. Für 1983 wird Hornschuch einen Jahresüberschuß ausweisen, der „deutlich über dem des Vorjahres" (0,2 Mill. DM) liegt. Der Zwischenabschluß zum 30. 9. 1983 weist einen Überschuß von 4,2 Mill. DM aus. Der Gewinn soll noch einmal ganz zur Verstärkung der Eigenkapitalquote, die Ende letzten Jahres bei 30,7 Prozent lag, herangezogen werden.

Für 1983 prognostiziert Merkle, der die Gesundung u. a. mit kräftiger Steigerung der Produktivität und der Entwicklung von Erzeugnissen mit hoher Wertschöpfung bewerkstelligte, einen Umsatz von 197 (Vorjahr: 200) Mill. DM. Die Exportquote liegt bei einem Drittel. Verstärkte Aktivitäten in Nordamerika (z. B. mit atmungsaktivem Kunstleder) eröffnen künftig zusätzliche Umsatzchancen. Drei Viertel des Umsatzes entfallen auf die Kunststoff-Division, ein Viertel auf die Textil-Division. Nach Investitionen von in diesem Jahr 6 (5,1) Mill. DM, denen 4,5 Mill. DM Abschreibungen gegenüberstehen, werden für 1984 bis zu 12 Mill. DM eingeplant, wobei erstmals wieder Kapazitätserweiterungen anstehen.

KATALONIEN

Als die wirtschaftliche Vorzeige-Region Katalonien im Jahre 1975 ihre Autonomie erhielt, wähnten sich viele am Ziel ihrer Träume. Inzwischen ist die Euphorie verflogen, weil Madrid im Alltag wieder einzusammeln versucht, was man feierlich und vertraglich konzedierte. Der Streit um das Ausmaß der Selbstverwaltung beschäftigt jetzt sogar das Verfassungsgericht. Wirtschaftlich blieben indes größere Probleme aus. Katalonien rüstet sich, Spanien auf EG-Niveau zu ziehen.

Nimmt die LOAPA der Region historische Privilegien?

Von MANUEL NUÑEZ

Jahrhunderte hindurch haben die Katalanen um ihre Autonomie kämpfen müssen. Die Sonderregierung in den dreißiger Jahren, nach dem Sturz der Monarchie und bis zum spanischen Bürgerkrieg, blieb nur eine kurze Episode. Erst nach dem Ende des Franco-Regimes im Jahre 1975 ging der Wunsch nach Eigenständigkeit in Erfüllung.

Die Euphorie der Anfangsphase hat sich inzwischen wieder gelegt. Es lassen sich nicht alle Vorstellungen von der Autonomie verwirklichen, weil Madrid durch sein Nachgeben Präzedenzfälle für die Bestrebungen anderer, nicht durch die historische Entwicklung legitimierter Regionen schaffen würde.

Heute regt sich in Katalonien sogar Argwohn über eine schleichende Beschränkung der Autonomie durch die Zentralgewalt. „Der Prozeß der Autonomie kommt nicht voran, sondern er ist rückläufig", erklärte Carlos Gasoliba. Er ist Abgeordneter der Nationalisten-Partei „Convergencia i Unio" (CiU) im spanischen Parlament, den Cortes.

Es geht um die Auslegung der Verfassung

„Die Regierung läßt den Regionen nicht genug Spielraum", befand auch der konservative Oppositionsführer Pedro Schwarz. „Madrid leidet an der Zwangsvorstellung, daß ohne seine Aufsicht schlimme Dinge in der Provinz geschen würden." Das sei schon möglich, räumte der Parlamentarier ein, aber die Regionalpolitiker müßten auch aus ihren Fehlern lernen.

Für die Zentralregierung reagierte der Unterstaatssekretär im Ministerium für Gebietsverwaltung, Andrés García de la Riva, mit der Feststellung: „Wir haben es mit einem Problem der Prioritäten zu tun. Dabei geht es um die Auslegung der Verfassung und der Autonomie-Statuten."

Das Schreckenskürzel für die Katalanen und andere nach Autonomie strebende Spanier lautet LOAPA. Dahinter verbirgt sich das „Gesetz zur Regelung und Harmonisierung des Autonomie-Prozesses". Es wurde von den Sozialisten und dem Zentrum ausgearbeitet und im Juni 1982 vom Parlament in Madrid verabschiedet.

Der Konflikt liegt auf der Hand: Während die Autonomie-Statute im Kern politische Vereinbarungen sind, die auf einem Konsensus der Parteien beruhen und für deren Anwendung guter Wille erforderlich ist, werden mit dem LOAPA legalistische Fesseln für eine restriktive Praxis der Autonomie angelegt.

Die Zentralregierung will auf diesem Wege die „eigenständigen Rechte" der regionalen Regierungen kassieren und die Vollmachten der Regionalparlamente beschneiden. Alle Gesetzgebung soll letztlich von den Cortes in Madrid ausgehen, auch wenn untergeordnete Parlamente in den Regionen diese betreffende Fragen entscheiden.

Verständlicherweise brachte das LOAPA die Nationalisten im Lande in Harnisch. Sie zogen vor das Verfassungsgericht und führten an, es stelle eine Verfassungsreform durch die Hintertür dar, und zwar mit der durchsichtigen Absicht, die Autonomie-Statute auszuhöhlen.

Daß ausgerechnet der Rechtsanwalt Tómas de la Quadra, der für die Sozialisten am Entwurf des LOAPA mitgearbeitet hatte, zum Minister für die Gebietsverwaltung ernannt wurde, hat die Nationalisten ebenso vor den Kopf gestoßen wie dessen Wahl einer Stellvertreterin, nämlich Maria Izquierdo, nach deren Meinung die Katalanen einen zu hohen Anteil an den Steuern für autonome Aufgaben erhielten.

Bisher hat das Verfassungsgericht in 18 von 19 anhängigen Verfahren wegen Autonomie-Disputen zugunsten der Zentralgewalt entschieden. In Sachen LOAPA hieß es nach Erhebung der Klage, die Richter seien unterschiedlicher Auffassung. Deshalb wurde nach einem Ausweg gesucht, der beiden Parteien in dem Verfahren die Möglichkeit zu einer Einigung eröffnete.

Der Tag, an dem die Katalanen im Spanischen Erbfolgekrieg ihre Sonderrechte verloren, der 11. September 1714, wird zur Mahnung für spätere Generationen als Gedenktag in Katalonien begangen. Mit dem Referendum vom 25. Oktober 1979 gewannen sie einen Teil der alten Autonomie zurück.

Catalunya – so die Gebietsbezeichnung in katalonischer Sprache – hatte die Römer und die Westgoten über sich ergehen lassen müssen, ehe es die Spanische Mark des Frankenreiches von Karl dem Großen wurde. Durch Heirat wurde Katalonien 1137 mit Aragon vereinigt. Als dann Aragon mit Kastilien zusammengeschlossen wurde, brachen in Katalonien (1640–59) Aufstände gegen die Zentralherrschaft aus.

Aus diesem Gegensatz nahmen die Katalanen im Spanischen Erbfolgekrieg für die österreichischen Habsburger Partei, was den siegreichen Bourbonen Philipp V. veranlaßte, die alten Privilegien abzuschaffen. In der Folgezeit blieb die katalonische Frage virulent.

Bevor 1932 die Generalidad de Cataluña geschaffen werden konnte, hatte sich die katalonische Bewegung in eine konservative Richtung, die Verwaltungsautonomie in einem starken Spanien wünschte, und einen radikalen Flügel mit separatistischen Bestrebungen gespalten. Dieser Separatismus wurde von Franco nach seinem Sieg im Bürgerkrieg unterdrückt.

Die Sprache: Kernstück kultureller Identität

Als Katalonisch nicht mehr als offizielle Sprache dieser Region verboten war, war es für Spanier aus anderen Landesteilen ein leichter Schock, in Barcelona in einer abweichenden Zunge angeredet zu werden. Für die Katalanen war ihre Sprache über alle Widrigkeiten der Geschichte hinweg das Kernstück ihrer kulturellen Identität und ihres eigenen Volkscharakters.

Katalonien macht zwar nur einen kleinen Teil des spanischen Territoriums aus (und ist etwa so groß wie Belgien), aber es zählt mehr als sechs Millionen Einwohner; das sind 16 Prozent der Bevölkerung Spaniens. Katalonien hat einen Anteil von 20 Prozent am gesamten Handel Spaniens und von 25 Prozent an seiner industriellen Produktion.

Während andere Regionen in sich selbst ruhen oder nach Madrid blikken, schaut Katalonien nach Europa und möchte ein Bindeglied zur EG sein. Nicht nur im Fußball existiert eine scharfe Rivalität zwischen Barcelona und Madrid. Die größten Reibungsflächen gibt es zwischen der Generalidad und der Zentralregierung.

Als die Katalonisierung der Behörden und des Unterrichtes vorangetrieben wurde, protestierten 2300 Intellektuelle in einem Manifest gegen diese Schulpolitik. Sie erinnerten daran, daß jeder vierte Bewohner Kataloniens in den vergangenen 25 Jahren dorthin – zumeist aus Andalusien – gekommen sei und nur wenig Katalonisch spreche.

Darauf reagierte die Regionalregierung mit der Einschätzung, daß noch etwa zwanzig Jahre vergingen, bis das Sprachen-Problem gelöst sein werde.

Im Modernismus setzte sich das Bürgertum Barcelonas ein ewiges Denkmal
FOTO: GERTRAUT BRACHAT – UMMER

NARCIS SERRA / Ziviler Katalane als spanischer Verteidigungsminister

Der Beifall stärkte seine Autorität

Die Ernennung des Katalanen Narcis Serra (39) zum spanischen Verteidigungsminister schien die heikelste Entscheidung von Ministerpräsident Felipe Gonzales bei der Zusammenstellung seines Kabinetts gewesen zu sein.

Auf die Militärs mußte Serra in doppelter Hinsicht wie ein rotes Tuch wirken: zum einen als Sozialist und dazu noch ohne geleisteten Wehrdienst, zum anderen als Katalane, da Leute jener Region bisweilen wegen ihres Autonomie-Strebens als Totengräber der Nation angesehen werden.

Für Serra kam es darauf an, mit großem Fingerspitzengefühl diese Aversionen zu überwinden, zumal seine Aufgabe darin besteht, die Armee als mögliche Bedrohung der jungen Demokratie zu neutralisieren. Das soll durch die Betrauung loyaler Offiziere mit Kommandogewalt an strategisch wichtigen Plätzen geschehen.

Aus Katalonien gebürtig, studierte er dort an der Universität Barcelona. Unter dem Franco-Regime wurde Serra wegen verbotener politischer Betätigung relegiert. Danach schloß er sein Studium der Volkswirtschaft an der London School of Economics ab.

Sein erstes bedeutendes öffentliches Amt übernahm Serra als Bürgermeister von Barcelona. Er rettete die Stadt vor dem bevorstehenden finanziellen Zusammenbruch, setzte trotz heftiger Auseinandersetzungen mit zwei örtlichen Gewerkschaften einschneidende Verwaltungsreformen durch und führte eine kompromißlose Kampagne gegen die Korruption in Barcelona.

Die Hauptstadt-Zeitung „El Pais" würdigte Serra als „einen Bürgermeister von Barcelona, der vom Bürgertum anerkannt und von den unteren Schichten bewundert wird." Obwohl er im Rathaus auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen war, die in vielen Gemeinden Spaniens die Sozialisten zum Regieren brachten, hielt er sie auf Distanz.

Den Ausschlag für seine Berufung zum spanischen Verteidigungsminister dürfte sein unverkrampftes Auftreten in einer delikaten Situation gegeben haben: An den pompösen Paraden zum „Tag der Streitkräfte" in Barcelona – wenige Wochen nach dem gescheiterten Putsch einiger Militärs im Februar 1981 – nahm er teil, ohne sich zu nationalistischen Tönen hinreißen zu lassen.

Der vollbärtige Minister mit dem starken Akzent seiner katalonischen Heimat besaß keinerlei militärische Erfahrung, als er das Verteidigungsressort übernahm. Inzwischen wird ihm bescheinigt, daß er sich gut hineingearbeitet habe und daß ein besseres Verhältnis zur Armeeführung bestehe als unter seinem Vorgänger der bürgerlichen Regierung.

Mit zwei Gesetzesvorlagen, die noch vor Jahresende in den Cortes beraten werden sollen, will Serra sowohl das Verteidigungsministerium reorganisieren als auch die Armee modernisieren. Spanien hat zu viele und zu gering bezahlte Soldaten. Die Verringerung des Mannschaftsbestandes soll mit einer Erhöhung der militärischen Schlagkraft einhergehen.

Als im Sommer rechtsextreme Manifeste zirkulierten und hochrangige Offiziere in der Zeitung „El Alcázar" eine Amnestie für die Putschisten von 1981 forderten, handelte Serra schnell und entschlossen. Ein Unterzeichner, Generalleutnant Fernando de Santiago, früher stellvertretender Ministerpräsident und heute ein führender Kopf weit rechtsstehender Militärs, wurde auf Anordnung Serras unter Hausarrest gestellt.

Der Beifall aus fast allen politischen Lagern stärkte die Autorität des sozialistischen Verteidigungsministers aus Katalonien. G. K.

GESCHICHTE

Zwei Sprachen und zwei Flaggen

Seit einigen Jahren wehen in Barcelona, dem geistigen, politischen und wirtschaftlichen Zentrum in Katalonien, wieder zwei Flaggen, die spanische (National-)Flagge und die Flagge von Katalonien.

Von 1939 bis 1975 war sie verboten. Erst die Nach-Franco-Politik gab den autonomen Regungen in Katalonien wieder eine Bedeutung. Denn was heute die spanischen Provinzen Gerona, Barcelona, Lerida und Tarragona bilden, war bis 1714 und von 1932 bis 1939 die autonome Region Katalonien. Der Status ging 1714 verloren, als kastilische Truppen Barcelona eroberten. Katalonien verlor seine eigene Sprache, Kultur und politische Eigenständigkeit.

In der Nach-Franco-Zeit erhielt die Autonomie-Bewegung neue Triebkraft und konnte sich auch politisch durchsetzen. Das Autonomie-Gesetz ist sichtbares Zeichen dafür.

Historischer Anknüpfungspunkt für die katalonische Bewegung ist die mittelalterliche Blütezeit der unabhängigen katalano-aragonesischen Konföderation, die bis ins 15. Jahrhundert politisch, kulturell und wirtschaftlich das ganze westliche Mittelmeer dominierte. Dazu gehörten auch die katalonischen Königreiche Valencia und Mallorca, die sich zwar eigene Regenten hielten, aber sich kulturell und ethnisch als Einheit verstanden. Katalanen trieben in dieser Zeit Handel in Gent, Brügge, London und anderswo.

Das „Consulat del Mar" bestimmte die Handelsbräuche und herrschte von Tunis bis nach Sizilien. Der Niedergang setzte dann durch soziale Konflikte im 15. Jahrhundert ein. Katalonien verlor nach und nach seine beherrschende Stellung, wurde dann 1714 selbst als autonome Macht aufgelöst.

Katalonien hatte den Fehler begangen, sich auf die Seite der Engländer und Österreicher zu schlagen, während Kastilien mit dem (siegreichen) Frankreich im Spanischen Erbfolgekrieg verbündet war. Diese Bündnispolitik hatte bis in die Gegenwart Folgen und hat nicht unerheblich zur Krisenpolitik um Katalonien beigetragen. Erst die Nach-Franco-Zeit gab den Katalanen wieder etwas von ihrer alten Selbständigkeit.

Sichtbarstes Zeichen für diese Entwicklung sind die eigene Fahne und die Lehre der eigenen Sprache.

Das historische Territorium umfaßt rund 60 000 km² und umfaßt Andorra, Valencia, Balearen und die südfranzösische Provinz Roussillon. Mit Ausnahme von Andorra ist Katalanisch, eine romantische Sprache, nirgendwo offiziell anerkannt. Daher wird in Katalonien neben Katalonisch Spanisch gesprochen und gelehrt.

Nach einer Regierungsbefragung in Katalonien gaben rund 94 Prozent der Einwohner an, recht gut ihre alte Sprache verstehen zu können. Aber nur ein Drittel aller Einwohner können es auch schreiben. JAN WILD

Stadt nationalistischer Avantgarde

Von PASQUAL MARAGALL

Es gibt Städte, die rund um die Macht entstanden sind, die sich bildeten als Antwort auf ihre Ansprüche. Und es gibt Städte, die rund um den Handelsaustausch entstanden und lebten, die wuchsen, nach außen hin offen, dank der konstanten Bereicherung, die der Kontakt über den Handel mit sich bringt.

Barcelona ist eine Stadt, die im Schutze der Transaktionen wuchs, welche ihr das Mittelmeer und seine Grenzlage zum restlichen Europa einbrachte. Es war daher die soziale Klasse, die sich um den Handel kümmerte, die Bourgeoisie, die der Stadt ihren Charakter aufprägte. Aber nicht eine Bourgeoisie, die unbeweglich, konservierend auf Kosten von Pfründen lebte, sondern eine Bourgeoisie mit Erneuerungsdrang, Offenheit, Unternehmungsgeist; eine soziale Klasse, die auf Grund ihrer Arbeit reich wurde und die sich um eine kulturelle Umwelt bemühte, als sie sich ihrer wachsenden Macht bewußt wurde.

Persönlichkeit der Stadt

Ein weiteres Merkmal, das sich dieser Beschreibung der Persönlichkeit der Stadt anschließt: Barcelona ist die Hauptstadt Kataloniens, eines Volkes, das im Verlaufe seiner Geschichte größte Schwierigkeiten durchmachen mußte, um seine nationale Identität zum Ausdruck zu bringen; und die Hauptstadt ist der Schmelztiegel in dem die jahrhundertealten kulturellen und politischen Ansprüche geschmiedet wurden, welche die gemeinschaftlichen Elemente des historischen Werdeganges dieser Stadt darstellen.

Diese beiden Faktoren waren entscheidend im Aufkommen und Entwicklung einer künstlerischen, sehr charakteristischen Bewegung, die an der kulturellen und politischen Entfaltung teilnahm und teilnimmt. In der Tat, der Modernismus entstand in Katalonien – fast ausschließlich in Barcelona – wie eine Bewegung der Avantgarde, nationalistischen Gepräges, angespornt von der gelehrten Bourgeoisie.

Und all dies innerhalb eines globalen Gefüges der kulturellen Rückeroberung – der „Renaixança", einbezogen in einen umfassenderen Rahmen wohl differenzierter politisch-kultureller Züge – der „Noucentisme".

Aber obwohl es sich um eine künstlerische Bewegung handelte, angetrieben von einer Gruppe, die sich als Elite bezeichnen konnte, hatte die Verwendung der geschaffenen Werke markant praktischen Charakter; dies war einer der Existenzgründe: der Bau oder die Anlage von Raum für öffentlichen Nutzen, mit eigener Persönlichkeit, die zudem eine Neuerung darstellen mußte und klassische Schemata durchbrechen sollte.

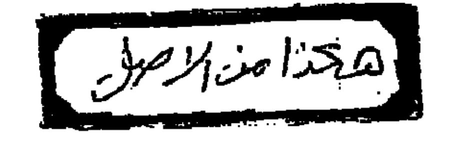
So hinterließ ein Architekt, ein Künstler wie Antonio Gaudí, jenen herrlichen Güell-Park, die Natur in all ihren Formen beanspruchend, sie an einen Funktionalismus anpassend, wie ihn eine Stätte, die der öffentlichen Muße dienen soll, haben muß. Oder die Sagrada Familia, erhabener, noch unvollendeter Tempel, oftmals repräsentativ für den katalonischen Nationalismus.

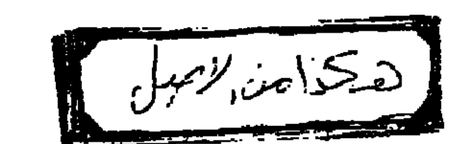
Modern gesinnter Geist

Und ein anderer großer Architekt, Domènech i Montaner, Autor des Palau de la Musica Catalana, wo sich oftmals über den Chorgesang die Ansprüche des Volkes, das einer Diktatur unterworfen war, artikuliert haben. Oder die öffentlichen Märkte, denen man in Barcelona den Namen „Plazas" gibt, vielleicht weil sie einen ganz besonderen Treffpunkt neben ihrer Geschäftsfunktion darstellen.

Der Modernismus hat auf die Ästhetik und auf das Empfinden von Barcelona so viel Einfluß ausgeübt, wie es die Bourgeoisie getan hat, die ihm den Anstoß gab. Der Charakter dieser Stadt, so offen, läßt sich recht gut zusammenfassen in seinem modern gesinnten Geist, einem gastfreundlichen, kosmopolitischen und progressistischen Geist.

PASQUAL MARAGALL ist Bürgermeister von Barcelona





WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG / Das Fehlen der Schwerindustrie erwies sich als Glücksfall

Mit Mittelbetrieben flexibel geblieben

Katalonien ist die spanische Provinz, die wirtschaftlich am weitesten vorangekommen und dieses bezieht sich nicht nur auf das Entwicklungstempo in den vergangenen beiden Jahrzehnten, sondern auch auf die industrielle Breite. Aber auch der Dienstleistungssektor hat in den vergangenen zwanzig Jahren immer mehr an Gewicht gewonnen. „In Katalonien gibt es nichts, was es nicht gibt." Dieses ist sicherlich übertrieben. Aber dieses Wort eines spanischen Händlers, der sein Büro in Madrid hat, spiegelt doch etwas von der Bedeutung Kataloniens für Spanien wider.

Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich die Firmen dieser Region traditionell auch nach Norden orientieren. Daher wurde hier der bevorstehende Beitritt zur Gemeinschaft stets befürwortet.

Zwar wird dieses Ereignis, für das der endgültige Termin nach dem Scheitern des Athener EG-Gipfels immer noch nicht genau feststeht, wobei nach wie vor der 1. Januar 1986 angepeilt wird, auch nicht ohne Folgen für die Betriebe bleiben können. Aber Sachkenner in Barcelona versprechen sich von diesem Stahlbad einiges. Sie glauben, daß schließlich die Wirtschaft daraus gehärtet hervorgehen wird.

Was wird nach Athen?

Sie sprechen von einer weiteren heilsamen Anpassung. Und gewandelt hat sich die Wirtschaft Kataloniens in den vergangenen Jahren bereits in erheblichen Maße. Eine Zahlenreihe verdeutlicht auch die wirtschaftliche Stärke Kataloniens im spanischen Verbund: Auf sechs Prozent der Fläche mit rund 16 Prozent der Bevölkerung entsteht hier mehr als 20 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Selbst die Landwirtschaft wurde in den vergangenen Jahren schon mit dem Blick auf einen späteren Beitritt zur EG modernisiert und wettbewerbsfähiger gemacht.

Dabei spielt zu Beginn der achtziger Jahre die Landwirtschaft eigentlich nur noch eine untergeordnete Rolle in dieser Region. 1962 waren noch 15,4 Prozent der Beschäftigten in Katalonien in der Landwirtschaft tätig, während es damals im Durchschnitt Spaniens noch 37,2 Prozent waren. Bis 1971 war diese Quote in Katalonien auf 10,6 und im spanischen Durchschnitt auf 27,4 Prozent gesunken. Zu Beginn der achtziger Jahre waren es in Katalonien sogar nur noch 6,7 Prozent. Im gesamten Land lag die Quote mit 18,6 Prozent nahezu dreimal so hoch.

Dabei hat sich während dieser Zeitspanne das Gewicht der Industrie nicht mehr verändert, gemessen an dem Anteil der Beschäftigtenzahlen ist es sogar leicht gesunken. Zwischen 1962 und 1981 ist der Anteil derjenigen, die einen Arbeitsplatz in der Industrie haben, an der Gesamtbeschäftigung leicht von 40,6 auf 39,2 Prozent gesunken. Die überdurchschnittliche Industrialisierung Kataloniens zeigt sich auch daran, daß während dieser Zeit die entsprechende Quote für Gesamt-Spanien nur von 24,5 auf 27,3 Prozent zugenommen hat. Kaum aus der Reihe fällt bei dieser Betrachtung die Bauwirtschaft. Vor zwanzig Jahren waren bei ihr in Katalonien 8,3 Prozent, jetzt 9,2 Prozent der Beschäftigten registriert. Im gesamten Land stieg die Quote von 7,4 Prozent auf neun Prozent.

Erhebliche Gewichtsgewinne konnte der Dienstleistungssektor sowohl in Katalonien als auch im Durchschnitt des Landes erreichen. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen spielt er heute bereits eine größere Rolle als die Industrie, wobei sich hier der Einfluß und die steile Zunahme des Tourismus widerspiegelt. Heute finden in Katalonien 44,7 Prozent der Beschäftigten in Dienstleistungsbetrieben ihr Brot. 1962 waren es erst 35,1 Prozent. Im Landesdurchschnitt wurde sogar eine Zunahme von 30,7 auf 45 Prozent registriert.

Rund ein Viertel der spanischen Industrieproduktion kommt aus Katalonien. Vor dem zweiten Ölpreisschock hat sie in erheblichem Umfang von der guten wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Landes profitiert. Die Hauptindustriezweige in dieser Region sind die chemische und petrochemische Industrie, die Zementproduktion, Maschinen- und Fahrzeugbau, Druckindustrie und die Herstellung von Textilien und Schuhen. Die Textilindustrie ist der älteste Zweig, die Autoindustrie ist relativ neu, am modernsten ist die Elektronikindustrie, die auch in dieser Region vertreten ist.

Rund 70 Prozent der spanischen Textilproduktion stammt aus Katalonien. Abgesehen von der Bauwirtschaft sind diese Betriebe die wichtigsten Arbeitgeber. Aber hier sind bis zum Beitritt noch erhebliche Anpassungen notwendig, wenn die Betriebe in dem dann härter werdenden Wettbewerb bestehen wollen. Die Pläne zur Verbesserung der Produktivität sind trotz der weltweiten Krise in diesem Bereich in den vergangenen Jahren bereits angelaufen.

Stark mit Chemie

Die Textilindustrie war auch der Grund, daß sich in dieser Region eine chemische Industrie angesiedelt hat. Rund ein Drittel der spanischen Chemie hat ihren Sitz in Katalonien. Dieses hat auch zum Aufbau einer gewissen pharmazeutischen Industrie im Umfeld der internationalen Chemie-Konzerne geführt, die sich nach dem zweiten Weltkrieg hier angesiedelt haben. Die petrochemische Industrie, die vor allem in der Umgebung von Tarragona zu Hause ist, hat dort bereits zu erheblichen Umweltproblemen geführt. Aber auch damit hoffen die Katalanen fertig zu werden.

Im Maschinenbau ragt die Automobilindustrie hervor. In Barcelona ist der älteste SEAT-Betrieb, der auch international einen guten Ruf hat. Hierherum haben sich eine große Zahl von Zulieferunternehmen angesiedelt. Diese arbeiten aber auch für den größten katalonischen Konzern, Motor Iberica. Dieser stellt Lastwagen, Traktoren, Jeeps und Dieselmaschinen her.

Hoch entwickelt sind in Barcelona aber auch die Druckindustrie und das Verlagswesen. Nahezu ein Drittel aller spanischen Publikationen werden hier gedruckt und verlegt. Dieser Bereich ist sehr exportorientiert, wobei traditionell Lateinamerika im Mittelpunkt des Interesses steht.

Aber selbst die Spitzentechnologie soll hier in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen. Mit der Elektronik wurde der Anfang gemacht. Weitere Bereiche sollen hinzukommen.

Was zunächst als Hemmnis angesehen wurde, hat sich in den letzten Jahren als ein Glücksfall erwiesen, nämlich das Fehlen einer nennenswerten Schwerindustrie. Die Stahlkrise konnte daher auch nicht auf Katalonien übergreifen. Die Stahlindustrie findet sich im Baskenland und in Asturien. Dazu haben die Kohle- und Erzvorkommen neben dem Angebot an Elektrizität aus Wasserkraftwerken beigetragen. Die baskischen Häfen sind für den Umschlag von Rohstoffen auch geeigneter als die Kataloniens. Daher verfügt diese Provinz auch über keine nennenswerten Werften.

Überhaupt: Die katalonische Wirtschaft wird nicht durch einige wenige Großbetriebe geprägt, sondern durch die Vielzahl kleinerer und mittlerer Firmen. Angesichts der angeborenen Flexibilität der Katalanen liegt hier ein Grund für die Stärke und Widerstandskraft der Unternehmen.

Ein Problem ergibt sich allerdings dadurch, daß viele Betriebe sehr arbeitsintensiv sind und gegründet wurden, als die Löhne noch vergleichsweise sehr niedrig waren. Einigen fehlen jetzt die Mittel, um die notwendigen Anpassungen vornehmen zu können. Trotzdem: Die katalonische Wirtschaft wurde von der Rezession der vergangenen Jahre auch hart getroffen, aber es hätte schlimmer kommen können, wie der Blick auf andere Provinzen zeigt.

Zwar gilt Katalonien als reiche Provinz. Aber innerhalb gibt es erhebliche Unterschiede. Das Gefälle von der Küste zum Landesinneren ist erheblich. Der Küstenstrich profitiert nicht nur vom Tourismus, sondern hier liegen auch Barcelona und Tarragona mit ihren Häfen und dem industriellen Umland.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Fast der gesamte Landverkehr zwischen Frankreich und Spanien läuft an der Küste entlang. Von den vier Provinzteilen Barcelona, Gerona, Lerida und Tarragona schneidet daher Lerida am schlechtesten ab. Hier dominieren der Getreideanbau und die Olivenproduktion.

In Barcelona und seinen Vororten leben allein rund 70 Prozent der Bevölkerung Kataloniens. Die stürmische Entwicklung hat hier zu den bekannten weltweiten Problemen geführt – angefangen von einer ungeplanten Besiedlung über die Umweltprobleme bis hin zum unzureichenden Verkehrsfluß. Daraus folgt, daß eine der Hauptzukunftsaufgaben in den nächsten Jahren in einem weiteren Ausbau der Infrastruktur liegen wird. Dieses wurde erkannt, und es wurde auch bereits damit begonnen.

Gerade wenn der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vollzogen sein wird, dürfte sich der Warenaustausch und damit auch die Belastung des Straßennetzes noch weiter erhöhen.

HANS DACHS

Auf einen Blick

FLÄCHE
31 900 km²

GEBIET
Teilgebiet des spanischen Staates, das zwischen den Pyrenäen, dem Mittelmeer und dem Unterlauf des Ebro ein annähernders Dreieck bilden, territorial in die vier Provinzen Gerona, Barcelona, Tarragona und Lerida aufgegliedert ist. Seit Sommer 1979 Autonomiestatut, das der regionalen Administration erhebliche Kompetenzen zugesteht.

BEVÖLKERUNG
Die Katalanen bilden eine eigenständige homogene Rassen- und Sprachengruppe.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Wirtschaftliche Paraderegion Spaniens. Die Industrie konzentriert sich im wesentlichen auf das Küstengebiet um die Zentren Barcelona und Tarragona. Die Textilindustrie verarbeitet hauptsächlich Baumwolle; Wollspinnereien und -webereien finden sich vor allem in Barcelona. Infolge der Ansiedlung ausländischer Betriebe in Katalonien entwickelte sich eine bedeutende eisenschaffende und -verarbeitende Industrie (Verarbeitung nordspanischer und importierter Erze, u. a. Automobil-, Lokomotiv- und Maschinenbau). Daneben Papier-, Möbel- und chemische Industrie, Lederverarbeitung sowie Nahrungsmittelindustrie. Wirtschaftlich von immer größerer Bedeutung ist der Fremdenverkehr, der an der katalonischen Küste (Costa Brava und Costa Dorada) konstanten Zuwachs verzeichnet.

WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Königlich Spanische Botschaft, Schloßstraße 4, 5300 Bonn, Tel.: 02 28 / 21 70 94.
Spanische Generalkonsulate in:
1000 Berlin 30, Lichtensteinallee 1, Tel.: 0 30 / 2 61 60 81.
2800 Bremen, Schwachhauser Ring 124, Tel. 04 21 / 34 40 90.
4000 Düsseldorf, Homberger Straße 16, Tel.: 02 11 / 43 47 77.
6000 Frankfurt 1, Gutleutstraße 45, Tel.: 06 11 / 25 10 13.
2000 Hamburg 13, Mittelweg 37, Tel.: 0 40 / 44 36 20.
3000 Hannover, Wedekindstraße 32, Tel.: 05 11 / 31 59 17.
8000 München 81, Oberföhringer Straße 45, Tel.: 0 89 / 98 76 72.
7000 Stuttgart, Lenzhalde 61, Tel.: 07 11 / 22 50 91.
Spanisches Fremdenverkehrsamt: 4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 81, Tel.: 02 11 / 37 04 67.





Monotone Silobebauung für den Tourismus ist kein Muß, Castello Circle Rosas/Gerona. Foto: Wolf Tillmanns

6000 Frankfurt, Steinweg 5, Tel.: 06 11 / 28 27 82.
2000 Hamburg 1, Ferdinandstraße 64–68, Tel.: 0 40 / 33 07 87.
8000 München 2, Oberanger 6, Tel. 0 89 / 26 75 84.
Amtliche Spanische Handelskammer für Deutschland, Schaumainkai 83, 6000 Frankfurt 70, Tel.: 06 11 / 63 80 31.
Spanische Eisenbahnen, Generalvertretung, Gereonstraße 25–29, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21 / 13 56 07.
IBERIA, Westendstraße 12, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 72 82 54.

IN SPANIEN
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Calle de Fortuny 8, Madrid 4, Tel.: 0 03 41 / 4 19 91 00.
Generalkonsulat in Barcelona, Paseo de Gracia 111, Barcelona 8, Tel.: 0 03 43 / 2 18 47 50.
Deutsche Handelskammer für Spanien, Hauptgeschäftsstelle, Paseo de la Castellan 18, Madrid 1, Tel.: 0 03 41 / 2 75 40 00.
Deutsche Handelskammer für Spanien, Geschäftsstelle Barcelona, Calle Corcega 301–303, Barcelona 8, Tel.: 0 03 43 / 2 18 82 62.

Spaniens größtes Automobilunternehmen, die Seat-Werke, schicken dieser Tage ihren ersten eigenen Wagen, einen Seat-Seat, wie Präsident Juan Miguel Antonanzas in einem Gespräch mit der WELT sagte, auf den internationalen Automobilmarkt. „Der Wagen wird Ibiza heißen, das verbindet gerade viele Deutsche mit Erinnerungen an einen hoffentlich glücklichen Urlaub der Balearen-Insel." Und das entspricht auch den Charakteristiken dieses schnellen, modernen Wagens, der mit den letzten Raffinessen der Automobilindustrie ausgestattet ist.

Neuer Seat-Partner (nach Fiat) ist seit 1982 das deutsche Volkswagenwerk. Nach einem Jahr der Zusammenarbeit sagte Antonanzas: „Wir suchten uns einen guten Sozius, der uns Technologie und Märkte auch für unsere eigene Produktion erschließt und sichert. Mit Volkswagen haben wir in beiden Richtungen Erfolg. Nach einem Jahr der Zusammenarbeit mit VW stellen wir fest, daß wir kommerziell und industriell gut vorankommen: VW konnte seinen Verkauf in Spanien mit Hilfe unserer Verkaufsorganisation verdoppeln.

GESPRÄCH MIT SEAT-PRÄSIDENT JUAN MIGUEL ANTONANZAS

Nach Leidenszeit zum Break-even-Point

Dies ist die kommerzielle Seite unseres Vertrages, bei der wir das größte Verkaufsnetz im Lande bieten und bei dem nunmehr Seat in ganz Spanien mit dem Namen Volkswagen und Audi verbunden bleibt. Die industrielle Zusammenarbeit sieht die Produktion von Passat, Santana und Polo im Seat-Werk Landaben bei Pamplona vor. Zuerst bauen wir einen in allen Teilen deutschen Wagen auf einer der modernsten, vielleicht überhaupt der modernsten Montagestraße Europas; sie gehört uns. Später rollt der Wagen mit 45 Prozent in Spanien fabrizierten Einzelteilen aus der Halle."

Der Seat-eigene Wagen Ibiza, dessen Motor in Zusammenarbeit mit Porsche entwickelt wurde, wie wird der produziert? Präsident Antonanzas: „Auch hierbei nutzt uns die Zusammenarbeit mit VW, und zwar auf technologischem Gebiet. Wir werden die Produktion rationalisieren in der Weise, daß zum Beispiel die gleichen Farbkabinen für den Passat und für den Ibiza genutzt werden. So können wir unsere Kapazität voll nutzen."

Drei der vier Seat-Fabriken befinden sich in Katalonien. Im Superlaboratorium, dem technischen Forschungs- und Entwicklungszentrum



Zufrieden mit Partner VW
Seat-Chef Antonanzas Foto: DW.

von Seat in der Nähe von Matorell, wurde der künftige Ibiza entwickelt. Gebaut wird dieser Wagen vor allem in Barcelona selbst in direkter Nähe neben vielen Zulieferungsfabriken. „In alten Hallen gewiß, aber mit den neuesten Autorobot-Maschinen, die es auf dem Markt gibt. In Prat entstehen Getriebe, die Motoren werden in Matorell gebaut."

Wenn jetzt die spanische Schwerindustrie einem streng restriktiven Sanierungsplan unterworfen wird, dann kann Seat-Präsident Antonanzas voller Genugtuung feststellen: „Wir haben diesen Prozeß bereits hinter uns. Während einer Leidenszeit von drei Jahren reduzierten wir den Stand der Beschäftigten von 32 500 Menschen auf heute 24 800 Personen. Gewiß ein sehr schmerzhafter Prozeß, bei dem wir fast 30 Prozent der Mitarbeiter entlassen mußten, und zwar auf allen Ebenen – auch auf der obersten.

Wir können jetzt jedoch unsere Kapazitäten voll nutzen und werden vielleicht schon Ende 1984 bei einer Produktion von 400 000 Wagen insgesamt – also VW und Seat – den Break-even-Point erreichen. Und dann werden auch die Zeiten der roten Zahlen für unsere Gesellschaft abgeschlossen sein."

Die vernünftig angesetzten Verkaufserwartungen lassen die gesteckten Ziele auch erreichbar erscheinen, wenn Seat einen noch fälligen Überbrückungskredit von der staatlichen Holding INI erhält. Andererseits deutet gerade die Verbindung mit der ehrgeizigen Regierung, die Erfolge vorzeigen muß, eine Garantie für die letzten Hilfestellungen.

„In Deutschland verkauft Alfred G. Kutschnereit unseren Ibiza – und zwar ausschließlich – mit einem eigenen Verkaufsnetz und eigenen Ersatzteillagern in 170 Städten. Wir wollen aber ein Kleiner in Deutschland bleiben, so daß die enge Zusammenarbeit mit VW nicht gestört werden kann. Ich denke deshalb, daß Volkswagen und Seat schon in den nächsten Jahren einer zweiten Etappe der noch engeren Zusammenarbeit entgegengehen. Mehr will und kann ich noch nicht sagen." ROLF GOERTZ

SEKT / Nach der Champagner-Methode

Zu Unrecht unbekannt

Spanien ist mit 25 Millionen Hektolitern Wein pro Jahr nach Frankreich und Italien der drittgrößte Weinerzeuger der Welt. Die Anbaufläche ist mit 1,5 Millionen Hektar sogar die größte der Welt. Einen erheblichen Anteil hat Katalonien. Dennoch sind die Weine und Sekte aus Katalonien weit weniger bekannt als zum Beispiel Sherry (aus Andalusien) und Rioja im Norden Spaniens. „Ganz zu Unrecht", meint Weinkenner und Weinimporteur Enrique Kasten vom „Vino Club" in Hamburg (2 Hamburg 50, Schützenstraße 89).

Da ist Penedes oder wie die Spanier sagen, Panades. Dieses Gebiet südlich von Barcelona erzeugt Massen von Weißweinen, der in den Sektkellerein von San Sadurni de Noya und Codorniu geht.

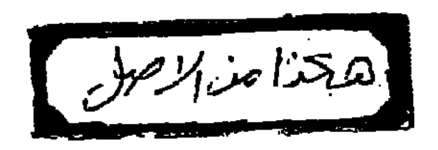
Der Weinanbau in Penedes hat eine lange Tradition. Schon die Phönizier brachten rund 700 Jahrhunderte vor Christi Geburt die ersten Rebstöcke mit ihren Schiffen an das Land, deren Küsten vom Mittelmeer begrenzt werden.

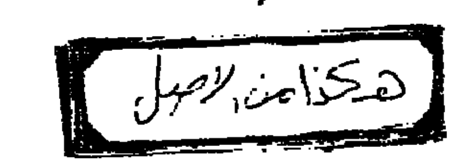
Heute ist El Penedes eine üppige Realität mit über 50 000 Hektar, von denen rund 20 000 Hektar nur für den Anbau einer Rebsorte bestimmt wurden. Der unterschiedliche Anbau verschiedener Rebsorten in den übrigen Gebieten hat eine Variation von lieblichen Weinen ergeben.

Besonders berühmt sind die „Cavas", Sekt (Cava = Criado en Cava, im Keller geboren) nach der Champagner-Methode. Der Hamburger Importeur Enrique Kasten empfiehlt Sekt aus Katalonien: „Der Schaumwein aus Katalonien zeichnet sich durch ein hochfeines Aroma, durch die innige Verbindung der Hefe mit dem Wein und besonders zarte Perlung aus. Nicht zu vergessen der Preis pro Flasche. Bei gleicher Qualität liegt er etwa bei einem Drittel eines französischen Champagners.

JAN MEHRER

KATALONIEN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg





Pankraz, Darwin und das Ende eines Dogmas

Im Frühjahr erst war das englische Original erschienen, jetzt liegt schon eine vorzügliche deutsche Übersetzung und Bearbeitung vor (im S. Fischer Verlag in Frankfurt). Die Sache muß wichtig sein, und sie ist es tatsächlich. Es handelt sich um Gordon Rattray Taylors Buch „The Great Evolution Mystery", das den Theorien des Darwinismus und Neodarwinismus endgültig den Garaus zu machen scheint. In der angelsächsischen Kritik jedenfalls herrscht Beerdigungsstimmung. Ein gewaltiges Wissenschaftsdogma, das die Naturwissenschaft fast so exklusiv beherrscht hat wie einst der Marxismus die Soziologie, wird zu Grabe getragen, und die Angehörigen, sprich: die Biologen und Philosophen, sind sich der Feierlichkeit des Augenblicks durchaus bewußt.

Nun ist es beileibe nicht so, als habe Taylor als erster seine antidarwinistischen Zweifel angemeldet, im Gegenteil, er hat sich viel Zeit gelassen, ist über der Abfassung des Manuskripts gestorben. Sein Werk erscheint aus dem Nachlaß, und es enthüllt die ganz allmähliche Bekehrung eines ursprünglichen Darwinisten, der – als guter Wissenschaftler, der Taylor war – die lawinenartig anwachsende Fülle der Einwände gegen die Theorie aufmerksam registriert und schließlich vor ihr kapituliert. Gerade der Duktus der Bekehrung angesichts einer Fülle unwiderlegbarer Beweise macht das Buch so eindrucksvoll. Taylor zählt im wesentlichen nur auf, schildert in luzidester Weise Experimente, Fakten und Einsichten, aber alle diese Einsichten laufen darauf hinaus, daß Darwin gar nicht recht gehabt haben kann und daß es höchste Zeit wäre, seine Theorie zu verabschieden.

Darwin und noch mehr die in seinem Gefolge schwimmenden Darwinisten und Neodarwinisten gingen davon aus, daß die Evolution des Lebens und die Entfaltung der Arten sich ganz allmählich und in winzigsten Schritten vollziehe, und zwar durch den Mechanismus von Mutation und Selektion. Zufällige Mutationen des Genoms, des Vererbungsapparats, würden im Hinblick auf die Überlebensfähigkeit und bessere Anpassung einer Art entweder ausgemerzt oder weitervererbt, so daß sich das Genom und mit ihm der Phänotyp, das Erscheinungsbild des lebendigen Einzelwesens, verändere und „nach oben" weiterentwickle. Einen Einfluß des Verhaltens des Individuums auf die Mutationen gebe es nicht; diese seien, wie gesagt, „ganz und gar zufällig", und auch die diversen Formen des Lebendigen seien im Grunde zufällig, von niemandem gewollt und von niemandem gesteuert.

Das von Taylor zusammengetragene Material belegt nun, daß keine einzige der darwinistischen Grundannahmen im Lichte der neuen Forschungen mehr haltbar ist. Die Evolution geht nicht allmählich vor sich, sondern sie macht riesige Sprünge, wobei die bessere Anpassung an sogenannte „ökologische Nischen" sehr oft oder sogar meistens nicht die dominierende Rolle spielt. Arten, die in leibgeschneiderten Nischen wie Gott in Frankreich leben könnten, machen sich auf, um äußerst lebensfeindliche Biotope zu besetzen, die von ihnen ein Höchstmaß von „gewollter" Veränderung erfordern. Einmal erreichte Anpassungen werden immer wieder preisgegeben, und andererseits kommt es vor, daß bestens angepaßte Populationen, ganze Artengeschwader, gleichsam über Nacht zusammenbrechen und vom Erdboden verschwinden.

Im Genom selbst herrscht keineswegs jene schöne Informationslogik, die man von einer exakt funktionierenden Codierungsmaschine erwarten dürfte. Je weiter die Genforschung fortschreitet, desto überraschendere, verwirrendere Erkenntnisse gewinnt man. Es gibt Gene im Gen und sogenannte „springende Gene", die ihre DNS an den verschiedensten Orten einschieben, ganze Mutationspulks also bewirken, ohne daß der Phänotyp etwas davon merkte. Es gibt „Gen-Repressoren", die die ihnen unterstellten Gen-Kompanien über lange Zeiträume ausschalten, um sie dann um so eifriger zur Aktivität freizugeben, die auch Millionen und Abermillionen von Informationen zurückzuhalten scheinen, so daß von einer biederen „Selektion" à la Darwin nicht die Rede sein kann.

Man fragt sich bei alledem, wieso es den Darwinisten gelingen konnte, ihr Dogma so lange aufrechtzuerhalten. Gewiß, der Darwinismus war – wie der Marxismus – kein gewöhnliches wissenschaftliches Paradigma, er galt bei vielen als Wissenschaftsparadigma schlechthin, als Bollwerk gegen ungeprüfte Metaphysik und Pfäfferei. Auch stimmt es, was Taylor in seinem Buch zur Erklärung anführt: Der Triumph der Pfaffen angesichts der neuen Fakten war so laut und schadenfroh, daß viele Biologen nun aus Trotz keine Zugeständnisse machten und ihre eigenen Zweifel lieber hinunterschluckten. Als Erklärung genügt das jedoch nicht. Wäre ein neues, die neuen Erkenntnisse plausibel deutendes Paradigma vorhanden, würden sich auch die trotzigsten Zweifler früher oder später unter seine Fahne stellen.

Aber gerade das ist die Kalamität: Es gibt kein neues, dem Darwinismus in seiner Abgerundetheit vergleichbares Paradigma. Die Biologen sehen sich in der gleichen Lage wie die Teilchenphysiker und die Gesellschaftswissenschaftler: Die alten, mechanistischen, auf Totalität ausgerichteten Weltbilder sind zerbrochen, und an ihre Stelle ist kein neues Weltbild getreten, sondern es werden nur immer neue Teilchen entdeckt, immer neue, sich teilweise widersprechende Evolutionsfakten, immer neue menschliche und tierische Verhaltensweisen, immer neue Geheimnisse des Kosmos und des Lebens.

Sollten wir deshalb vielleicht von vornherein auf die Bildung von Großtheorien, auf die Suche nach „Weltformeln" verzichten? Pankraz hielte das nicht für richtig. Der Mensch ist ein Ganzheitsseher, er will sich einen Vers aufs Ganze machen. Nur sollte er sich dabei Zeit lassen und sich der Zeitlichkeit seiner Weltbilder stets bewußt bleiben.

Pankraz

Phönikische Raritäten im Rheinischen Landesmuseum Bonn: Deutsche Archäologen in Libanon

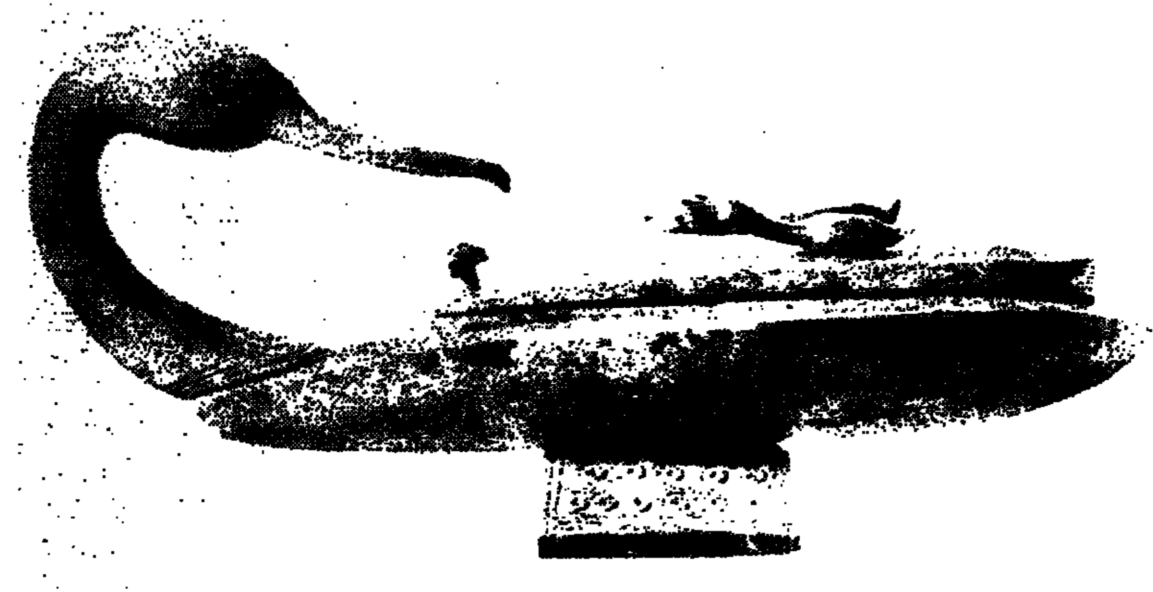
Die Notizzettel des Königs von Kumidi

Frühjahr 1983. Das deutsche Archäologen-Team unter der Führung Rolf Hachmanns arbeitet sich mühsam von Beirut aus auf vielen Umwegen zum südlichen Ostrand der Bekaa-Ebene durch. Als man schließlich am Ziel ist – der Tell (Hügel) Kamid el-Loz, wo man seit 20 Jahren einen über 3500 Jahre alten phönikischen Stadtstaat ausgräbt –, findet man die „Stellung" besetzt. Aufgeschüttete Wälle. Sandsäcke. Schützengräben. In 300 Meter Entfernung ein syrisches MG-Nest. Wer denkt da noch an archäologische Grabung?

Aber so unerfreulich der Anlaß für das solchermaßen erzwungene Ende der Grabungskampagne auch sein mag, historisch hat er Symbolcharakter für die Region. Schon in der Bronzezeit konnte sich ein einheitlicher Staat zwischen Ägypten und Mesopotamien nicht halten. Die mächtigen Nachbarn ließen Konkurrenz schlicht nicht zu. Die Phöniker, in denen man heute gern die Väter Libanons sieht, mochten ein noch so erfolgreiches Seefahrer- und Händlervolk sein, kulturell hoch entwikkelt – politisch waren sie aufgesplittert in eine Vielzahl von Stadtstaaten und regionalen Fürstentümern, Vasallen zumeist und untereinander zerstritten.

Diese politische Struktur, die einem bunten Flickenteppich gleicht, erschwert die historische Kenntnisnahme. Über das phönikische Wirken im ersten vorchristlichen Jahrtausend ist man noch relativ gut informiert. Die Gründung von Kolonien im gesamten Mittelmeerraum hat Zeugnisse hinterlassen. Und die berühmteste phönikische Gründung, Karthago, hat schließlich Geschichte gemacht. Aber davor? Die materielle Hinterlassenschaft der Phöniker des zweiten vorchristlichen Jahrtausends liegt unter den neuen Trümmern von Beirut, unter den Hochäusern von Sidon oder sonst unter modernen Überbauungen. Lediglich in der Küstenstadt Byblos gruben die Franzosen Früheres aus. Aber es blieb ohne Vergleiche, ohne den sichernden Kontext.

Da war es denn schon ein Glücksfall, daß der deutsche Archäologe A. Kuschke ausgerechnet im libanesischen Hochland, der Bekaa-Ebene zwischen den Gebirgszügen Libanons und Antilibanons, zwei Tagesmärsche von der Küste entfernt, im Jahr 1954 unweit des unbedeutenden Dörfchens Kamid el-Loz frühphönikische Siedlungsspuren entdeckte. Seit 1963 hat dann Rolf Hachmann von der Universität Saarbrücken hier gegraben.



Die Schönheit des Augenblicks: Phönikische Pyxis aus Elfenbein in Form einer Ente, aus der Bonner Ausstellung FOTO: KATALOG

Der Zufall wollte es, daß man schon bald einen Königspalast und eine Tempelanlage entdeckte. Und ein historisches Unglück vervollständigte noch das Glück der Saarbrükker Archäologen: Ein Erdbeben hatte um 1300 v. Chr. den Königspalast zerstört, die Bewohner heimgesucht mitten im Alltag. Eine der drei gefundenen Leichen trug noch die kostbare goldene Kette am Hals.

Schon der Ort selbst überraschte die Forscher, galt doch das Hinterland des libanesischen Küstenstreifens bislang eher als kulturelles Niemandsland. Dennoch hat der Fundort – zur Freude der Forscher nicht überbaut und kaum geplündert – natürlich seine verkehrsgeographische Logik. Das Stadtkönigreich, das inzwischen mit einiger Sicherheit als Kumidi (aus altägyptischen Quellen bekannt) identifiziert wurde, lag am Kreuzungspunkt zweier alter Straßen. Die eine führte von Sidon aus nach Damaskus, die andere von Ägypten nach Syrien. Es war der Sitz ägyptischer Statthalter, die sich gleichwohl nicht immer uneingeschränkter Loyalität zu den fernen Pharaonen befleißigten. Wider alle Einflüsse setzte man sich in Phönikien mit eigenen Kulturleistungen durch.

Die Funde von Kamid el-Loz erhärten zweifellos die Revision, die das Phöniker-Bild in letzter Zeit erfahren hat, auch wenn sie nicht wieder zurückführen zur Phönikien-Euphorie des 19. Jahrhunderts. Die Kostbarkeiten von Elfenbein-Schmuck über Schrifttafeln bis zu Kinderspielzeug, die zur Zeit als Zwischenbilanz der Grabungen im Rheinischen Landesmuseum Bonn ausgestellt sind (als Ausstellungsorte folgen noch München, Hamburg, Berlin, Tübingen und schließlich Saarbrücken), sind nicht durch ihre Quantität, wohl aber durch ihre Qualität und Seltenheit außergewöhnlich.

Fremde Einflüsse und Eigenleistung lassen sich etwa an den zahlreichen Elfenbeinschnitzereien ablesen. Da ist zum Beispiel die Figur eines sitzenden Mannes (?). Der Hockertyp stammt aus Mesopotamien, die Sitzhaltung mit auf die Knie gelegten Händen sowie die Gestaltung der Haare sind eindeutig ägyptisch. Aber welch ein Leben strahlt diese Figur aus! Sie lächelt. Sie ist von rundlicher Fülle. Die Hände sind völlig entspannt. Die Füße krümmen sich haltsuchend in den Boden. Das ist nicht die entrückte Hoheit und Idealität des alten Ägypten, sondern heitere Diesseitigkeit.

Sogar bei einer Ente, deren Leib als Schmuckschatulle gedient hat, ist bei aller Stilisierung beschwingte Diesseitigkeit das Ziel. Der Hals und der Schnabel sind in geschwungenen Wellenlinien zurückgebogen zum Rücken, auf dem mit aufgerissenen Schnäbeln zwei Entenküken sitzen, als würden sie über die Jahrtausendwende hinweg noch hungrig nach Futter schreien. Die Augenblickssituation ist das Charakteristikum dieser Kunst.

Weitaus entscheidender als Beweis kultureller Eigenleistung der Phönikier zwischen Mesopotamien und Ägypten aber ist die Weiterentwicklung der Schrift. Zwischen Keilschrift und Hieroglyphen, die sich nicht auf die Lautzeichen reduzierten, entstand im phönikischen Raum zwischen Byblos und Tyros ein Linear-Alphabet aus geometrischen Zeichen. Diese altphönikischen Buchstaben fand man nun auch in Kamid el-Loz, kurze Aufzeichnungen, Notizzettel, Registriervermerke. Sie erlauben – das ist das Besondere – eine ziemlich genaue Datierung in die späte Bronzezeit, also ins 13. Jahrhundert vor Christus.

Kamid el-Loz wird seine weiteren Schätze nun wieder eine Weile zurückhalten. Ein neuer Krieg gefährdet die alte Kultur. Aber schon, was der Boden bislang preisgab, öffnet geschichtliche Perspektiven (bis 21. Jan., Katalog 20 Mark).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Renaissance des Seeräuber-Films: Mel Damskis „Dotterbart" und F. Fairfax' „Insel der Piraten"

Mit rauchenden Pistolen durch die Takelage

Mit geblähten Segeln, die schwarz-weiße Totenkopf-Flagge am Mast, zogen die Piratenschiffe über die sieben Meere, zum Schrekken der Handelsschiffahrt und der Kolonien. Den Säbel an der Seite, ein Mädchen im Arm und ein Siegerlächeln im Gesicht – so porträtierte der Film diese Helden der Ozeane. Jahrzehntelang bevölkerten der „Rote Korsar" und der „Schwarze Korsar", „Captain Blood" und „Morgan der Pirat" die Leinwand. Erroll Flynn und Douglas Fairbanks jun., Burt Lancaster und Yul Brynner sind nur einige der berühmtesten Darsteller, die pistolenschwingend durch die Takelagen der Filmkulissen kletterten.

Doch eines Tages ging dem Genre des Piratenfilms, ähnlich wie dem Western traditioneller Machart, die Luft aus. Die Hollywood-Piraten mußten ihre Segel streichen. Nun aber scheint es, als feierte das einstmals so beliebte Genre ein Comeback. Denn Hollywood hat den Piratenfilm aus der Versenkung gehoben. Gleich zwei Seeräuber-Abenteuer kommen in diesen Tagen in unsere Kinos, die zumindest eines gemeinsam haben: Im Mittelpunkt stehen die haarsträubenden Erlebnisse der Männer mit ihren segelnden Kisten.

Ansonsten aber ist der gemeinsame Nenner von Mel Damskis Parodie auf das würdige Genre Piratenfilm, „Dotterbart", und Ferdinand Fairfax' Seeräuber-Drama im klassischen Stil, „Die Insel der Piraten", äußerst klein. In Damskis komödiantischen Film wirkt eine Fülle berühmter Komiker mit: Den wilden Seeräuber Dotterbart, auf dessen Schuldkonto mehrere tausend gemeuchelter Männer und geschwängerter Frauen gehen, spielt Monty-Python-Mitglied Graham Chapman, den schurkischen Verräter Moon mimt Mel-Brooks-Liebling Peter Boyle, und den Piratentrottel vom Dienst, Gilbert, verkörpert Marty Feldman, der während der Dreharbeiten zu dieser Groteske gestorben ist.

In „Dotterbart" dreht sich fast alles um einen mysteriösen Schatz, den der Ganove Moon dem Ganoven Dotterbart geraubt und irgendwo versteckt hat. Dotterbarts Trachten geht dahin, sich an Moon zu rächen und seinen Goldhort aus der Tiefe des Meeres zurückzuholen. Jede Menge Spione freilich setzen sich auf seine Fersen und belauern ihn.

Liebhaber von verrückten Filmen à la Monty Python kommen bei diesem Machwerk, in dem erbarmungslos über Captain Blood und Co. hinweggezogen wird, voll auf ihre Kosten. Wer aber als Freund klassischer Seeräuber-Dramen in einer Verulkung des Piratenfilms eine blasphemische Handlung sieht, der sollte „Dotterbart" besser meiden und sich lieber „Die Insel der Piraten" anschauen. Denn das ist ein Film, der getreulich im Fahrwasser des traditionellen Piratenfilms schwimmt, dabei aber keinesfalls nur ein langweiliger Abklatsch großer Vorbilder ist.

Ferdinand Fairfax stammt aus dem Land, aus dem einst die berühmtesten Piraten und Freibeuter kamen, aus England. Seinem Debutfilm merkt man an, daß der frischgebakkene Regisseur offensichtlich ein großer Freund von allem ist, was mit der Seefahrt und auch dem Piratentum zusammenhängt. Mit viel Tempo, Witz, Spannung und schönen Bildern von fernen Inselwelten und Segelschiffen erzählt Fairfax die Geschichte eines Liebespaars, das durch die finsteren Machenschaften eines bösen Seeräubers auseinandergerissen wird. Der Bräutigam, ein Jüngling namens Nate (Michael O'Keefe), versucht, die ihm geraubte Liebste (hinreißend hübsch die Neuentdeckung Jenny Seagrove) zurückzugewinnen. Unterstützt wird er dabei von einem „guten" Piraten (Tommy Lee Jones), der wie weiland Erroll Flynn als Robin Hood der Meere agiert und Schiffe nur deshalb beraubt, um die Armen ringsum in der Karibik mit seiner Beute zu beglükken.

Fairfax hat seine Liebeserklärung an den Piratenfilm aus vielerlei bunten Mustern zusammengestrickt. Neben aufregenden Verfolgungsjagden, Kämpfen zu Wasser und zu Lande, einem deutschen Kanonenboot, das in diesem Zeitalter, da die Teeclipper noch die Meere „bevölkerten", wie ein Science-fiction-Monster wirkt, bösen Sklavenhändlern und eingeborenen Kannibalen gibt es auch viele Szenen fürs romantische Gemüt. Daß der Held zum Schluß seine Braut heil in die Arme schließen darf, ist bei einem solchen Drama selbstverständlich.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Hamburg: Th. Braschs „Mercedes" im Malersaal

Hänger für Oi und Sakko

Deutsche Erstaufführung von Thomas Braschs „Mercedes" im Hamburger Malersaal. Vor sechs Wochen hatte die Züricher Uraufführung so unbefriedigt gelassen, daß ein Beobachter resümierte, dieses jüngste Stück des 1976 aus der „DDR" exilierten Schriftstellers habe seine eigentliche Uraufführung noch vor sich (vgl. WELT vom 7. November). Jetzt in Hamburg zeigt sich das wahre Dilemma. Der beim zügigen Lesen durchaus charmant-chaotisch wirkende Text offenbart auf dem Theaterboden unter beißendem Scheinwerferlicht unüberwindbare Schwächen. Die gekonnt hingehauenen, kaltschnäuzigen Stakkato-Dialoge der beiden jugendlichen Streuner Oi und Sakko, die – Mercedes-vernarrt – einander an der Autobahn aufreißen, werden von lähmenden Monologen, die irgendwo zwischen Hölderlin und Heiner Müller vagieren, immer wieder fatal zur Strecke gebracht.

Gesamtergebnis des Versuchs, wie es im Stück selbst heißt: Unschärfe. Urs Troller, der die inhomogene Szenenfolge fürs Hamburger Schauspielhaus im Malersaal der Kampnagelfabrik herausbrachte, suchte vergeblich, auf Gegenkurs zu gehen. Er siedelte das aggressive Renkontre der Gelegenheitsdiebin Oi mit dem Arbeitslosen Sakko nicht in einem Irgendnirgendwo, sondern an einem nachprüfbaren Ort, einer Autobahnausfahrt auf der Autobahn Hamburg–Flensburg an, die dem Betrachter durch eine Fensterscheibe als Fixpunkt bis zum tödlichen Finale erhalten bleibt. Das eröffnet dem Publikum natürlich gute Identifizierungsmöglichkeiten, ebenso wie die im schwarzen Dernier cri der Straße gehaltenen Kostüme der Protagonisten. „Time is a stranger" dröhnt es aus dem Cassettenrecorder zu diesen „Variationen über Zeit- und Regellosigkeit".

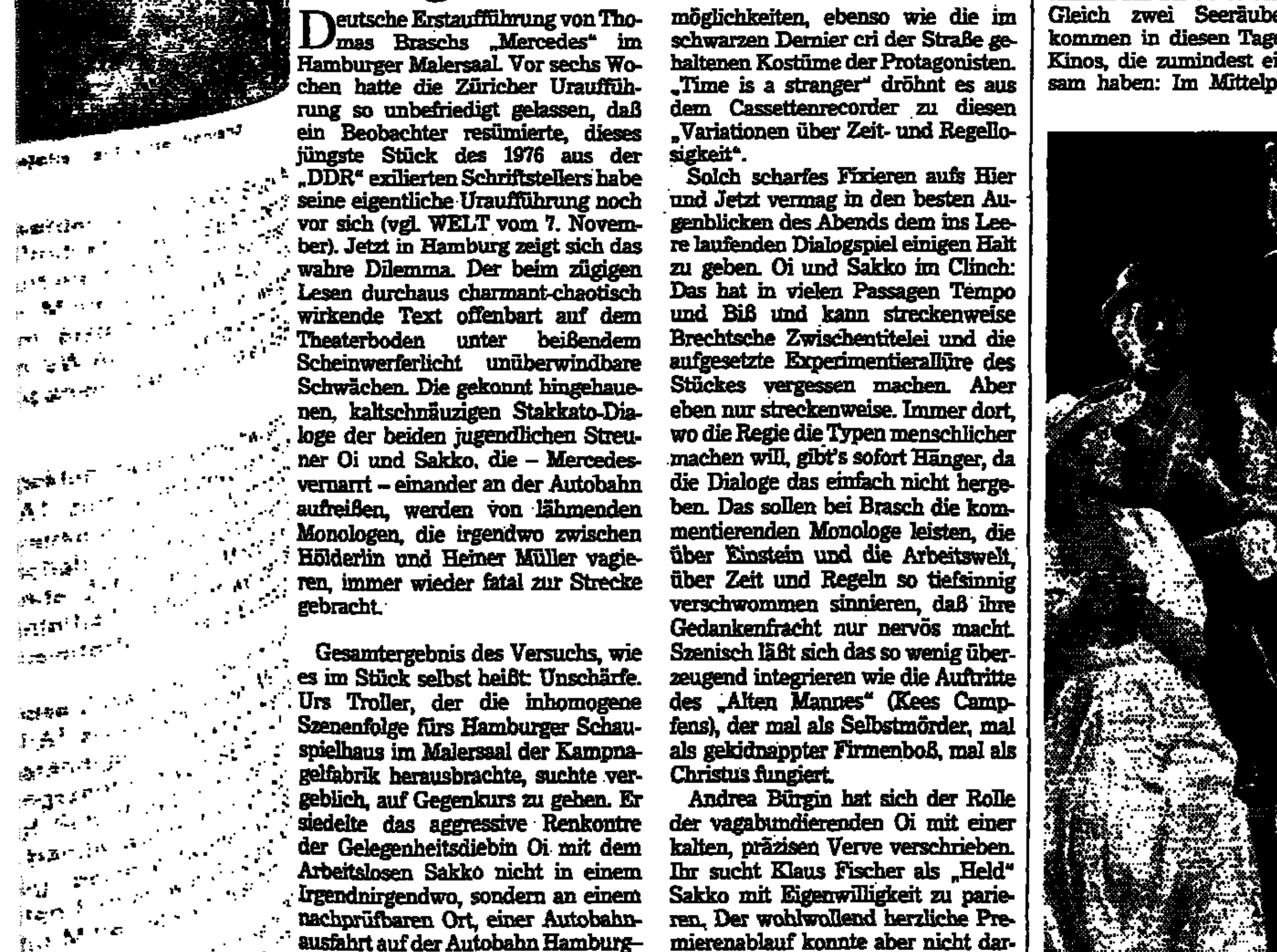
Solch scharfes Fixieren aufs Hier und Jetzt vermag in den besten Augenblicken des Abends dem ins Leere laufenden Dialogspiel einigen Halt zu geben. Oi und Sakko im Clinch: Das hat in vielen Passagen Tempo und Biß und kann streckenweise Brechtsche Zwischentitelei und die aufgesetzte Experimentierallüre des Stückes vergessen machen. Aber eben nur streckenweise. Immer dort, wo die Regie die Typen menschlicher machen will, gibt's sofort Hänger, da die Dialoge das einfach nicht hergeben. Das sollen bei Brasch die kommentierenden Monologe leisten, die über Einstein und die Arbeitswelt, über Zeit und Regeln so tiefsinnig verschwommen sinnieren, daß ihre Gedankenfracht nur nervös macht. Szenisch läßt sich das so wenig überzeugend integrieren wie die Auftritte des „Alten Mannes" (Kees Campfens), der mal als Selbstmörder, mal als gekidnappter Firmenboß, mal als Christus fungiert.

Andrea Bürgin hat sich der Rolle der vagabundierenden Oi mit einer kalten, präzisen Verve verschrieben. Ihr sucht Klaus Fischer als „Held" Sakko mit Eigenwilligkeit zu parieren. Der wohlwollend herzliche Premierenablauf konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses „Mercedes"-Stück bei Mercedes zur Überarbeitung noch einmal auf die Werkbank zurückgeschickt worden wäre.

KLARE WARNECKE

Gebremste Rückkehr der Buffa: „Liebestrank" in Düsseldorf und im Revier

Im Suff ein Angriff mittels Mistgabel



Otto Schenk bringt's nicht ganz: Szene aus der Düsseldorfer Aufführung von Donizettis „Liebestrank" FOTO: PIERLIN

Zufall oder Trend, an zwei aufeinanderfolgenden Tagen brachten Düsseldorfs Deutsche Oper am Rhein und Gelsenkirchens Musiktheater im Revier Gaetano Donizettis Oper „Der Liebestrank" heraus. Im Trend liegt sicher, daß die italienische Buffa bei uns der deutschen Spieloper immer mehr Terrain abgewinnt. Sie ist dankbarer zu singen, die meist ausländischen Sänger brauchen sich nicht mit deutschsprachigen Dialogen abzuquälen.

Wenn aber beide Produktionen – ja immerhin an wichtigen, hochmögenden Instituten erarbeitet – kaum befriedigen können, dann hat man wohl dieses Buffa-Genre noch nicht richtig im Griff. Dabei schien doch zumindest Düsseldorf optimal vorgesorgt zu haben: Mit Otto Schenk als Regisseur und Alberto Erede am Pult hätte für subtile Komik auf der Bühne und für authentische italienische Oper im Graben gesorgt sein sollen. Aber Erede, der kürzlich seinen 75. Geburtstag feierte, neigt inzwischen doch allzusehr zu schleppenden Tempi, und, schlimmer noch, die Ensembles liefen ihm fast regelmäßig aus dem Ruder. Otto Schenk hingegen hatte sich zwar von Bert Kistner stimmungsvolle Bühnenbilder, von Gabriele Frey höchst geschmackvolle Kostüme entwerfen lassen, aber bei der Personenregie fiel ihm doch nichts anderes ein als Zweitausgaben des Sketcheschmiedes Schenk.

Peter Kupke in Gelsenkirchen ging weniger lässig-charmant an das Stück heran. Aber viel bewirkt auch er nicht, wenn er versucht, Details stärker herauszupräparieren. Ein Nemorino, der von Belcores Soldaten gefesselt und sich selbst überlassen wird, nachdem er im betrunkenen Kopf einen Angriff mit der Mistgabel gegen seinen Rivalen versucht hat, ist wohl doch eine Übertreibung.

Aber von der Inszenierung hängt der Erfolg einer Donizetti-Oper ja zum wenigsten ab. Auf den Gesang kommt es an. Und damit sieht es an beiden Häusern nicht gut aus. Denn hier wie dort hat man mehr nach den Klischees der Spieloper besetzt als nach den Stimmfächern, für die Donizetti komponierte. Die Adina ist nun einmal für einen lyrischen Sopran geschrieben, während Audrey Michael in Düsseldorf und Christine Whittlesey doch eindeutig dem Soubretten-Typus entsprechen. Da fehlt es an Farbe, da blühen die Melodien zu wenig auf. Allein mit Spiellaune und einer kecken Beweglichkeit der Stimme ist der Adina nicht beizukommen.

Die Rheinoper vertraut den Nemorino und damit den Ohrwurm des „Una furtiva lagrima" Janos B. Nagy an, einem recht metallischen Zwischenfach-Tenor, der ausgerechnet seine Romanze noch mit einigen veristischen Drückern aufzuwerten versucht. Das darf natürlich nicht sein. Hier ist ein Tenore di grazia gefordert, der pure, gefühlvolle Kantilene produziert. Das ist Scot Weir in Gelsenkirchen zwar von der Stilistik her auf recht vorbildliche Art, aber da hapert es doch ganz einfach am Stimmaterial. Weder Zenon Kosnowski noch Wlodzimierz Zalewski bringt für den Dulcamara die übers Buffo-Juxen hinausgehenden Basso-cantante-Qualitäten mit, so daß man sich bei den Sängern in beiden Produktionen an den Belcore halten muß. Dabei schneidet dann Tord Wallström am „Musiktheater" noch ein gutes Stück besser ab als Thomas Hampson an der Rheinoper. Wobei Gelsenkirchen dank Manfred Mayrhofer am Pult das Rennen um Donizetti ohnehin schon gewonnen hat. Denn Agilität und Schwung der Musik kommen unter seinen Händen in volle Fahrt.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Film-Berlinale bietet „Mittelmeer-Panorama"

dpa, Berlin

Die 34. Internationalen Filmfestspiele Berlin finden vom 17. bis zum 28. Februar 1984 statt. Ein besonderer Akzent wird im Rahmen der Informationsschau durch ein „Mittelmeer-Panorama" gesetzt. Etwa 22 Filme aus verschiedenen Ländern dieser Region werden gezeigt. Auch im Wettbewerb werden die Mittelmeerländer stark vertreten sein. In der Reihe Neue Deutsche Filme werden unter anderem die neuen Filme von Herbert Achternbusch, Percy Adlon, Alexander Kluge, Hans Noever und Doris Dörrie gezeigt. Auf der Berlinale '84 werden auch fünf Filme von Alfred Hitchcock gebracht, die nach 20 Jahren wieder in die Kinos gelangen sollen. Die Retrospektive wird vermutlich zu einem Teil Ernst Lubitsch gewidmet sein. Das Internationale Forum des Jungen Films hat bisher Filme aus den USA, Frankreich, Holland, Schweden, Angola, Japan und Mexiko eingeladen. Schwerpunkte beim Forum werden neue Beispiele ethnographischer Filmarbeit sowie Filme über Tango-Musik sein.

Älteste Kunst der Welt in der Dordogne

AFP, Perigueux

Die mit 25 000 Jahren ältesten bisher bekannten Kunstwerke sind in einer Höhle in der französischen Dordogne entdeckt worden. Die Felswände der Grotte sind mit Zeichnungen vom Mammuts, Pferden und Steinböcken bedeckt. Die Höhle wurde von den prähistorischen Künstlern offenbar auch bewohnt. Sie liegt unter einem vor mehreren Jahren geschlossenen Kalksteinbruch bei Perigueux und wurde nach einem Erdrutsch von einem Amateur-Höhlenforscher entdeckt. Die frühzeitlichen Darstellungen sind älter als alle bisherigen Entdeckungen dieser Art. Die Felsmalereien in der Grotte von Lascaux, der berühmtesten der etwa 120 bekannten prähistorischen Höhlen in Frankreich, werden von Wissenschaftlern auf ein Alter von 14 000 Jahren taxiert.

Filmvorhaben mit Prämien ausgestattet

dpa, Bonn

Fünf Spielfilmvorhaben aus der zweiten Hälfte dieses Jahres werden vom Bundesinnenministerium mit Prämien von jeweils bis zu 250 000 Mark gefördert. Nach Mitteilung des Ministeriums sind dies: „Zwei Schwestern" (Regie und Drehbuch: Harun Farocki), „Kinderkreuzzug" (Regie und Drehbuch: Eberhard Fechner), „Lieber Karl" (Regie: Maria Knilli, Drehbuch: gemeinsam mit Wolfram Paulus), „Yerma" (Regie und Drehbuch: Imre Gyöngyössy und Barna Kabay) und „Flügel und Fesseln" (Regie und Drehbuch: Helma Sanders). Neben diesen Spitzenreitern wurden von den 252 vorgelegten Projekten noch eine Reihe anderer Filmvorhaben mit Prämien versehen.

Köln zeigt Werke des Bildhauers G. Kohl

DW. Köln

Mit Gottfried Kohl aus Freiberg in Sachsen stellt die Galerie Boisserée in Köln einen Bildhauer der mittleren Generation aus der „DDR" vor. Kohl, 1921 geboren, gehört nicht zu der mit Nationalpreisen geehrten Spitzengruppe der „DDR"-Bildhauer. Er hat zahlreiche Aufträge für öffentliche Plätze (Brunnen, Denkmäler, Reliefs) ausgeführt. Daneben stehen Kleinbronzen von Menschen und Tieren. Außerdem werden Zeichnungen gezeigt, die sich nicht auf plastische Arbeiten beziehen. Die Ausstellung ist in Köln noch bis zum 20. Januar zu sehen. Anschließend wird sie in der Bremer Galerie in der Böttcherstraße gezeigt. Der Katalog kostet 15 Mark.

Domagk-Preis für Krebsforscher

dpa, Münster

Der mit jeweils 10 000 Mark dotierte „Gerhard-Domagk-Preis" für 1982 und 1983 wurde Privatdozent Dr. Lutz Gißmann vom Hygiene-Zentrum der Universität Freiburg und Privatdozent Dr. Peter Langhans von der Chirurgischen Uni-Klinik in Münster zuerkannt. Der nach dem münsterischen Nobelpreisträger Domagk (1939) benannte Förderpreis wird von der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität (Münster) in unregelmäßigem Zeitabstand für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung vergeben.

Kunst am Bau an die Deutsche Bundespost

DW. Bonn

Mit der „Kunst für Postbauten" beschäftigt sich eine Broschüre, die jetzt vom Postministerium in Bonn herausgegeben wurde. An unterschiedlichen Beispielen wird darin vorgeführt, wie sich die Bundespost bei ihren Gebäuden der Forderung nach „Kunst am Bau" stellte. Es handelt sich dabei sowohl um die Gestaltung der Innenräume mit Kunstwerken als auch um den Schmuck der Fassaden und Vorplätze.

Das Wochenende der Katastrophen: 82 Tote in Madrid, 13 in Amsterdam, 35 bei Genua

Soldaten starben auf dem Weg zum Fußballspiel

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Wahrscheinlich 35 Menschenleben hat ein schweres Autobusunglück am Sonntagmorgen auf der Autobahn Sestri Levante – Genua, kurz hinter der Ausfahrt Genua-Nervi gekostet. Ein mit Marinesoldaten besetzter Pullmann-Bus stürzte von einer Autobahnbrücke 70 Meter in die Tiefe und schlug, nachdem er einige Häuser gestreift hatte, in einem Garten auf.

Nur vier überlebten

Der Bus war um sieben Uhr morgens vom Marinemunitions-Depot Aulla bei La Spezia in Richtung Turin abgefahren. Als Passagiere waren 34 wehrpflichtige Matrosen des Jahrganges 1964 angemeldet, die zum Fußballspiel Juventus Turin – Inter Mailand fahren wollten. Außerdem befanden sich zwei Unteroffiziere, ein Wachmann und zwei Fahrer an Bord. Ob sich die Zahl der vorgesehenen Passagiere in letzter Minute noch vergrößert oder vermindert hat, konnte bisher nicht geklärt werden. Bis Sonntag nachmittag waren noch nicht alle Opfer aus den Trümmern des abgestürzten Busses geborgen.

Bei den Insassen haben jedenfalls nur vier überlebt. Die Rettungsmannschaften hatten neun Verletzte aus den Trümmern gezogen. Fünf davon starben aber noch auf dem Transport ins Krankenhaus. Die anderen vier schweben in Lebensgefahr. Einer von ihnen berichtete nach seiner Bergung, er erinnere sich, „Was machst du, was machst du! Achtung!", gerufen zu haben. Und er fügte hinzu: „Ich wußte nicht, ob es ein Traum war."

Sturm und Regen die Ursache?

Der Bus war gegen 8.15 Uhr bei stürmisch-regnerischem Wetter auf der Autobahnbrücke offensichtlich ins Schleudern geraten. Er hatte erst die rechte Leitplanke der rechten Fahrbahn gestreift, dann die linke durchbrochen, war auf die Gegenfahrbahn geraten und von dort nach 20 Metern in die Tiefe gestürzt.

Nach dem schweren Unfall erging über den italienischen Rundfunk der Aufruf an die Bevölkerung, wegen des stürmischen Wetters mit starken Schnee- und Regenfällen alle nicht unbedingt notwendigen Autofahrten in Nord- und Mittelitalien zu unterlassen.



Die erst vor wenigen Monaten neueröffnete Diskothek „Alcala 20" brannte völlig aus – die poppige Kunststoffausstattung wurde den meisten der Gäste zum Verhängnis. FOTO: AP

Die schillernde Welt des „Alcala" wurde zu einer tödlichen Falle

Wurden mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen den Opfern von Madrid zum Verhängnis?

ROLF GÖRTZ/DW. Madrid

Ein Fluch scheint auf der spanischen Hauptstadt zu lasten. Mindestens 82 Menschen kamen bei dem Brand in der größten Discothek von Madrid, dem „Alcala 20", ums Leben. Erst vor 14 Tagen gab es bei zwei Flugzeugkatastrophen mehr als 270 Tote. Bei einem U-Bahn-Unglück vor wenigen Tagen waren 91 Menschen verletzt worden.

Rafelo Pineiro ist der Erschöpfung nahe. In hilfloser Verzweiflung schlägt der Direktor des gerichtsmedizinischen Instituts die Hände vor das Gesicht: „Schon wieder – schon wieder", stöhnt der grauhaarige Gerichtsmediziner. Seit der ersten Flugzeugkatastrophe im November ist er praktisch nicht mehr aus seinem nach Formalin riechenden Kittel herausgekommen, bewegt er sich zwischen verkohlten Leichen und verzweifelten Angehörigen. Noch sind die letzten Opfer des zweiten Flugzeugunglücks nicht identifiziert, da bringen schon wieder Kolonnen von Krankenwagen neue Leichen heran.

Noch mindestens 600 meist jugendliche Besucher hatten in der Nacht zum Samstag kurz vor 5 Uhr morgens im „Alcala 20" getanzt und gefeiert. Viele von ihnen hielten den ersten Feuerschein für die Ankündigung zu einer letzten Show auf der Bühne. Erst als sich die Flammen in rasender Geschwindigkeit in die leicht entflammbare Dekoration fraßen, merkten die Besucher, daß es bitterer Ernst war. Zu diesem Zeitpunkt war es längst zu spät.

Inzwischen scheint klar, daß die Sicherheitsvorkehrungen für die Massen von Menschen, die sich in dem beliebten Vergnügungslokal versammelten, längst nicht ausreichten. Nach Aussagen von Feuerwehrleuten und Discobesuchern, die sich retten konnten, waren Notausgänge nur schwer zu finden, einige verschlossen, die meisten Feuerlöscher nur halb gefüllt oder gar leer. Hinzu kam, daß die Discothek offenbar kurze Zeit später geschlossen werden sollte. Aus diesem Grunde waren einige Ausgänge schon mit Sperrgittern verschlossen.

„Nicht das Feuer, der schwarze Qualm war das Furchtbare", erzählten übereinstimmend mehrere Überlebende. Auf den Treppen des mehrstöckigen Gebäudes begegneten sich immer wieder Trauben von Menschen, die in verschiedene Richtungen zu fliehen versuchten. Dabei stürzten einige über die Geländer, wurden niedergetrampelt, erstickten auf den Treppenstufen. So starben die meisten der Toten auch nicht in den Flammen, sondern der dichte schwarze Qualm des schmelzenden Kunststoffs, mit dem die ganze Discothek ausgestattet war, nahm ihnen den Atem.

Regelrecht zerquetscht wurde ein junger Mann, an jenem Scherengitter, das den Hauptausgang versperrte. Eine Familie versuchte sich über Fenstersimse in eine andere Wohnung zu retten. Vater, Mutter und zwei der Kinder waren bereits in das rettende Fenster eingestiegen, als eine dritte Tochter den Halt verlor und in den Tod stürzte.

Vier Miteigentümer der Discothek, die erst vor kurzem wiedereröffnet worden war, sind gestern festgenommen worden. Nach einem fünften Eigentümer wurde gefahndet. Die Brandursache war gestern nachmittag noch ungewiß, es deute jedoch einiges auf einen Kurzschluß hin, erklärte ein Sprecher der Polizei.

Die Rettung war nur ein paar Schritte entfernt

Racheakt eines enttäuschten Mannes in Amsterdam

AP/DW. Amsterdam

Der Traum eines 36jährigen israelischen Einwanderers von einem neuen Leben in den Niederlanden war bald ausgeträumt. Im Sommer verlor der Mann seine Stelle als Rausschmeißer im „Club 26", einem Sex- und Spiellokal im Amsterdamer Vergnügungsviertel. In der letzten Woche gab ihm seine Freundin, die in dem Club als Kassiererin arbeitete, den Laufpaß. Dafür mußten jetzt 13 Menschen mit dem Leben bezahlen.

Nach Augenzeugenberichten stand der Mann, dessen Name bisher noch nicht bekanntgegeben wurde, in der Nacht zu Samstag plötzlich in der Bar des Clubs. Mit mehreren Schüssen in die Decke schüchterte er die anwesenden Besucher ein und begann dann aus einem Kanister Benzin zu verschütten. Mit einem Schuß in die Benzinpfütze löste er den verheerenden Brand aus, der sich schnell in den vier zusammenhängenden, aus dem 17. Jahrhundert stammenden Häusern ausbreitete.

In panischer Angst drängten die Menschen zu den Türen, während der Brandstifter durch ein Fenster entkam. Als sich in Sekundenschnelle ein schwarzer, undurchdringlicher Qualm entwickelte, brach unter den etwa 200 Menschen eine Panik aus. Wegen eines „Bingoabends" waren die „Spielsäle" des Clubs übervoll besetzt.

Nach Angaben der Polizei waren die Feuersicherungsmaßnahmen zwar „mustergültig", wegen der Brandherde an verschiedenen Stellen wurden sie jedoch weitgehend wirkungslos. Die Rauchentwicklung muß so stark gewesen sein, daß die schon halb erstickten Gäste die beleuchteten „Ausgang"-Schilder nicht erkennen konnten. So liefen sie, nur wenige Schritte von der Straße und der Rettung entfernt, in den Tod. In der Nähe einer Tür wurden alleine elf der Toten gefunden.

Der mutmaßliche Brandstifter war vom Club-Eigner Joop de Vries, genannt „Zwarte Joop" – Schwarzer Jupp –, entlassen worden, weil er angeblich nicht genug arbeitete. Da er mit einer Kassiererin befreundet war, kam er jedoch noch häufig in das Club-Lokal. Als auch seine Freundin mit ihm gebrochen hatte, war er noch zweimal erschienen, hatte Gäste angepöbelt und daraufhin Hausverbot erhalten. Nach Ansicht der Polizei beschloß der Mann daraufhin, sich zu rächen.

Nach der Tat ließ er offenbar sein Auto vor dem Etablissement stehen und nahm statt dessen ein Taxi. Mit Hilfe des Taxifahrers, der sich an einen stark nach Benzin riechenden Fahrgast erinnerte, verfolgte die Polizei die Spur des Mannes bis in einen Vorort. Obwohl sie hier die Spur verlor, konnte der Mann wenig später mit der Pistole in der Hand von mehreren Streifenwagen gestellt werden. Die Polizei nahm zwei weitere Israelis fest, von denen angenommen wird, daß sie ihrem Landsmann bei der Flucht geholfen haben.

Bei den Toten handelt es sich um sieben Männer und sechs Frauen. Neben fünf Niederländern sollen es fünf Surinamer, ein Chinese und ein Marokkaner und ein Türke sein. Die Leichen waren zum Teil völlig verkohlt. Die Polizei konnte bis gestern nachmittag nicht ausschließen, daß sich unter den immer noch schwelenden Trümmern weitere Todesopfer befinden.



Trotz mustergültiger Sicherheitsvorkehrungen starben 13 Menschen in dem Amsterdamer Sex-Club. Im dichten Qualm fanden sie die Notausgänge nicht. FOTO: AP

Richter verbot einer Gelähmten den Hungertod

AP, Riverside

Einer 26jährigen Frau in der kalifornischen Stadt Riverside ist es am Wochenende gerichtlich untersagt worden, sich zu Tode zu hungern. Der Richter wies damit die Klage von Elizabeth Bouvia ab, die an Gehirnlähmung leidet, weder Arme noch Beine bewegen kann und an einen Rollstuhl gefesselt ist. Der Fall hat in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt.

Der Richter John Hews befand in seinem Urteilsspruch, daß die Patientin nicht tödlich krank sei und damit das Interesse der Gesellschaft, Leben zu erhalten, und die Pflicht der Ärzte, dies zu tun, den Vorrang vor dem Recht auf Selbstbestimmung über das eigene Leben hätten. Der Richter entschied, daß das Krankenhaus in Riverside, in dem sich die junge Frau seit September befindet, zwangsweise ernähren kann. Die Gelähmte hatte sich um eine einstweilige Verfügung bemüht, die dem Krankenhauspersonal die Zwangsernährung untersagen sollte.

Die Anwälte der Klägerin können in die Berufung gehen. Erfreut über das Urteil zeigte sich der Ehemann, von dem sich die Klägerin vor kurzem getrennt hat, weil er sich ihrem Todeswunsch widersetzt. Er wolle jetzt, daß seine Frau nach Hause und die Ehe wieder in Ordnung komme, sagte er.

Fischsterben

dpa, Klagenfurt

Eine Tiertragödie spielt sich aus bisher ungeklärter Ursache seit Samstag im österreichischen Bundesland Kärnten ab: Tausende Fische sterben in einem sechs Kilometer langen Abschnitt des Glan-Flusses bei Feldkirchen.

Riesenfang

AFP, New York

Einen großen Fang haben New Yorker Drogenfahnder gemacht. Sie beschlagnahmten in einer Wohnung im Stadtteil Queens 800 Kilo bolivianisches Kokain im Schwarzmarktwert von rund 432 Millionen Mark.

Ski-Geschichte

dpa, Pskow

Sowjetische Archäologen aus Leningrad haben am Sennitsasee bei Pskow im Nordwesten der Sowjetunion einen rund 4000 Jahre alten Ski gefunden. Das berichtete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Der bisher älteste Ski war ein in Oslo aufbewahrtes rund 2500 Jahre altes Museumsstück aus Nordnorwegen.

Entführer schickten Ohr

dpa, Rom

Die Kidnapper, die die Mitinhaberin von Italiens berühmtestem Juweliergeschäft, Anna Calissoni Bulgari, und deren 16jährigen Sohn Giorgio am 19. November entführten, haben dem jungen Mann ein Ohr abgeschnitten. Das Ohr wurde nach einem anonymen Anruf in einem Papierkorb in der römischen Innenstadt gefunden. Die Verbrecher fordern ein Lösegeld von rund 6,5 Millionen Mark.

Familientragödie

dpa, London

Eine Familientragödie im Südlondoner Vorort Croydon hat am Wochenende vier Menschenleben gekostet. Ein junger Mann erschoß zuerst seinen Vater, dann seinen Bruder und einen Freund der Familie, bevor er die Waffe gegen sich selber richtete. Das Motiv lag zunächst im Dunkel.

Ein ganzer Kontinent ist vom Hunger bedroht

UNO: Jeder dritte Afrikaner wird bald nicht mehr satt

AP, Nairobi

Fast jeder dritte Afrikaner wird in nächster Zukunft nicht satt werden können, wenn die Ernährungslage im schwarzen Erdteil bleibt wie sie ist. Der für Entwicklungsfragen zuständige Direktor der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika, Sadig Raschid, sagte am Wochenende in Nairobi, nach seiner Schätzung seien 150 Millionen Menschen des Kontinents von einer „katastrophalen Lebensmittelknappheit" bedroht. Das heißt, die Einwohner der 22 am stärksten von der Dürre betroffenen afrikanischen Länder werden hungern müssen, wenn ihnen nicht schnell geholfen werden kann.

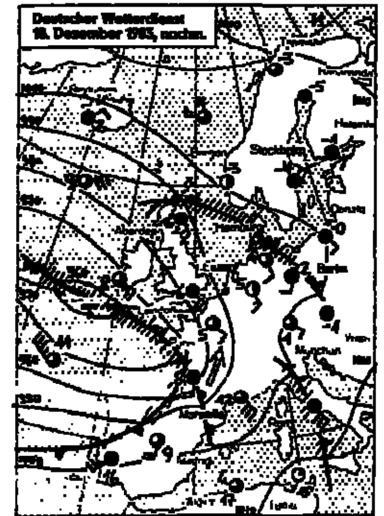
Abgesehen von einer kurzen Niederschlagsperiode 1974/75 warten diese Staaten seit 15 Jahren auf richtigen Regen, der dem Boden seine Fruchtbarkeit wieder zurückgeben, Früchte wachsen und die Herden wieder satt werden lasen könnte. Und die Genfer Weltorganisation der Meteorologen kann den Menschen in den betroffenen Ländern vor allem in der Sahelzone auch keine Hoffnung auf eine Besserung des Klimas machen. Die Krise der Weltwirtschaft hat das Ihre dazu beigetragen, daß den unter der Trockenheit leidenden Ländern die Mittel fehlen, um in die Wetterbeobachtung zu investieren oder großflächige Bewässerung zu finanzieren.

Vom 20. bis 23. Februar treffen sich in Addis Abeba Wissenschaftler und Mitglieder verschiedener UNO-Organisationen. Sie wollen Vorschläge für eine internationale Konferenz erarbeiten, auf der im April in Conakry Beschlüsse im Kampf gegen die Dürre gefaßt werden sollen.

Unter den Empfehlungen, die die Wissenschaftler der Konferenz in Conakry unterbreiten werden, finden sich nach Raschids Worten sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen. Zu den ersteren gehört die Verteilung von Düngemitteln, Medikamenten und Handwerkszeug, zu den letzteren die Errichtung von Wetterbeobachtungsstationen, die rechtzeitig vor Dürren warnen, in jedem Land. Außerdem sollen die Folgen der Dürre gemeinsam besser erforscht und bekämpft werden.

WETTER: Milder

Wetterlage: Das Frontensystem eines Sturmtiefs bei Irland überquert im Tagesverlauf auch Nord- und Mitteldeutschland. Auf seiner Rückseite *fließt milde Meeresluft ein.*



Vorhersage für Montag:

Norddeutschland und Raum Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen, anfangs in *den Höhenlagen mit Schnee vermischt,* streckenweise vormittags Glatteis. Nach Frühwerten um Null Grad C Erwärmung auf 3 bis 5 Grad C.

Übriges Bundesgebiet: Anfangs in Westdeutschland bedeckt und Regen. Im Vormittagsverlauf hier wie schon in Süddeutschland Übergang zu wechselnder Bewölkung und weitgehend niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen 7 bis 10 Grad C.

Weitere Aussichten:
Leicht unbeständig und mild.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	17°
Bonn	4°	Kopenh.	0°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	5°	London	6°
Frankfurt	1°	Madrid	9°
Hamburg	2°	Mailand	1°
List/Sylt	0°	Mallorca	18°
München	1°	Moskau	–8°
Stuttgart	0°	Nizza	7°
Algier	17°	Oslo	–4°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	14°	Prag	0°
Barcelona	10°	Rom	13°
Brüssel	4°	Stockholm	–4°
Budapest	3°	Tel Aviv	15°
Bukarest	–3°	Tunis	15°
Helsinki	–1°	Wien	1°
Istanbul	9°	Zürich	1°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 8.24 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr, **Mondaufgang:** 16.30 Uhr, Untergang 8.53 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Punker-Comeback

Sandie Shaw (36), barfüßige englische Sängerin, versucht ein Schlager-Comeback. Im neuen Jahr kommt ihr Song „I don't owe you anything" (Ich schulde dir nichts) heraus, aufgenommen mit der Punk-Folkgruppe The Smiths.

Bob macht weiter

Eine Tradition, die er 1941 startete, führt den amerikanischen Komiker **Bob Hope** trotz seiner 80 Jahre auch dieses Jahr zu Weihnachten in die



Ferne. Zusammen mit **Brooke Shields** und anderen Schauspielerinnen reist er in den Nahen Osten, um die dort stationierten Friedenstruppen zu unterhalten. Hope begann die Truppenbetreuung während des Zweiten Weltkriegs und war seither überall, wo amerikanische Truppen stationiert oder in Kampfaktionen verwickelt waren.

Leichte Verspätung

Der ehemalige Formel-1-Weltmeister **James Hunt** (36) ist nicht mehr der schnellste: Zur eigenen Hochzeit am Samstag kam er fünf Minuten zu spät. Seine Braut, **Sarah Lomax** (25), Tochter eines Pferdetrainers, war dagegen sogar 20 Minuten zu früh erschienen.

Lehm und Gras – der Stoff, aus dem die Häuser von gestern und morgen sind

Experten führten in Hamburg vor, wie man mit knapperen Mitteln besser bauen kann

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Wie man mit immer knapperen Wohnungsbaumitteln mehr und bessere Häuser bauen kann, das haben Architekten zum Wochenende in Hamburg beraten. Das Remedium für die gestreßten Portemonnaies staatlicher und privater Bauherren heißt ökologisches Bauen. Zugleich versprechen die Planer auf der Veranstaltung des Hamburger Architektenbundes und der Umweltbehörde mit ihren zukunftsträchtigen Bauschöpfungen den Mietern ein Dorado des Wohnkomforts.

Umweltverschmutzung, Geldmangel und der Zwang zum Energiesparen sind die Motoren, die zum Experimentieren mit neuen Bauformen beflügeln. Die Inspiration liefert, wie Professor Gernot Minke aus Kassel beschrieb, das architektonische Erbe. Ein niedersächsisches Bauernhaus, mit tief heruntergezogenem Reetdach, mit schützenden Baumreihen, zeigt, wie man sich gegen Wind und Kälte wappnet und dabei ohne Zentralheizung auskommt.

Muster-Siedlung in Kassel

Ergebnis solcher Überlegungen ist eine Öko-Siedlung, die Minke und seine Mitarbeiter in Kassel auf schwierigem Terrain errichten wollen.

Grundzüge der neuen Architekturideologie sind die Reinhaltung von Luft Wasser und Boden, die Nutzung von Klima und Sonnenenergie, Einsparung von Energie und Kosten und schließlich das bewohnergerechte Bauen. Im Detail haben Minke und seine Mitarbeiter das umweltfreundliche Bauen schon trainiert. Sie griffen auf alte Bautraditionen zurück und arbeiteten mit dem billigen Stoff Lehm, der zudem ein besonders gutes Raumklima garantiert. Und haltbar, versicherte Minke, sei das Material auch: In Freiburg gibt es ein sechsgeschossiges Lehmhaus von 1828, in Tübingen lebt ein Arzt in einem Lehmhaus von 1830, und darüber hinaus habe man nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ganze Lehm-Siedlungen errichtet, unter anderem in Lübeck. Lehm sei der traditionelle Baustoff knapper Zeiten. Vorteil: Das Material braucht für die Herstellung eines Kubikmeters nur zwei bis fünf Kilowattstunden Energie, bei einem Kubikmeter Vollziegel hingegen sind es 1000.

Im kommenden Jahr soll auch in der Kasseler Öko-Siedlung mit Lehm gearbeitet werden. Zehn Häuser sollen am Anfang der Öko-Mustersiedlung entstehen. Für sie gilt „der erste Bebauungsplan in Deutschland, der Grasdächer zum Muß erklärt". Die grünen Dächer nämlich sind die zweite goldene Öko-Regel, die Minke als zukunftsträchtig verheißt: Sie sind eine vortreffliche Isolierung, die Energie spart, und sie sorgen für reine Luft. In einer Stadt wie Paris zum Beispiel könne man mit einer Begrünung von fünf Prozent der Dachflächen Smoggefahren bannen. Grüne Dächer speichern zudem Regenwasser und entlasten die Kanalisation. Ebenso nützlich wie das lebendige Dach soll „ein grüner Pelz" fürs Haus sein: Rankgewächse an der Fassade helfen Energie- und Renovierungskosten sparen.

„Handverlesene Mieter"

Zur Internationalen Bauausstellung in Berlin will das Stockholm-Berliner Team Bengt Warne und Joachim Glässel für ein Grundstück am Landwehrkanal ein umweltfreundliches Mietshaus konstruieren. Bengt Warne kann in das Vorhaben seine Erfahrungen mit dem 1976 in Stockholm errichteten „Naturhaus" einbringen, das er selbst fünf Jahre lang bewohnte.

Es ist ein Wohnkern in einer Glashaut, ein Domizil in einem riesigen Gewächshaus, das für optimale Klimatisierung sorgt und die innere Gebäudezelle mit einem wuchernden Garten einschließt. Das Prinzip soll auf das sechs- bis siebenstöckige Berliner Haus übertragen werden, das mit fünfzig Prozent des herkömmlichen Energiebedarfs auskommen kann, den Trinkwasserbedarf durch Regenwasserverwendung minimiert, organische Abfälle für die hausinternen Gärten verwendet und dadurch nahezu autark wird. Die Bewohner sollen das Projekt mitverwirklichen. Deswegen kommen auch nur „handverlesene Mieter" in Frage, die den notwendigen Öko-Sachverstand für das komplizierte Gefüge einbringen und zum Mitmachen bereit sind.

Zwei Affen gingen auf geheime Mission ins All

WOLFGANG WILL, New York

Kosmos 1514, am vergangenen Mittwoch gestartet und als internationales Biosatelliten-Programm ausgelegt, dürfte seine tierischen Passagiere, zwei Äffchen und zehn schwangere Ratten, binnen der nächsten 48 Stunden zur Erde zurückbefördern. Dieses Gemeinschaftsprojekt der Sowjetunion, der USA und Frankreichs war vor langer Zeit geplant worden, in einer Zeit noch ungetrübteren Kooperationswillens. Jetzt, angesichts größer gewordener Spannungen zwischen den Blöcken, hat es den Anstrich des Mysteriösen erhalten. Um die beiden Sowjet-Affen im Weltraum, die von amerikanischen Geräten und Instrumenten „abgehorcht" und überwacht werden, ist es deshalb regelrecht zum ost-westlichen Affentanz gekommen.

Die Amerikaner konnten nur „annehmen", daß Kosmos 1514 ihre Instrumente an Bord hatte, mit denen Herzrhythmus und Blutkreislauf der beiden Äffchen gemessen werden. Denn das entsprechende, inzwischen vergilbte Washington-Moskau-Abkommen hatte als Starttermin Mitte Dezember in Aussicht gestellt. Die Sowjets hüllten sich anfangs in Schweigen. Ein US-Diplomat in Moskau faßte sich dann wohl ein Herz und fragte bei der sowjetischen Akademie der Wissenschaften an. Aber als er seine Erkenntnisse weitergab, bestand er darauf, nicht namentlich genannt zu werden.

Nicht minder zurückhaltend reagierte die Nasa, die in diesen vorfestlichen Tagen ohnehin den weihnachtlichen Büropartys huldigt. Auf Fragen nach dem „mysteriösen Kosmos" meinte ein Nasa-Beamter in Washington zunächst spontan: „Der ist keineswegs mysteriös", um dann aber einzuräumen, nur sehr wenige Details beisteuern zu können.

Eher dünn sind dann auch die Fakten: Die beiden Äffchen dürften sowjetischen Ursprungs sein, während es von den zehn schwangeren Ratten heißt, sie seien weißer Farbe und von der CSSR beigesteuert. Sieben Tage lang soll die tierisch-lebende Fracht um die Erde kreisen. Die Affen werden von US- und wohl auch französischen Geräten in der Form überwacht, wie das auch bei den „Spacelab"-Wissenschaftsastronauten der Fall war.

Das sowjetisch-amerikanische Kooperations-Abkommen war 1972 für zehn Jahre abgeschlossen worden. Es fand in dem mehr politisch motivierten Apollo-Sojus-Unternehmen von 1975 seinen Höhepunkt, als sich Kosmonauten und Astronauten in ihren aneinandergekoppelten Kapseln die Hände schüttelten. Das Abkommen wurde im vergangenen Jahr nicht erneuert, weil sich die Ost-West-Beziehungen verschlechtert hatten. Ein Protokoll aber war unterzeichnet worden, das insgesamt drei Biosatelliten-Projekte internationalen Charakters vorsieht – wovon „Kosmos 1514" das erste zu sein scheint. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Die Schrecksekunde des gestrigen Sonntags hatte bereits um die Mittagszeit eine ganze Dreiviertelstunde gedauert." Aus einem Sportbericht der „Honnefer Volkszeitung".